



15. Heft | 3. August 1916

MAX COHEN · ZUR WIEDERKEHR DES 4. AUGUST

ZUM zweitenmal kommt jetzt der Tag wieder, der im Jahr 1914 dem deutschen Volk die innere Einheit gebracht hatte. Aber jetzt, nach 2 Jahren des fürchterlichen Völkergeschehens, scheint diese Einheit wieder aufgelöst. Durch die größte deutsche Partei, die Sozialdemokratie, geht ein Riß. Und es ist nicht nur die Sorge um die Zukunft unserer Partei, es ist die Sorge um die Zukunft der deutschen Nation überhaupt (die einer wahren Internationalität nicht entgegengesetzt ist), die uns sagt, daß die bisherige Praxis des Geschehenlassens uns in eine Sackgasse geführt hat. Nicht nur durch Organisation und Instanzen, auch nicht lediglich durch den Streit um die Machtmittel in der Partei werden wir die Einheit wiederherstellen, die zum Aufbau des neuen Deutschlands und zur Höherstellung der Arbeiterklasse in ihm notwendig ist. Es handelt sich um die Politik selbst, und nur klare politische Erkenntnis kann uns helfen.

Niemand kann heute mehr sich der Tatsache verschließen, daß die Situation in der deutschen Sozialdemokratie einer Zerreißung der einheitlichen Organisation verzweifelt ähnlich sieht, und man kann kaum noch hoffen, daß die Spaltung der Gesamtpartei sich vermeiden lassen wird. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die Opposition im ganzen nicht unbeträchtlich gewachsen ist, wenn es auch eine starke Übertreibung ist zu sagen, sie, die ehemalige Minderheit, sei bereits heute zur Mehrheit geworden. Niemand zur Stunde das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Anhängern der Fraktionsmehrheit und der Opposition genau anzugeben, und noch weniger vermag irgend jemand zu sagen, wie sich die Dinge auf dem nächsten Parteitag gestalten werden. Die den Ausgang bestimmende Stellungnahme unserer Parteigenossen im Feld ist unbekannt, und aus den spärlichen Äußerungen, die aus dem Schützengraben an die Parteiöffentlichkeit dringen, läßt sich kein sicheres Bild gewinnen. Man möchte indes annehmen, daß die große Mehrheit der mit dem Feind kämpfenden Genossen noch gar nicht dazu gekommen ist sich genügend über die Streitigkeiten der Daheimgebliebenen zu unterrichten, so daß die meisten sozialdemokratischen Krieger aus Mangel an Zeit, Ruhe und Informationsmöglichkeit den inneren Parteikämpfen vorläufig noch neutral gegenüberstehen dürften. Sie werden sich ihr endgültiges Urteil wohl erst nach ihrer Entlassung bilden, und die Mehrheit der Fraktion und ihre Freunde haben alle Veranlassung diese Stunden gut vorzubereiten.

Es darf nicht verkannt werden, daß die Opposition in der Partei sich bei der Handhabung ihrer Kampfmittel sehr geschickt der Methoden bedient, mit denen die Sozialdemokratie jahrzehntelang agitiert hat. Sie verfißt die alte sozialistische Ideologie derart uneingeschränkt weiter, daß man annehmen könnte, der nahezu alles umwälzende Weltkrieg habe nicht eine einzige sozialistische Auffassung aus der Vorkriegszeit auch nur auf das leiseste berührt. Jedenfalls ist diese Art, die sich stellt, als ob die gewaltigsten Welt-ereignisse sie überhaupt nichts angingen, in der Tat recht einfach und für den Augenblick nicht ohne Erfolg. Die Mehrheit hat es nicht so leicht. Nicht, als ob (wie ihr von einigen Heißspornen der Minderheit vorgeworfen wird) ihre Haltung ein Bruch mit den sozialistischen Grundsätzen gewesen wäre, die bis zum 4. August 1914 Geltung hatten. Davon kann gar keine Rede sein. Aber neben alten Anschauungen, die sie nicht aufzugeben brauchte, hat die Mehrheit auch wesentlich neue gewonnen. Sie konnte nicht mit der geistigen Unbelehrbarkeit der Minderheit an allen Tatsachen vorüberschreiten, die die ungeheure Wucht dieses Krieges jedem Sehenden offenbart hat.

Es wird daher der Mehrheit auch gar nichts anderes übrigbleiben als eine, den neu gewonnenen Erkenntnissen entsprechende Umänderung ihres taktisch-politischen sowie ihres agitatorischen Auftretens vorzunehmen. So nützlich und gut es auch war, daß wir vor 2 Jahren erklärten »Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich«, für die Kämpfe der Zukunft genügt diese Formulierung nicht mehr, und wir müssen schon ein wenig von den Aufgaben reden, die der Krieg gebracht hat, und an deren Lösung mitzuwirken die Arbeiterinteressen auf das dringendste verlangen. Es sei mir daher gestattet hier kurz von einigen Dingen zu sprechen, deren allgemeine Diskussion jetzt notwendig ist, einmal zur Selbstverständigung und dann zur Klärung der Fragen, die der Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hat.



E länger dieser Krieg dauert, und je aufmerksamer man seine Erscheinungen verfolgt, desto unzweideutiger wird es, daß er in der Hauptsache ein Kampf zwischen Deutschland und Großbritannien ist, und daß hier Gegensätze aufeinandergeprallt sind, die zu den schwersten gehören, die unter modernen großkapitalistischen Staaten überhaupt entstehen konnten. Wenn man es sich recht überlegt, so muß es eigentlich wundernehmen, daß der europäische Frieden so lange aufrechterhalten würde. Denn die gewaltige industrielle Entwicklung, die das Deutsche Reich aus relativ ruhigen Verhältnissen in den wirbelnden Strudel der Weltwirtschaft stürzte, mußte notwendig große politische Veränderungen auch in dem Verhältnis zu anderen Ländern hervorrufen. Und gerade dem sozialistisch geschulten Politiker wird das am wenigsten merkwürdig erscheinen; denn er kann unmöglich annehmen, daß, bei einer Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes von Grund aus, innen- und außenpolitisch alles beim alten bleiben kann. Am wenigsten in der Stellung zu anderen Mächten, vor allem zu England, dessen wirtschaftlicher Monopolstellung die junge Kraft des neuen industriellen Deutschlands auf vielen Gebieten ein Ende machte. Zwischen diesen beiden Staaten mußten Gegensätze großwerden, deren friedliche Beilegung kaum zu erhoffen war. Von manchen Sozialisten ist das oft genug

ausgesprochen worden. Der Weltkrieg hat leider gezeigt, wie begründet diese Befürchtungen waren. Und es sieht ganz so aus, als ob auch nach diesem Krieg England dem Deutschen Reich nicht die weitgehenden Konzessionen zu machen gedenkt, ohne die Deutschlands weltwirtschaftliche Betätigung dauernd bedroht erscheint, so daß wahrscheinlich der deutsch-englische Gegensatz (bei dem obendrein die Vereinigten Staaten von Amerika hinter England stehen werden) auch nach wiederhergestelltem Frieden noch auf lange hinaus eine schlimme und bedrohliche Tatsache sein wird.

Mit ihr wird auch die deutsche Arbeiterklasse zu rechnen haben, und sie wird prüfen müssen, welche Folgen sich für sie aus einer solchen Situation ergeben. Auch wer noch so sehnlichst wünscht, daß eine deutsch-englische Verständigung die schweren Gefahren bannen möchte, die der Gegensatz zwischen den beiden Ländern dauernd in sich birgt, wird nach den Erfahrungen dieses Krieges mit der Wahrscheinlichkeit einer solchen Verständigung nicht rechnen können. Wenn es nach Englands Wünschen ginge, so würde die Lage Deutschlands nach dem Krieg (abgesehen von den unmittelbaren Schäden und Folgen des Kampfes) für seine weltwirtschaftliche Arbeit so schwierig wie nur irgend denkbar werden. Seiner Kolonien beraubt, die Rohstoffzufuhr erschwert und verteuert durch die Kontrolle, die Großbritannien über den größten Teil der Rohstoffausfuhrländer auszuüben vermag, würden dem Deutschen Reich die Grundlagen seiner Existenz und seines Wohlstands entzogen, und im besondern würde der Lebensstand der deutschen Arbeiter in einer Weise herabgedrückt werden, die man sich kaum auszudenken vermag. Hier handelt es sich in der Tat um die direktesten Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wissen es alle, daß eine Beschneidung der Rohstoffzufuhr für sie ebenso unerträglich wäre wie eine Eindämmung des Warenabsatzes, und daß sie sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen den wehren müssen, der ihr Dasein und ihre Zukunft in der angedeuteten Weise bedroht. Die zahllosen und beweiskräftigen Tatsachen des englischen Wirtschaftskrieges lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, wie ernst es den in England ausschlaggebenden Schichten mit dem Bestreben ist die deutsche Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus zu Boden zu werfen. Und wenn sie die Macht dazu haben, so werden sie gewiß so verfahren, wie der australische Premierminister Hughes, der der Pariser Wirtschaftskonferenz als ein wichtiges Mitglied des Größern Britanniens beiwohnte, in seiner Abschiedserklärung sagte: in den Ergebnissen der Pariser Konferenz liege ein Beweis für den unabänderlichen Entschluß den britischen Handel von den feindlichen Einflüssen zu befreien und zugleich dem deutschen Handel einen tödlichen Streich zu versetzen.

Daß sich dieses Vorhaben nicht ganz einfach ausführen läßt, versteht sich von selbst, und weder Frankreich noch Rußland scheinen von den englischen Plänen allzusehr erbaut zu sein. Das schwerste Hindernis für die Verwirklichung seiner Absichten liegt für England aber in der Widerstandskraft, die Deutschland in diesem Krieg aufzubringen vermag, sowie darin, daß das deutsche Volk seinen stärksten und gefährlichsten Feind erkennt und aus dieser Erkenntnis für sein zukünftiges politisches Verhalten entschlossen die Konsequenzen zieht. Am wenigsten scheint diese Erkenntnis sich

in manchen der Opposition nahestehenden sozialistischen Kreisen Bahn zu brechen. Aber man wird wohl damit rechnen dürfen, daß der Selbsterhaltungstrieb und die gewerkschaftlichen Instinkte die große Masse der Arbeiterschaft sehr schnell zu der Einsicht bringen werden, daß eine Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens nicht nur eine Bedrohung des deutschen Kapitalismus sondern auch der deutschen Arbeiter bedeutet, und daß eine Entwicklungshemmung des einen auch den Aufstieg der anderen erschweren müßte. Keine noch so begründete Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft darf die deutschen Arbeiter dafür blind machen, daß sie sich in der kapitalistischen Gegenwart nicht nur gegen die Bourgeoisie des eigenen sondern, wenn es nötig ist, auch gegen die eines andern Landes mit der gleichen Zähigkeit zu wehren haben. Oder könnten deutsche Arbeiter in der Tat den Unterdrückungsversuch der englischen Bourgeoisie ertragen, weil er sie nicht unmittelbar sondern auf dem Umweg der Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens trifft?

Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern braucht man nicht zu sagen, was die durch die Absperrungsmaßnahmen Englands gelungene Verdrängung des deutschen Exports von seinen bisherigen Absatzmärkten bereits heute besagt, und man würde ihnen bitteres Unrecht tun, wenn man annähme, daß sie die schweren Gefahren übersähen, die ein allmächtiges, alle Seezufuhrstraßen beherrschendes England für ihr eigenes Wohl und Wehe bedeutet. Dazu sind die Lehren dieses Krieges denn doch zu augenfällig. Und die Kaltblütigkeit, mit der Großbritannien, um Deutschland von der Seezufuhr abzuschneiden, die Rohstoffzufuhr auch der Neutralen in einer Weise reguliert, daß deren Lebensfunktionen in wichtigen Teilen ins Stocken geraten, redet eine Sprache, die für den deutschen Arbeiter unmißverständlich ist. Die Allgewalt Englands zur See ist aber nicht erst in diesem Krieg eine Gefahr für den europäischen Kontinent geworden, sie ist es gewesen, seitdem sie besteht, und wird es bleiben, solange sie besteht. Die englische Überlegenheit zur See ist der normalen Entwicklung Europas alles andere als förderlich gewesen, und wenn auch von uns Sozialisten keiner jemals daran gedacht hat diese überragende englische Stellung durch einen Krieg zu beseitigen: nachdem er einmal, gegen unsern Wunsch und Willen, da ist, hat jeder Sozialdemokrat alle Veranlassung mit dazu beizutragen, daß der Omnipotenz eines einzelnen kapitalistischen Staates ein Ende gemacht und dadurch der natürlichen Entwicklung der übrigen Staaten das hierin liegende Hemmnis aus dem Weg geräumt wird. Dieses Interesse haben nicht nur die deutschen Arbeiter, deren Schicksal mit der Wirtschaft ihres eigenen Landes unlösbar verknüpft ist. Auch der internationale Sozialismus hat nicht den mindesten Grund zu wünschen, daß die Oberherrschaft des einen Großbritanniens über die anderen kapitalistischen Länder aufrechterhalten wird. Erschwert sie doch mit deren Wirtschaftsentwicklung auch den sozialen Aufstieg ihrer Arbeiterklassen.



ANZ verkehrt ist jene aus der Friedenszeit übernommene Übung einer, in den Kern der Dinge niemals eindringenden liberalisierenden Denkweise: bei Erörterung von Friedensmöglichkeiten und der im Frieden einzuschlagenden Politik von der Stellung Deutschlands zu den *Westmächten* auf der einen und zu Rußland auf der andern Seite zu sprechen. Wenn auch in dem gegenwärtigen Krieg mit Frankreich

und England als gemeinsamen Gegnern gerechnet werden muß, so sind diese beiden Staaten dennoch alles andere als eine einzige und gleiche Größe. Gerade der weiter fortschreitende Kampf offenbart starke, wenn auch noch zurückgehaltene Gegensätze zwischen Frankreich und England. Daß die ungemein tapferen Soldaten der französischen Republik, je länger je mehr, für den König von England kämpfen, kommt, wenn nicht alles täuscht, immer weiteren Kreisen Frankreichs zum Bewußtsein. Wir Deutsche können im Augenblick wenig dazu beitragen diese Erkenntnis zu fördern. Es eilt uns auch gar nicht damit, und wir sind nicht darauf angewiesen. Wir können ruhig abwarten, tun nur gut uns mit diesem Gang der Dinge vertraut zu machen. Klar aber müssen wir uns bereits heute darüber sein, daß es für uns weder jetzt noch in Zukunft einen Begriff wie den der *Westmächte* geben kann. Wer in Frankreich und in England für die Zukunft Faktoren mit gleichen politischen Zielen sieht, geht fehl, und deshalb dürfen die kaum überwindbaren Gegensätze zwischen Deutschland und England nicht auch für unser Verhalten zu Frankreich bestimmend sein.

Von allen an diesem Krieg beteiligten Nationen wird der fürchterliche Aderlaß Frankreich am schwersten treffen, so daß man für die Folge mit der Anlehnung Frankreichs an eine andere Macht wird rechnen müssen. Welche Wahl die Franzosen letzten Endes treffen werden, das hängt natürlich in der Hauptsache vom Ausgang des Krieges ab. Der Haß, der sich, als schlimmste Kriegerscheinung, in Frankreich gegen Deutschland eingenistet hat, ist ein schlechter Berater. Er kann die Erkenntnis der wahren Interessen unmöglich machen. Gleichwohl müßte eine objektive Betrachtung den Franzosen zeigen, wo ihre Zukunft liegt. Daß ein Land des Bevölkerungsrückgangs wirtschaftlich und machtpolitisch nicht die führende Nation auf dem Kontinent werden kann, ist klar. Anders liegt die Sache auf allgemein kulturellem Gebiet. Die Stellung, die Frankreich hier in Jahrhunderten sich errungen und festgehalten hat, ist ihm von deutscher Seite nie ernstlich bestritten, oft aber und gern anerkannt worden. Auf geistigem Gebiet führen von Frankreich zahlreiche Verbindungsfäden zu den Deutschen hinüber. Hier eröffnet sich für die deutsche Arbeiterschaft eine Fülle von Möglichkeiten für ein wichtiges politisches Ziel zu wirken. Die deutsche Arbeiterschaft ist auch mit am besten dazu geeignet; denn sie hat von jeher dem Genie des französischen Volkes volle Gerechtigkeit zuteil werden lassen und nie die Verdienste verkannt, die das französische Volk sich auf so vielen Gebieten menschlicher Tätigkeit errungen hat. Und die den französischen Gegner im Kampf kennen und achten gelernt haben, wünschen sicher ein erträgliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich schaffen zu helfen. Gerade sie, die draußen das Schwerste zu tragen hatten, werden allen Bemühungen die Wege ebnen, die es Großbritannien unmöglich machen die heute gegen Deutschland gerichtete Mächtensammlung noch ein zweites Mal zu organisieren.

Wenn wir den soeben erwähnten Gesichtspunkt als den ansehen, der für die von der Arbeiterschaft zu vertretende Politik richtunggebend sein muß, so übersehen wir auch klarer und ruhiger, wie sich unser Verhältnis zu Rußland vermutlich gestalten wird, oder wie es gestaltet werden könnte. Es ist bekannt, daß die wesentlichsten Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland in ihren entgegengesetzten Interessen auf der Balkanhalbinsel und

in Vorderasien liegen, daß Rußland, in seinem Drang zum offenen Meer, den Besitz Konstantinopels erstrebt. Dieser Besitz würde der Selbständigkeit der Türkei ein Ende bereiten und die Staaten des Balkans zu Vasallen Rußlands machen. Der Verwirklichung dieser Ziele wird das Deutsche Reich unter allen Umständen entgegenzutreten müssen, denn sie bedeuteten die Errichtung der russischen Vorherrschaft in ganz Vorderasien und Südosteuropa und zugleich den Verzicht Deutschlands auf die wirtschaftliche Durchdringung von Gebieten, die zum Teil bereits von deutschem Kapital erschlossen sind und für die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands zu den aussichtsreichsten auf dem osteuropäisch-kleinasiatischen Kontinent gehören. Kann Deutschland somit die politische Festsetzung Rußlands in jener verhängnisvollen Südostecke Europas keinesfalls zugeben, so darf andererseits nicht unbeachtet bleiben, welches die Gründe für die russische Forderung nach der freien Dardanellendurchfahrt sind. Die für die Ausfuhr Rußlands vor allem in Betracht kommenden Produktionsgebiete liegen in jener Südwestecke des russischen Reiches, für die die Dardanellen die nächste und daher vorläufig wirtschaftlich günstigste Ausfuhrstraße sind, so daß ihre ständige Benutzung vom russischen Standpunkt aus als ein wichtiges, wenn auch nicht als das wichtigste Interesse gelten kann. Außer diesem wirtschaftlichen Bedürfnis ist aber Rußland auch militärisch außerordentlich viel daran gelegen die Dardanellenpassage für seine Kriegsschiffe zu bekommen, um seiner Schwarze Meer-Flotte Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Bekanntlich ist es bis zu diesem Krieg Großbritannien gewesen, das der schärfste Gegner der Öffnung der Dardanellen für russische Zwecke war. Wenn nicht alles täuscht, so wird es nach dem Krieg wieder zu diesem Standpunkt zurückkehren. Denn daß der Krieg gegen Deutschland die Austragung des englisch-russischen Gegensatzes zwar aufschob, aber keineswegs überhaupt aufheben wird, darf man, mit Fug, als wahrscheinlich annehmen. Die Dinge liegen demnach so, daß Rußland, wenn eine totale Änderung der Kriegslage nicht mehr zu erwarten ist, selbst bei relativ günstigen militärischen Erfolgen auf den Besitz Konstantinopels nicht mehr hoffen kann, indessen, genau wie vor dem Weltkrieg, die Öffnung der Dardanellendurchfahrt herbeisehnt. Diese Öffnung widerstreitet aber in keiner Weise den Interessen Deutschlands und seiner Freunde. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland über diesen Punkt würde, weit entfernt die Türkei zu schädigen, diese vielmehr in ihrem Bestand festigen, da sie sie von der Feindschaft eines, auf die Dauer doch wieder mächtigen Nachbarn befreite. Daß die Straße selbst im Besitz der Türkei bleiben und diese die technische Möglichkeit ihrer Absperrung behalten muß, versteht sich von selbst. Aber die Türkei könnte das im Interesse Englands erlassene Verbot der Dardanellendurchfahrt für Rußland aufheben und die russischen Schiffe stets, auch im Kriegsfall, passieren lassen: den Fall natürlich ausgenommen, daß Rußland mit der Türkei selbst oder einem ihrer jetzigen Verbündeten im Krieg liegt. Ich meine, daß auf diese oder eine ähnliche Weise eine Lösung der Dardanellenfrage gefunden werden könnte. Eine solche Erledigung würde die Zukunft Deutschlands von der schweren Gefahr befreien, die sie von der rechten Seite her bedroht, ohne seine Kraft zu schwächen, wenn es sie, wider Erwarten, doch noch einmal gegen seinen östlichen Nachbarn gebrauchen müßte. Auch der Regelung der polnischen Frage könnte es nur förderlich sein, wenn durch die Tat bezeugt würde, daß Deutschland berech-

MAX SCHIPPEL · DIE WIRTSCHAFTLICHE (MARXISTISCHE) UND DIE FORMALPOLITISCHE AUFFASSUNG DER KOLONIALPOLITIK



BER den nebelhaften, schließlich bis zu den wunderlichsten Überspanntheiten gedankenlos fortgesponnenen Gebrauch des Wortes Imperialismus spottet man heute bereits nicht ungerne: auch da, wo man selber nicht wenig zur herrschenden geistigen Verwirrung und Unklarheit beigetragen hat. Aber in diesem Fall handelte es sich von vornherein mehr um ein unbestimmt zusammenfassendes Schlagwort für recht weit auseinandergehende große Zeitströmungen. Dagegen glauben wir, wohl allesamt, bei den Bezeichnungen Kolonien, äußere Kolonisation, Kolonialpolitik sofort einen viel festern, weniger schwankenden Boden unter den Füßen zu fühlen. Und doch stoßen wir, sowie wir uns mit der theoretischen Literatur oder mit der politischen Praxis näher beschäftigen, nicht weniger auf die allerseltsamsten Widersprüche und auf anscheinend ganz unversöhnliche Betrachtungsweisen.

Wer jemals dieses wissenschaftliche Arbeitsgebiet systematischer zu durchdringen und darzustellen versuchte, hat auch dieser, anfangs überraschenden Wahrnehmung mit mehr oder weniger Befremden Ausdruck gegeben. »Über das Wesen der Kolonisation und über die Klassifikation der kolonialen Erscheinungen ist in Wissenschaft und Praxis durchaus noch keine Übereinstimmung erzielt worden«, belehrt uns etwas kleinlaut der verstorbene verdienstvolle deutsche Kolonialenthusiast Professor Ernst Hasse in der 1. und 2. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften.¹⁾ Sein Nachfolger an dieser Stelle, Professor G. Zoepfl, zugleich ein angesehenes Mitglied unserer deutschen Kolonialverwaltung und nach manchen Richtungen ein sehr umsichtiger und erfahrener Führer, verwirft zwar unter längerer Begründung die meisten »alten Schablonen« der nähern Begriffsbestimmung, aber seine eigene Definition hält sich alsdann, mit stark verwaltungsbürokratischem Zuschnitt, ihrerseits erst recht an unwesentlichere Äußerlichkeiten und versperrt dadurch geradezu den Weg zu tieferer Erfassung der eigentlichen grundlegenderen Kolonialvorgänge. Im kleinern Elsterschen Wörterbuch der Volkswirtschaft ist der entsprechende Abschnitt dem Admiralitätsrat im Reichsmarineamt Professor Otto Köbner zugeweiht. Doch in der erweiterten und ergänzten Neuherausgabe muß er gleichfalls einleitend bemerken:

»Aus der Mannigfaltigkeit der vorstehend skizzierten Erscheinungen einen einheitlichen Begriff der Kolonie herzuleiten begegnet erheblichen Schwierigkeiten. In der Literatur aller Nationen bestehen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der genaueren Definition dieses Begriffes.«²⁾

In der Tat, greifen wir zum englischen Gegenstück dieser unserer hervorragendsten deutschen Nachschlagebücher, zu Palgraves Dictionary of Political Economy, so erblicken wir den Schriftsatz Colonies sofort mit dem unbefangenen Eingeständnis eröffnet:


»Die Bestimmung des Begriffes Kolonie ist elastisch, und seine Verwendung ist sehr von zufälligen Begleitumständen beherrscht. Beispielsweise wird Ceylon als

¹⁾ Siehe Kolonien und Kolonialpolitik, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Auflage, 4. Band /Jena 1892/, pag. 703, 2. Auflage, 5. Band /Jena 1900/, pag. 137, 3. Auflage, 5. Band /Jena 1910/, pag. 921 ff.

²⁾ Siehe Köbner Einführung in die Kolonialpolitik /Jena 1908/, pag. 6.

Kolonie aufgeführt und Birma nicht, weil beide [man höre und staune!] von verschiedenen Regierungsabteilungen daheim geleitet werden.«³⁾

Und dieser etwas ratlose Darsteller A. Caldecott ist wiederum kein erster bester Laie; sein Werk *English Colonization and Empire*, das zu Beginn der neunziger Jahre erschien, ist auch in Deutschland nicht ohne Beachtung und Eindruck geblieben.

INE Aufzählung und kritische Besprechung auch nur der hervorstechendsten, bald neben einander herlaufenden, bald sich folgenden Versuche der einheitlichen Stoffdurchdringung und der gegenseitigen Verständigung darüber kann an dieser Stelle natürlich nicht beabsichtigt sein. Wie so oft bei Wissenschaften, die zunächst wegen drängender Forderungen der bestehenden Praxis und noch lange Zeit lediglich zur lehrhaften Überlieferung und womöglich auch zur Klärung dieser Praxis in Angriff genommen wurden, tritt bei einem summarischen Überblick jedoch ohne weiteres ein gewisses Fortschreiten hervor: von dem ersten kurzsichtigen Sichklammern an rein praktische Orientierungs-, Ordnungs- und Verwendungsbedürfnisse der staatlichen Verwaltungen und politischen Leitungen bis zu einer immer unbefangenern Beobachtung und Würdigung der tieferen allgemeineren Wirtschaftsentwickelungen, die in den einzelstaatlichen und internationalen kolonialisatorischen Erweiterungen, in kolonialpolitischen Erfolgen und Rivalitäten nur zu weithin sichtbarstem Ausdruck gelangen. Die Kinderkrankheit so vieler Staatswissenschaften: das lähmende Hinstarren und das ablenkende Rücksichtnehmen auf den praktisch-politischen Alltagsgebrauch verliert sich dabei mehr und mehr, und die wirtschaftliche Entwicklungsauffassung (gleichviel, ob mit oder ohne Kenntnis von Marx, dem Meister der ökonomischen Geschichtsphilosophie) verschafft sich zunehmend mehr Geltung. Dieser Fortschritt wäre sicherlich schon viel weiter ausgereift, wenn die erwähnten betriebstechnischen Bedürfnisse der Verwaltung und Politik und die, oft schwer zu ändernden traditionellen Formeln, Gebräuche und Einrichtungen des nationalen und internationalen Rechts, des diplomatischen Verkehrs und sonstiger staatlicher Amtsbetätigung nicht immer wieder der rein formalpolitischen Scheidung und Wertung einen stärkern, innerhalb engerer Schranken nicht einmal unberechtigten Rückhalt verleihen würden.

Die allererste Abgrenzung ist infolgedessen zwar die tatsächlich allerdings nächstliegende, die bürokratisch-geschäftsmäßig vielleicht vor allem anderen wissenswerte, aber sie ist zweifellos zugleich die hilflos roheste und wissenschaftlich gleichgültigste. Was ist Kolonialpolitik? Offenbar das, was ein eigens dazu bestelltes Kolonialamt im Schweiß seines Angesichts und unter Aufwendung von mehr oder weniger Hirnschmalz treibt und erledigt. Die früheste und unbedenklichste Darstellung begnügte sich hierbei wohl mit den Amtsgepflogenheiten und Amtspflichten des eigenen einen Landes, während die nachdenklicheren Lehrer und Lehrbücher für flügender werdende Praktiker immerhin ein paar der sonst noch kolonialbeteiligten Hauptländer vergleichs- und ergänzungsweise mit heranziehen. Was sind nach dieser *Auffassung* also Kolonien? Offenbar solche Gebiete, auf die sich jene Politik der zuständigen Kolonialämter bezieht. Mehr nach der Seite der parlamentarischen Mitwirkung gesehen, würde dies alsdann etwa

³⁾ Siehe *Palgrave Dictionary of Political Economy*, 1. Band /London 1894/, pag. 321.

besagen: Kolonialpolitik ist, was in kolonialer Gesetzgebung oder in Positionen der Kolonialetats seinen von der zuständigen Volksvertretung wohlweislich hin und her zu erwägenden Niederschlag findet.

Die etwas drastische Sprechweise wurde gewählt, um den Leser selber sofort herausfühlen zu lassen, wie bei solchen Richtlinien naturgemäß alle wissenschaftlich haltbaren und einheitlicher durchgreifenden Merkmale der Unterscheidung vollkommen unberücksichtigt beiseite bleiben, wie hierbei nachgerade alles, selbst das sachlich Wichtigste, ziellos abhängig gemacht wird vom Zufall des staatlichen Ämteraufbaus, der Parlamentsbefugnisse und besonders auch von der oft seit Anbeginn zwischen den einzelnen Großstaaten grundverschiedenen, später nochmals rasch und wenig einheitlich wechselnden Teilung der Gewalten zwischen Mutterland und Pflanzstaat. Man überweise die Verfügung über den ungeheuren Beuteschatz der öffentlichen Ländereien, die Einwanderungsgesetzgebung, die Schaffung und den Ausbau eines großen wirtschaftstragenden und wirtschaftsweckenden Verkehrsnetzes, diese drei elementaren Grundlagen aller und jeder Siedelungskolonialpolitik, den allmählich zu höherer Selbstregierung berufenen Tochterstaaten (man denke in erster Reihe an Canada und Australien), und alle Kolonisationspolitik, alle koloniale Bevölkerungs-, Land- und Verkehrspolitik verliert sich insoweit ganz von selber, denn — in den Büchern des glücklich entlasteten heimischen Kolonialamts und in den mutterländischen Etatsvorlagen des überbürdeten heimischen Parlaments ist nunmehr von alledem nichts mehr zu entdecken. Daß freilich die ganze, in erster Linie gerade *kolonial* eigenartigste und noch dazu wirtschaftskulturell unvergleichlich bedeutendste Entwicklung alsdann durchaus nicht zu den leblosen Schatten verschwindet, daß sie oft sogar erst mit ihrer größern Verselbständigung ihre ungehindertste Vollebenskraft gewinnt, daß sie also nur nach ihren bürokratischen und parlamentarischen Widerspiegelungen und Zutaten durch andere Bücher läuft, das kann am Ende in Nachschlagewerken, die vorwiegend für die heranwachsenden Delphine unserer Verwaltungs- und Gesetzgebungslaufbahn geschrieben sind, als für sie gleichgültig und nebensächlich ruhig und gleichmütig ausgeschieden werden. Aber was soll man sagen, wenn selbst so revolutionär offene Köpfe wie unser Edelmarxist Genosse K. Kautsky mit Vorliebe auf solche Gedankenlosigkeiten (um in der edelmarxistischen Tonart zu bleiben) ganz gewöhnlicher bürgerlicher Vulgärökonomen verfallen? Sogar die Eingeborenenbehandlung, die diese Leuchten der *sozialistischen Wissenschaft* sonst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit Vorliebe als das A und O aller Kolonialpolitik hinstellen, sind vermutlich solche Edelmarxisten und Vulgärökonomen aus der Kolonialpolitik auszuschalten bereit, sobald diese sonst meistumstrittene Angelegenheit nur vom Mutterland nach dem Pflanzstaat hinübergeschoben wird: was trotz einigen rechtlichen Vorbehalten tatsächlich längst für die großen britischen Siedelungskolonien zutrifft. Das alles ist ungefähr ebenso überlegsam, als wollte man uns demnächst zu beweisen versuchen: die Wegepolitik höre auf, wenn Staaten wie Preußen ihr Straßenwesen den Provinzen, Kreisen und Gemeinden anvertraut haben; die Schulpolitik verflüchtige sich zu blauem Dunst, soweit sie den Gemeinden als ihren Hauptträgern zufällt; mit der Steuerpolitik sei es vorbei, wenn nicht mehr die Einnahmen der Staaten oder womöglich gar nur des einen zentralen Reiches

in Frage kommen. Die Kolonialpolitik mit ihren unendlich vielseitigen überseeischen Ausstrahlungen wird auf diesem Weg ganz willkürlich zur ausschließlich mütterländischen Kolonialpolitik verkrüppelt, und zwar selbst in dieser eigengewählten Abgrenzung nochmals unter Beschränkung auf die oberflächlichsten praktischen Betätigungsbedürfnisse der heimischen Verwaltungs- und Gesetzgebungskörperschaften.



Am wertvollsten und unangreifbarsten ist diese Behandlungsart des Kolonialproblems noch immer, wenn sie sich einfach als staats- und völkerrechtliche Zergliederung und Umschreibung des national und international anerkannten und maßgebenden Zustands gibt und die weitere Frage: was sonst noch etwa, in *anderm* Sinn, als Kolonie angesehen werden dürfe, den *anderen* Fachwissenschaften zu überlassen erklärt. Diese Richtung löst zwar das schwebende Problem nicht entfernt restlos, gesteht dies aber ohne Zögern als gar nicht in ihrer Absicht liegend zuweilen selber ein, und sie kann für die folgerichtigeren, widerspruchslösere Beurteilung und die zweifelsfreihere Ausdeutung abgeschlossener vorliegender und weiter werdender Rechtsverhältnisse unter Umständen kein geringes Verdienst beanspruchen.

Vor allem ist sie auf weiten und wichtigen Gebieten ganz unentbehrlich. Denn nationale Verfassungen und Gesetze, internationale Staatsverträge und anerkannte völkerrechtliche Grundsätze und Regeln beziehen sich ausdrücklich auf Kolonien und Schutzgebiete, auf die dominions and possessions außerhalb Europas oder, wie es für England sonst noch heißt: auf all the colonies and foreign possessions. Sie beziehen sich nicht nur auf die nationaux, die heimischen Staatsangehörigen, sondern weiter auf die sujets des possessions, die Angehörigen der Besitzungen vorwiegend oder ausschließlich kolonialer Art.

Rechtsgebilde sind immer nur eine Außenseite der allgemeinen sozialwirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind, weil nur eine formale Fassung von dahinterstehenden Interessen (der Individuen und der kleineren und größeren Gruppen, bis schließlich hinauf zu den Völkern und Völkergemeinschaften), im Grunde niemals ohne ein Zurückgehen auf die tieferen Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens verständlich. Sie sind diesem innerlichern und entscheidendern Wirtschaftsprozeß in ihren letzten Bestimmgründen untergeordnet und bedürfen, um nicht reaktionär zu erstarren, von Zeit zu Zeit der Neuanpassung an das ewig fließende ökonomische Leben. Trotzdem bedürfen sie kaum weniger, schon um der sicherern Rechtsauslegung und Rechtsprechung willen, ihrer eigenartigen Systematik, ihrer selbständigen logischen Durchdenkung und Zurückführung auf klar faßbare einfache Grundformen, ihrer möglichsten, obwohl wiederum nur logisch-formalen Befreiung von inneren Unausgeglichenheiten. Was nach dieser Richtung das Kolonialgebiet anlangt, so hat die Rechtswissenschaft auch hier unleugbar viel Belehrendes und selbst Hervorragendes geleistet. Nur kann sie nicht, Unmögliches erstrebend, über sich selber hinwegspringen und das reiche koloniale Forschungsfeld in seiner Allseitigkeit erschöpfen wollen. Selbst rein als Rechtssystematik und Rechtslogik gelangt sie über manche klaffenden Widersprüche nicht hinüber, die eben in der Sache selber wurzeln. Besonders aber: Die mehr durch Wirtschaftsstudien angeregte und mehr auf

neue wirtschaftliche Erkenntnisse gerichtete Forschung wird, wie früher die mehr verwaltungsbürokratische Auffassung so auch zuletzt die rein rechtliche Konstruktion, meist als viel zu eng, mitunter jedoch ebenso als zu weit und recht oft als ganz schief und wirtschaftlich irreführend beurteilen. Einige Beispiele mögen das eine wie das andere näher belegen.

Die Insel Helgoland war bis zu ihrer Abtretung an Deutschland rechtlich zweifellos Kronkolonie Englands: seit 1868 ganz der gesetzgeberischen und ausführenden Staatsgewalt eines vom Londoner Kolonialamt abhängigen Gouverneurs unterstellt. Das bietet verwaltungspolitisch nicht das geringste Verwunderliche, denn für die britische Weltpolitik stand Helgoland ganz auf einer Stufe mit Gibraltar, Malta, Sankt Helena und anderen Außenstützpunkten der englischen Seevorherrschaft. Rein rechtlich macht die Einordnung als Kolonie gleichfalls keinerlei Schwierigkeiten: Helgoland war der Souveränität eines abliegenden europäischen Staates unterworfen; ferner bildete es keinen gewöhnlichen normalen Unterbestandteil dieses Staates, wie dies den heimischen Verwaltungsbezirken, den Grafschaften oder Gemeinden, mit ihrer regelrechten Vertretung im Parlament und mit ähnlichen Befugnissen der eigentlichen Staatsteile und Staatsangehörigen, zukommt. Aber der Volkswirtschaftler wird, ganz im Gegensatz zu diesen zustimmenden Vorgängern aus der Verwaltungs- und Rechtssphäre, in diesem Fall auch nicht eine Voraussetzung des wirklichen durchgreifenden Kolonialcharakters erfüllt finden, und ihm wird es weiter niemals einleuchten, daß ein paar rechtsändernde Federstriche der Verwaltung oder ein verfassungsrechtlicher Beschluß des Parlaments die Kolonie zum normalen Staatsteil oder unter Umständen ebensogut umgekehrt einen normalen Staatsteil zur Kolonie zu machen vermöge. Vollends als Marxist bestimmt er den Kolonialcharakter lediglich nach dem durchgehenden Wirtschaftsaufbau, dem eine bloße Verwaltungsaufschrift oder ein paar äußerliche Rechtsschnörkel nicht das geringste anhaben können.

Umgekehrt erscheinen verwaltungs- und verfassungsrechtlich und zum Teil auch völkerrechtlich Erdstriche wie Algier, wie die meisten portugiesischen überseeischen Besitzungen, wie das frühere spanische Portorico und Cuba nicht als Kolonie, das heißt nicht als kolonial-sonderrechtliches Nebenland sondern als gewöhnlicher, vollwertiger, normaler Staatsbestandteil: »Bei verschiedenen [französischen] Kolonien [!] ist der auf Ideen der französischen Revolution zurückgehende Grundsatz der Assimilation in Geltung geblieben, derart, daß diese Kolonien als Teile Frankreichs angesehen werden, die dem Mutterlande vollständig gleichstehen. Die Gesetze des Mutterlandes gelten ohne weiteres in diesen Kolonien, zum Teil haben auch die Eingeborenen die gleiche Stellung wie die Franzosen und genießen die französischen Bürgerrechte. Am strengsten ist dieser Grundsatz durchgeführt in Algier, das vollständig französische Provinz ist mit französischer Provinzial- und Kommunalverwaltung. Es wird daher bei der später folgenden Darstellung der Verwaltung der Kolonien nicht [!] mitbehandelt werden.«¹⁾

»In den portugiesischen Kolonien ist das Prinzip der politischen Assimilation im großen und ganzen zur Durchführung gelangt. Die Kolonien sind Teile des portugiesischen Staatsgebietes (Provincias). Die in den Kolonien geborenen Portugiesen haben die gleichen politischen Rechte wie die im Mutterlande geborenen. . . Aus dem herrschenden Prinzip der Assimilation folgt, daß es portugiesische Kolonien mit völliger Selbstverwaltung, eigenen Ministern und Parlamenten nicht gibt. Die einzelnen portugiesischen Kolonien sind eben, wie bereits

¹⁾ Siehe die Drucksachen des Reichstags, 1912-1914, Nummer 1356 (Die Kolonialverwaltung der europäischen Staaten), pag. 2663.

angedeutet, und worauf auch der Name Provincias hinweist, Teile des portugiesischen Staatsgebietes. Die in den Kolonien ansässigen Portugiesen von Geburt (nicht auch die naturalisierten) wählen ebenso wie die in der Republik selbst wohnenden ihre Abgeordneten zum Parlament in Lissabon, wozu 14 besondere koloniale Wahlbezirke eingerichtet sind. Der Wahlmodus ist mit geringen Abweichungen, die durch die lokalen Verschiedenheiten bedingt sind, der gleiche wie im Mutterlande. Auch an den Wahlen zur konstituierenden Versammlung nach dem Sturze des Königiums waren die Kolonien beteiligt (Dekret vom 5. April 1911). Das Grundgesetz für die gegenwärtige Verwaltungseinrichtung der portugiesischen Kolonien ist das Dekret vom 1. Dezember 1909 betreffend die Organisation der überseeischen Provinzen.«⁵⁾

»Die alte spanische Kolonialverfassung fand mit dem Verlust Südamerikas im 19. Jahrhundert ihr Ende. . . Cuba, Portorico und die Canarischen Inseln wurden mit der Zeit zu Provinzen erklärt und erhielten das Recht der Wahl von Abgeordneten für die spanischen Cortes.«⁶⁾

In solchen Fällen versagt also die vermeintlich stets zutreffende Definition der Kolonialgebiete: als Nebenländer mit verhältnismäßig verminderter politischer Rechtsstellung, im Gegensatz zu den eigentlichen politisch vollwertigen Landesteilen des Mutterlands.

Und am Ende versagt in vielen Fällen, und zwar zum Teil von allerwichtigster Art, sogar die als grundlegend-notwendig behauptete Verknüpfung mit einem, als Mutterland anzusehenden Vormachtsstaat. Der Kongostaat, ehe er vor kurzem von Belgien erworben wurde, hatte kein Mutterland, das staats- und völkerrechtlich für ihn die üblichen Rechte beanspruchen und ausüben durfte und die üblichen Pflichten übernehmen sollte und mußte. Er war im wesentlichen die letzte riesengroße Chartered Company, die als freie Kolonialgesellschaft, aus eigener, aber international anerkannter Kraft ungemessene staatliche Hoheitsrechte besaß, und für die die Leitung durch ihren Schöpfer König Leopold keinerlei Souveränität Belgiens oder irgendwelches andern europäischen oder nichteuropäischen Staates begründete. Formalpolitisch ganz folgerichtig, aber in schlagendstem Gegensatz zu dem ständigen Sprachgebrauch, und man möchte fast sagen: in schreiendem Widerspruch zu dem einfach natürlichsten Empfinden, heißt es deshalb in der zuletzt herangezogenen Denkschrift an anderer Stelle:

»Diese Kolonie wurde im Jahr 1882 als unabhängiger Staat von Leopold II. von Belgien unter dessen Souveränität begründet und im Jahre 1885 für ewige Zeiten für neutral erklärt. Eine Kolonie im eigentlichen Sinne wurde der Kongostaat erst 1908, als der unabhängige Staat auf Grund eines Vertrages vom 28. November 1907 von Belgien annektiert wurde. Jetzt erst kam er zu Belgien in eine abhängige Stellung.«⁷⁾

Für Zoepfl (im Handwörterbuch der Staatswissenschaften), der wohl die rein formale Wertung der *Neuländer* auf die Spitze getrieben hat, »gilt Algier nicht mehr als Kolonie, sondern als integrierender Teil oder als Provinz Frankreichs«. Für die Kolonialpolitik scheidet deshalb Algier jetzt aus, und auch Tunis sei »keine Kolonie«. Ägypten ist »keine Kolonie«, selbst als Protektorat ist es »ohne völkerrechtliche Anerkennung«, demnach für die koloniale Entwicklung wohl kaum vorhanden. Zieht Zoepfl bei unvermeidlichen Gelegenheiten dennoch einmal ägyptische Erfahrungen heran, so fügt er stets wie entschuldigend hinzu: »obwohl es sich um keine Kolonie handelt.«⁸⁾

⁵⁾ Siehe die in Note 4 zitierte Drucksache, pag. 2652.

⁶⁾ Siehe Zimmermann Kolonialpolitik /Leipzig 1905/, pag. 26.

⁷⁾ Siehe die in Note 4 zitierte Drucksache, pag. 2688.

⁸⁾ Siehe Zoepfl Kolonien und Kolonialpolitik, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage. 5. Band /Jena 1910/, pag. 980, 961 und 975.

Wenn dies alles weiter nichts heißen soll, als daß der Ausdruck Kolonien in einem internationalen Staatsvertrag mit Frankreich Algier nicht einschließe, oder in einem internationalen Vertrag mit England nicht Ägypten, oder in einem Abkommen mit dem frühern annektionsfreien Belgien nicht den Kongostaat, und daß deshalb diese besonderen überseeischen Länder, wenn sie durch Vereinbarungen oder ständige Rechtsregeln getroffen sein sollen, eigens oder mit anderen Sammelworten genannt sein müßten: dann freilich ist dies alles gut und richtig. Dann trifft dies jedoch auf Indien gleichfalls zu, denn Indien ist nach englischem Staatsrecht ebenfalls keine colony und muß neben den colonies nochmals gesondert aufgeführt werden, wenn es in die Rechte und Pflichten eines mit Großbritannien geschlossenen Abkommens einbezogen werden soll. Mit geradezu verblüffender Konsequenz läßt deshalb in der Tat die deutsche amtliche Denkschrift über die Kolonialverwaltungen gerade Indien beiseite, denn — Indien wird nicht vom Colonial Office sondern von einem ganz andern Amtsmittelpunkt aus verwaltet.

Kolonialpolitik ist ausschließlich die Beteiligung des Mutterlands daran.⁹⁾ Und mütterländische Kolonialpolitik ist ausschließlich die Beteiligung des einen zuständigen Amtes daran Auf diesem Weg verliert man das Endziel aller tieferschürfenden kolonialwissenschaftlichen Erörterungen allerdings mehr und mehr aus dem Auge.



ON einer ganz andern Seite her packt, wie hier seit einem Jahrzehnt immer von neuem betont wurde, K a r l M a r x das Kolonialproblem an. Sein Ausgangspunkt dabei ist, wie zu erwarten, der rein wirtschaftliche. Die Siedelungskolonisation¹⁰⁾ wird deshalb von ihm nach ihren zwei Hauptbestandteilen dahin charakterisiert: einerseits das freie, vordem gegen die Eingeborenen beschlagnahmte Land, »der jungfräuliche Boden«; andererseits die künstlich-außergewöhnlich von außen zuströmende Bevölkerung, die Einwanderer, die landbesetzenden, nicht von jeher das Land besitzenden Siedler. Wo diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist Siedelungskolonisation, ist siedelungskoloniale Landpolitik, siedelungskoloniale Bevölkerungs-, Einwanderungs- und Eingeborenenpolitik, ist eigenartige koloniale Verkehrspolitik zur Aufschließung von Neuland, zur Verbindung der zerstreuten Siedlungsstriche unter einander und mit dem, zu einer ganz neuen Rolle berufenen Fernabsatz. Wo diese wesentlichen Grundbestandteile, Freilandvorrat und Siedlerzustrom, sich vereinen, da ist eigenartige siedelungskoloniale Grundrentenbildung und Lohngestaltung, eigenartige Sozialentwicklung und Klassenschichtung und noch so vieles andere, was uns durch die wissenschaftliche Bearbeitung der Kolonialpolitik nicht verhüllt sondern enthüllt und geistig nähergebracht werden soll.

⁹⁾ Siehe Zoepfl, loc. cit., pag. 1001: »In den Selbstverwaltungskolonien hat dann die ganze Lokalverwaltung keine kolonialpolitische Bedeutung mehr, da dem Mutterlande jeder Einfluß darauf entzogen ist.« Und pag. 1005: »In den britischen Kolonien mit Selbstverwaltung sind diese Fragen [Ein- und Auswanderung und ähnliches] überhaupt dem Bereiche der Kolonialpolitik entzogen, da die Dominionen auch in dieser Hinsicht selbständige Politik treiben.« Meist lag die Sache genau umgekehrt: Weil das fernabgelegene Mutterland die großen kolonialpolitischen Aufgaben der Siedelungskolonien (Länderverteilung, Menschenzufuhr und -ansiedlung, Schaffung der großen Verkehrsgrundlagen) besser und entschlossener durchgeführt sehen wollte (nicht, weil diesen Aufgaben »keine Bedeutung« mehr zukam), deshalb erfolgte die Übertragung dieser Aufgaben, die Einräumung der entsprechenden Selbstregierung an die Pflanzstaaten.

¹⁰⁾ Wie die Marx'schen siedelungskolonialen Grundanschauungen sich ohne viel Schwierigkeiten auch auf die Tropenkolonisation anwenden lassen, habe ich mehrfach früher entwickelt. Weiteres in einem nächsten Artikel bei der Schilderung der Produktionsentwicklung und der Rolle der Staatsgewalt.

Für Marx ist deshalb die formalpolitische, die staats- und völkerrechtliche Stellung des kolonialen Staatsgebildes vollkommen gleichgültig. Denn in den aufgezeigten Grundzügen ändert sich nichts, wenn die Boden- und Einwanderungsgesetzgebung statt von London von den canadischen oder australischen oder südafrikanischen Hauptstädten ausgeht. Mit der Einräumung freierer Selbstentscheidung gelangte sogar die canadische und australische Bodenbesetzung und ebenso die Bevölkerungsauffüllung, also der ganze Verlauf der Siedelungskolonisation in diesen Erdstrichen erst zu seinem eigentlichen Aufschwung. Und folgerichtig wie immer fügte Marx der obenerwähnten Stelle bei der Niederschrift des Kapitals, also noch nach der Mitte der sechziger Jahre, hinzu: auch die Vereinigten Staaten seien »ökonomisch gesprochen immer noch Kolonialland Europas.¹¹⁾ Das heißt also: Für ihren siedelungskolonialen Wirtschaftscharakter ist es ganz belanglos, daß sie etwa 100 Jahre zuvor vollkommen unabhängig wurden. Solange sie, im Gegensatz zu der altweltlichen Wirtschaftsgeschichte, mittels eines ungeheuren Vorrats von ehemaligem Indianerland sonst undenkbar große Bevölkerungsmassen aus aller Herren Ländern heranziehen und einverleiben konnten, so lange waren sie nach ihrer ganzen innern Entwicklung und weltwirtschaftlichen Stellung Kolonialland: zwar nicht mehr Kolonialland Englands in alter politischer Abhängigkeit, wohl aber Kolonialland Europas in unendlich vielseitiger Wirtschaftsverkettung, vor allem in vordem ungekannter Fülle der Menschenübersiedelungen und der Kapitalsübertragungen. Die formalpolitische Seite schrumpft hier bei Marx zu nichts zusammen, die wirtschaftliche Bedeutung entscheidet bei Marx alles.

Vor Lesern der Sozialistischen Monatshefte brauche ich weitere Ausführungen hierüber nicht zu wiederholen. Sie sollten für Marxisten Selbstverständlichkeiten sein. Aber da sie von manchen Parteigenossen noch immer nicht ohne Befremden aufgenommen werden, so sei heute wenigstens hervorgehoben: daß die Marxschen Auffassungen eigentlich stets von weitesten Kreisen der Kolonialtheoretiker geteilt wurden, und daß gerade die ausgezeichnetsten amerikanischen, englischen und deutschen Namen unter den zustimmenden Vertretern zu finden sind.

Kein amerikanischer Historiker des 19. Jahrhunderts nennt die großen Vorwärtstöße nach dem büffel- und indianerbesetzten Westen, die erst nach den sechziger Jahren ihrem Höhepunkt zueilten, anders als die *Kolonisation des Westens*, die große *kolonisierende Bewegung*, nennt die Siedlungssucher, ganz wie wir unsere Überseefahrer, anders als *Emigranten* nach dem Mittel- und Fernwesten. So leitet in einem der verbreitetsten Collegehandbücher Callender den Abschnitt über die Besiedelung des Westens mit den Worten ein:

»Die Besiedelung des Westens sollte als ein Hauptbeispiel der Kolonisation betrachtet werden. . . Kolonisation ist die Ausdehnung [expansion] eines Gemeinwesens über ein neues Gebiet. Das politische Verhältnis zwischen neuen Gemeinwesen und den alten, aus denen sie entsprangen, mag wichtig sein; tatsächlich ist es die einzige Seite der modernen Kolonisation, die viel erörtert wurde. Aber es ist keineswegs die Hauptsache der Kolonisation: es kann sich bewegen zwischen absoluter Unabhängigkeit des neuen Gemeinwesens und voller Unterwerfung unter das Mutterland, ohne die eigentliche koloniale Beziehung zwischen ihnen zu ändern. . . Auch ist es belanglos, ob die neuen Gemeinwesen vom alten

¹¹⁾ Siehe Marx Das Kapital, 1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 729.

weit entfernt liegen. Angrenzendes Gebiet mag leichter zu besiedeln sein, und die koloniale Bewegung mag unter solchen Bedingungen größere Volkskreise erfassen, aber die sozialen Wirkungen sind kaum viel andere als bei der überseeischen Kolonisation auf weite Entfernung. Von diesem Standpunkt aus sind offenbar die Amerikaner als die großen Kolonisatoren der modernen Zeiten anzusehen. Kein anderes Volk hat so viele neue Siedlungen gegründet und ausgebaut oder so weite Wildnislandstriche dem zivilisierten Leben unterworfen. . . Die Berührung mit jungfräulichem Gebiet und die ständige Ausbreitung nach diesem bildet die grundlegende Eigentümlichkeit der amerikanischen Gesellschaft.«¹²⁾

Ganz im Anschluß an solche beliebig vermehrbaren amerikanischen Vorbilder heißt es in Paul Darmstädters trefflichem Geschichtsabriß:

»Die Ohioordonnanz vom Jahre 1787 [die die erste Verwaltung der unfertigen inneren Territorien und ihre spätere Erhebung zu Staaten regelte] ist nicht nur für die Geschichte der Vereinigten Staaten sondern auch für die Kolonialgeschichte von epochemachender Bedeutung geworden. Sie . . . stellt zum erstenmal in der modernen Geschichte den Grundsatz auf, daß Kolonien, die von Volksangehörigen besiedelt sind, lediglich eine Erweiterung des Heimatlandes und, so bald sie eine bestimmte Stufe der Entwicklung erreicht hätten, diesem in jeder Hinsicht gleichzustellen seien. Ohne diese Grundsätze wäre die moderne Entwicklung der Vereinigten Staaten und auch des britischen Weltreichs nicht möglich gewesen. . . Immer neue Gebiete wurden der Besiedelung erschlossen, die Indianer weiter und weiter nach Westen gedrängt, und seit den dreißiger Jahren in bestimmten Bezirken, den sogenannten Reservationen, eingekreist. Um 1835 war beinahe alles Land östlich vom Mississippi und schon erhebliche Teile des jenseits des Stromes gelegenen Gebietes der Kolonisation geöffnet. . . Man hat darauf hingewiesen, daß bei der Kolonisation alle Stadien der Kultur vom Jäger und Fischer zum Hirten, zum Ackerbauer und zur städtischen Siedelung mit Handel und Gewerbe im Verlaufe eines kurzen Zeitraums durchgemessen werden. Wohl nirgends hat sich dieser Prozeß mit größerer Geschwindigkeit vollzogen als im Innern Nordamerikas. . . Immerhin haben noch weite Gebiete des Nordwestens bis zur Gegenwart ihren kolonialen Charakter bewahrt.«¹³⁾

Bis in die letzten Ausläufer verfolgt solche Gedankengänge Supan in seinem schon früher angeführten Quellenwerk, einem bewundernswerten Denkmal deutschen Gelehrtenfleißes.¹⁴⁾ Zunächst ist für ihn die amerikanische Union, »auch nachdem sie politisch selbständig geworden« war, »für Europa das Kolonialland kat exochen geblieben«. Aber dieser Prozeß »der Ausbreitung des abendländischen Kulturkreises«, an den er allerdings mehr als Bevölkerungsgeograph wie als Wirtschaftshistoriker herantritt, der nach ihm »den kulturgeographischen Begriff Europas erweitert« und immer ausgedehntere Wechselbeziehungen zwischen »dem alten und dem transatlantischen Europa« schafft, hat auch das übrige Amerika und noch weitere gemäßigte Erdstriche »aufgefüllt« und »europäisiert«. Im Abschnitt über die europäisch-amerikanische Periode seit 1876 wird noch auf die jüngsten Fortschritte der Kolonisation im Innern Amerikas mit besonderm Nachdruck hingewiesen: »im Nordwesten, wo die Entdeckung der Goldfelder von Klondike /1896/ und Nome /1898/ einen großen Menschenstrom nach Gegenden mit arktischem Klima lenkte; in Canada, wo sich die Zone des Ackerbaues und der weißen Besiedelung im Süden bis an das Felsengebirge ausgedehnt hat; im Westen der Vereinigten Staaten, und endlich auch in Südamerika, aber hier nur im südlichen Teil, wo die Kolonisation der Pampas vollendet und die Patagoniens in Angriff genommen wurde«:

»Die Umwandlung Südbrasilens, Uruguays und Argentinens in Einwanderer-

¹²⁾ Siehe Selections from the Economic History of the United States /New York 1909/, pag. 597.

¹³⁾ Siehe Darmstädter Die Vereinigten Staaten von Amerika /Leipzig 1909/, pag. 121 ff.

¹⁴⁾ Siehe Supan Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien /Gotha 1906/, pag. 252, 1, 158. 261, 308 f. und 314.

kolonien ist erst ein Ergebnis der Bewegung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts [15]). . . Südamerika südlich vom Wendekreis kann heute schon als Einwandererkolonie betrachtet werden, wenn auch die Zahl der Weißen im Durchschnitt 60 % der Bevölkerung nicht übersteigen dürfte. . . Man vergleiche nur Nordamerika, Australien, Neuseeland einst und jetzt: niemand wird leugnen können, daß die Kolonisation hier ein bewundernswertes Kulturwerk geschaffen hat.«

In dem Anschluß an die Marxsche wirtschaftliche Auffassungsweise der Kolonisation und Kolonialpolitik liegt also wahrhaftig nichts Gekünsteltes. Sie ist aus der Sache selber geschöpft und lenkt den Blick auf die wirklich großen kolonialen Zusammenhänge und kolonialpolitischen Grundfragen, während man mit bloß formalpolitischen Betrachtungen und Erörterungen nur die Oberfläche der kolonialpolitischen Vorgänge streift und bestenfalls für Tagesfragen einige praktische Fingerzeige mehr gewinnen kann.

XX
**LUDWIG QUESSEL · DER RUSSISCH-JAPANISCH-
 SCHE VERTRAG**

WÄHREND der zweite Jahrestag des Kriegsbeginns in Europa uns eine noch völlig ungeklärte Lage zeigt, hat sich in Asien schon vor dem Eintritt in das dritte Kriegsjahr eine Neugruppierung der Großmächte vollzogen, die voraussichtlich der künftigen Entwicklung die Wege weisen wird. Schon die kurze Inhaltsangabe des neuen russisch-japanischen Vertrags, die die Petersburger Telegraphenagentur am 8. Juli verbreitete, ließ erkennen, daß eine enge machtpolitische Bindung der beiden asiatischen Großmächte stattgefunden hat. Verstärkt wurde der Eindruck, daß es sich um einen Vertrag von weittragender Bedeutung handelt, noch durch die Meldungen englischer Blätter, wonach die japanischen Staatsmänner, die sich um dessen Zustandekommen verdient gemacht haben, vom Mikado durch Standeserhöhungen ausgezeichnet worden sind, womit wohl dem Volk symbolisch ein neuer Abschnitt der auswärtigen Politik Japans angekündigt werden sollte.

Man kann wohl sagen, daß für die deutsche Presse der russisch-japanische Sondervertrag vom 3. Juli 1916, der uns innerhalb der Entente eine Vereinigung mit besonderen Interessen und Zielen zeigt, eine große Überraschung war. Von den Politikern, die die außerordentliche Anpassungsfähigkeit des

¹⁵⁾ Genosse Henke (Bremen) glaubt (im Leitartikel Kolonialpolitik, Sozialdemokratie und Sozialimperialismus der Bremer Bürgerzeitung vom 15. Juli 1916) einen vernichtenden Trumpf gegen alle Hinweise auf notwendige koloniale Rohstoffzufuhren auszuspielen: »Es fehlt nicht an Rohstoffen. Neun Zehntel aller in der betreffenden Industrie gebrauchten tropischen Rohstoffe werden in Zentral- und Südamerika produziert. Insoweit eine Knappheit herrscht, kann die Produktion in diesen Ländern noch hundertfach vergrößert werden.« Der revolutionäre Stillstandsgenosse vergißt ganz, daß der Europäer und der europäische Kapitalismus in Zentral- und Südamerika mit genau dem selben Recht oder Unrecht des Eindringlings und Kolonisators tropische Rohstoffe produziert wie in Afrika oder anderen Kolonialgebieten. Auch in den Südstaaten der Vereinigten Staaten waren in den Baumwollgebieten bekanntlich zunächst keine Europäer sondern Indianer, und die Europäer waren abermals nur kolonisierende Eindringlinge. Die Grundfrage wird hier also niemals beantwortet sondern immer nur hin und her geschoben: waren Europäer berechtigt und waren Europäer genötigt in nichteuropäischen Erdstrichen zu produzieren und deshalb zu kolonisieren? Nein zu sagen, weil in den Südstaaten, in Zentral- und Südamerika schon genug vorkolonisiert und genug weiter zu kolonisieren sei, ist durchaus keine prinzipielle Verneinung. Sagt man prinzipiell Nein, so muß man auch die südstaatliche, die zentral- und südamerikanische Entwicklung zum mindesten verwünschen, obwohl man als Revolutionär, wie gewöhnlich, gegen das Geschehene und weiter Geschehene ohnmächtig sein mag. Aber prinzipiell verneinen und im selben Atem »die Produktion« (die Kolonialproduktion) bleibt es auch hier »hundertfach vergrößern« wollen; das heißt kolonial gründlich Schluß machen und zugleich ordentlich kolonial weiter erschließen wollen. Und das ist selbst für einen geschulten Parteeiresolutionär zu viel des Unvereinbaren.

Panslawismus an neugeschaffene Machtverhältnisse richtig einschätzen, ist eine derartige Frontänderung der russischen Politik schon seit längerer Zeit erwartet worden. So hat Genosse Bloch auf die ersten, unklaren Meldungen hin, die vor einem Jahr aus dem Fernen Osten zu uns gelangten, hier bereits am 18. August 1915 auf die Bedeutung dessen, was damals im Werden war, hingewiesen:

»Heute, 10 Jahre nach dem russisch-japanischen Krieg, wird ein russisch-japanisches Bündnis abgeschlossen (ein Akt, dem von unserer Presse keine besondere Bedeutung zuteil wird, obgleich er auch für uns selbst in der Zukunft von erheblicher Bedeutung sein kann).«¹⁾

Es ist sicher, daß die Grundlagen zu dem russisch-japanischen Sondervertrag schon im August des vorigen Jahres geschaffen wurden, wenn sein formeller Abschluß auch erst in diesen Tagen erfolgte. Der offizielle (französische) Text des am 3. Juli in Petersburg unterzeichneten Bündnisvertrags ist in den Teilen, die der Öffentlichkeit übergeben werden, in den Times vom 8. Juli 1916 erschienen. Er lautet in deutscher Übersetzung:

Die Kaiserlich japanische Regierung und die Kaiserlich russische Regierung haben, in der Absicht ihre Bemühungen für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens im Fernen Osten zu vereinigen, das folgende Übereinkommen getroffen:

ARTIKEL 1: Japan wird an keinerlei Verabredung oder politischen Kombination teilnehmen, die gegen Rußland gerichtet ist. Rußland wird an keinerlei Verabredung oder politischen Kombination teilnehmen, die gegen Japan gerichtet ist.

ARTIKEL 2: Wenn im Fernen Osten die territorialen Rechte und besonderen Interessen des einen vertragschließenden Teils, die von dem andern vertragschließenden Teil anerkannt worden sind, bedroht werden, so werden Japan und Rußland sich über die Maßnahmen verständigen, die zum Zweck gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung für den Schutz und die Verteidigung dieser Rechte und Interessen getroffen werden müssen.«

Rußland und Japan werden also in Zukunft in Asien nicht mehr gegen einander sondern nur noch als machtpolitische Einheit auftreten. Wenn die russischen oder die japanischen Expansions- und Einflußsphären in Asien bedroht werden sollten, werden beide Mächte sich gegenseitig unterstützen. Da in dem Sondervertrag zwischen Japan und Rußland kein Wort zu finden ist, das darüber Auskunft gibt, welches denn die territorialen Rechte und besonderen Interessen sind, zu deren Schutz und Verteidigung das Abkommen geschlossen wurde, so konnte man als sicher annehmen, daß dem öffentlichen Vertrag ein geheimes Abkommen zugrunde liegt. Die japanische offiziöse Zeitung Dairen hat auch einige Tage nach jener ersten Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur offen erklärt, daß »der allerwichtigste Teil des Staatsvertrags geheim« sei. Nichtsdestoweniger hält die japanische Regierung es schon jetzt für geboten den Schleier des Geheimnisses etwas zu lüften. Der Geheimvertrag, so schreibt das offiziöse japanische Blatt, sieht für die Vereinbarungen eine 10jährige Dauer vor. Ist das 10. Jahr ein Kriegsjahr, so bleibt der Vertrag bis zum Friedenschluß bestehen. Was die Kolonisation im Fernen Osten betrifft, so erhält der Geheimvertrag den Zustand, der sich in Nordchina und Sibirien während des Krieges herausgebildet hat, für die Friedenszeit aufrecht; »die Angehörigen beider Länder haben volle Wohnungsfreiheit in Sibirien sowie in der japanischen und russischen Einflußsphäre der Mongolei«. Der gelbe Mann wird also in ganz Asien von den Russen als gleichberechtigt anerkannt. Als den allerwichtigsten Teil des Geheimvertrags bezeichnet aber die japanische Regierung die

¹⁾ Siehe Bloch Wo stehen wir jetzt?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 791.

»russisch-japanischen militärischen Verpflichtungen«. Es wird auch gleich gesagt, gegen wen sie sich richten; denn »das Übereinkommen sieht eine gemeinsame Verbindung gegen das Eindringen anderer Mächte in China vor«. Erinnert man sich dessen, daß England im Jahr 1898 China zu dem berüchtigten Yangtsevertrag gezwungen hat, der das ganze Flußgebiet des Yangtse, nach Lord Salisburys Erklärung 9 von den 18 Provinzen des Riesens Reichs umfassend, als britische Einflußsphäre festlegt²⁾, so wird man begreifen, welch wuchtiger Schlag hier gegen England geführt wird. Gestützt auf Rußland, wirft sich Japan zum Protektor des chinesischen Riesens Reichs auf und weist mit herrischer Gebärde England aus dem neugeschaffenen Machtbereich. Kein Wunder, daß im neutralen Ausland der Eindruck erweckt worden ist, die Fahne Englands sei vom chinesischen Turm durch Japaner und Russen herabgeholt worden und liege zerrissen am Boden.

In der Tat ist aus dem Vertrag mit hinreichender Deutlichkeit zu erkennen, daß der neugebildete asiatische Zweibund sich in erster Linie gegen England (und dann im weitern Sinn gegen Amerika) richtet. Daß man in London so tut, als ob der russisch-japanische Vertrag sich ausschließlich gegen Deutschland richte und England ganz unberührt lasse, wird niemand über den wahren Sachverhalt täuschen. Daher will es auch wenig besagen, wenn Reuter eifrig dementiert, daß »England das russisch-japanische Abkommen mit Mißfallen sehe« und behauptet, die englische Regierung habe sogar darüber »ihre Befriedigung ausgedrückt«. Richtig ist hieran wohl so viel, daß England zurzeit Einwendungen dagegen nicht gut erheben kann und deshalb gute Miene zum bösen Spiel macht. Denn was kann es nicht nur jetzt sondern auch später der vereinigten Militärmacht Rußlands und Japans entgegenstellen? Deren Übermacht ist so groß, daß es sich auf einen Kampf zu Lande gar nicht einlassen kann, wenn es nicht Deutschland als Degen gegen Rußland zu verwenden vermag.

Wie dem englischen Einfluß im Yangtsegebiet so wird das russisch-japanische Abkommen wahrscheinlich auch der französischen pénétration pacifique in Südwestchina ein Ende setzen. Es entbehrt daher nicht eines humoristischen Beigeschmacks, wenn ein Teil der französischen Presse triumphierend berichtet, daß jetzt »Asien für Deutschland verschlossen sei«. In Wirklichkeit hat Deutschland den Gedanken in China territoriale Eroberungen zu machen seit langem aufgegeben. Aber gerade deshalb, weil Deutschland machtpolitisch im Fernen Osten nicht interessiert ist, kann es Rußland und Japan verhältnismäßig leicht fallen ihm dort handelspolitische Zugeständnisse zu machen. In Paris übersieht man geflissentlich, daß die weiten Ziele russisch-japanischer Politik in Asien sich gegen England und Amerika nur durchsetzen lassen, wenn Rußland an seiner Westgrenze nicht bedroht wird. Willen die Russen und Japaner ihr großzügiges asiatisches Programm wirklich zur Ausführung bringen, so müssen sie wohl oder übel dafür Sorge tragen, daß Deutschland ihnen nicht entgegentritt. Die Japaner haben das bereits eingesehen. Gerade aus letzter Zeit liegen zahlreiche Meldungen aus einwandfreier neutraler Quelle vor, die übereinstimmend berichten, daß »die öffentliche Meinung in Japan während des Krieges mehr und mehr prodeutscher geworden ist«. In Rußland ist ein solcher Wandel

²⁾ Siehe meinen Artikel Zwei Träger des Weltmachtgedankens, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 687.

vor dem Friedensschluß aus naheliegenden Gründen gewiß nicht zu erwarten. Wer aber weiß, wie leicht der Panlawismus vergessen kann, wenn es sich um Wahrnehmung seiner Interessen handelt, wird eine Verständigung zwischen Rußland und Deutschland nach dem Friedensschluß gewiß nicht in das Reich der Unmöglichkeit verweisen. So betrachtet, ist es keineswegs unmöglich, daß die prodeutsche Stimmung, die sich während des Krieges in Japan entwickelt hat, nach dem Krieg auch auf Rußland überspringt und für die deutsche Industrie heilsame Folgen zeitigt.

Ehrlicher als die englischen und französischen Blätter, die so tun, als sei das russisch-japanische Sonderübereinkommen aus einer potenzierten Feindschaft gegen Deutschland entsprungen, ist die amerikanische Presse, die offen, wenn auch mit der durch den Kriegszustand gebotenen Zurückhaltung zugibt, daß die bevorstehende Aufteilung Chinas in japanische und russische Einflußsphären den amerikanischen Interessen zuwiderläuft. Vorläufig spricht man aber in Washington nur von den kommerziellen Nachteilen, während man vor dem machtpolitischen Zuwachs Japans die Augen verschließt. Allerdings nur in der Presse. Im Auswärtigen und im Marineamt hat man die Situation sehr gut begriffen, und man handelt danach, wie die gewaltig gesteigerten Ausgaben für die amerikanische Flotte zeigen. Übrigens hat auch in England ein Blatt den Mut gefunden die vom Foreign Office gegebene Anweisung für die Behandlung des russisch-japanischen Sonderbündnisses unbeachtet zu lassen und die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Es ist die Wochenschrift *The Nation*, die folgende Befürchtungen äußert:

»Es ist dies ein sehr elastisches Dokument, das als Beispiel der modernen Technik in der Abfassung eines Vertrags des Studiums wert ist. Es ist mehr eine Entente cordiale als ein eigentliches militärisches Bündnis. Aber alles hängt von der Frage ab, welches denn die Sonderinteressen sind, die die beiden Parteien bei diesem Vertrag im Auge haben. Diese Sonderinteressen sind wahrscheinlich in einem geheimen Abkommen näher festgelegt. Zum mindesten betreffen sie die Einfluß- und Expansionssphären in Nordchina, der Mongolei und der Mandchurei. Aber die japanischen Interessen im Fernen Osten sind bedeutend größer, und der Vertrag sagt uns nicht, inwieweit Rußland diese Ansprüche auf Gebietsteile und Konzessionen in Südchina und das allgemeine Recht Ratgeber bei der chinesischen Regierung zu ernennen zu unterstützen geneigt ist. Wir wollen hoffen, daß Rußland hier einen mäßigen Einfluß auf seinen Verbündeten ausüben wird.«

Von japanischer Seite ist bereits festgestellt worden, daß der russisch-japanische Vertrag mehr als eine Entente cordiale ist, daß er »militärische Verpflichtungen« enthält. Diese werden im Dairen allerdings als »defensiv« bezeichnet. Doch was will das in Wahrheit besagen? Rußland und Japan haben einseitig, ohne England zu fragen, einander »territoriale Rechte und besondere Interessen« im Fernen Osten zuerkannt und sind zu deren Verteidigung in einem Geheimvertrag, wie die japanische Regierung offiziös mitteilt, »militärische Verpflichtungen defensiven Charakters« eingegangen, das heißt Japan will für Rußland und Rußland für Japan fechten, wenn England ihre territorialen und besonderen Abmachungen nicht anerkennen will. Klarer und bestimmter kann man einer verbündeten Macht seinen Standpunkt nicht gut klarmachen: entweder du sagst Ja, oder wir werden, wenn du dich widersetzest, gemeinsam unsere Absichten durchsetzen. So ungefähr kann man das, was Japan und Rußland durch ihr Übereinkommen dem gemeinsamen Verbündeten gesagt haben, aus der höflichen Sprache der Diplomatie in schlichtes Deutsch übertragen. Wenn freilich die »territorialen

Rechte und besonderen Interessen« Rußlands und Japans im Fernen Osten von geringer Bedeutung wären, brauchte England sich ihretwegen nicht aufzuregen. Nun argwöhnt aber die Nation, und wohl mit Recht, daß diese Interessen des asiatischen Zweibunds nicht nur Nord- sondern auch Südchina, das heißt das ganze chinesische Reich, ein Gebiet größer als Europa, ein Land mit 400 Millionen Einwohnern, umfassen. Die Nation deutet auch ganz richtig den Weg an, den Rußland und Japan zur Bewältigung dieser Riesenbeute einzuschlagen gedenken. Nachdem sie unter sich durch einen Geheimvertrag das Riesenreich in Expansions- und Einflußsphären aufgeteilt haben, werden sie zunächst sich bemühen die chinesische Staatsgewalt, die man äußerlich unverändert bestehen läßt, der wichtigsten Hoheitsrechte zu entkleiden und diese auf die japanischen und russischen *Ratgeber* der republikanischen Regierung in Peking zu übertragen. Insbesondere werden Japan und Rußland Wert darauf legen, daß die Finanzen und die bewaffnete Macht der chinesischen Republik diesen ihren Beauftragten unterstellt werden. Man kann diesen Prozeß die Ägyptisierung Chinas nennen, da kein Zweifel daran besteht, daß den *Ratgebern* die selben Aufgaben zugedacht sind, die 3 Jahrzehnte hindurch die britischen *Agenten* in Ägypten ausführten. Das Ziel dieses Vorgehens ist die langsame Vorbereitung der Annexion unter möglichster Verhütung innerer Unruhen. Es verdient vermerkt zu werden, daß nach einer Mitteilung, die jüngst Dr. Heber vom Kolonialinstitut in Hamburg der deutschen Presse zugehen ließ, eine offenbar vom japanischen Auswärtigen Amt inspirierte Äußerung vor einiger Zeit durch die japanische Presse ging, die besagt, nur Sentimentalisten könnten den Sturdpunkt vertreten, daß Ausländer kein Recht hätten sich in chinesische Regierungsangelegenheiten zu mischen. Die Dinge hätten sich in China doch bereits so weit entwickelt, daß in Wirklichkeit nur noch wenige Dienstzweige in chinesischen Händen liegen. Deshalb lasse sich auch nichts dagegen einwenden, wenn die staatlichen Hoheitsrechte in Zukunft von ausländischen Ratgebern ausgeübt würden, an deren Spitze natürlich der japanische Bevollmächtigte stehen müsse. Diese Notiz spricht nur von ausländischen Ratgebern im allgemeinen; die weitere Entwicklung hat uns nun gezeigt, daß man in Tokio darunter nur russische und japanische versteht.

Obwohl über die Abgrenzung der russischen und der japanischen Einflußsphären im Fernen Osten noch nichts Zuverlässiges bekannt geworden ist, kann man als sicher annehmen, daß Japan das eigentliche China und die Gebiete am Gelben, Ostchinesischen und Südchinesischen Meer für sich territorial in Anspruch nehmen wird. Der Machtbereich der Russen wird sich wohl über die nördlichen und westlichen Randgebiete des eigentlichen Chinas erstrecken, in welchen Gebieten sich die Japaner für ihren Handel und die Ausbeutung von Erdschätzen gewisse Rechte gesichert zu haben scheinen. Ob das Abkommen auch Zentralasien umfaßt, muß in Anbetracht des Umstands, daß der Vertrag vom 3. Juli 1916 den recht unbestimmten Ausdruck im Fernen Osten enthält, dahingestellt bleiben. Aber auch auf das chinesische Reich beschränkt bleibt das Vorhaben, das Rußland und Japan im nächsten Jahrzehnt in die Tat umsetzen wollen, von gewaltiger Bedeutung. Wenn es Japan wirklich gelingen sollte sich die Herrschaft und Verfügungsgewalt über die Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion von 300 Millionen Chinesen zu sichern, so müßte es damit einen Machtzuwachs erfahren, der es selbst

einem vereinigten Angriff Englands und Amerikas gewachsen machen könnte. Vorläufig ist Japan allerdings gegenüber den angelsächsischen Weltreichen ganz und gar auf die russische Hilfe angewiesen, und diese ist wiederum für Japan nur dann ausreichend, wenn Rußland, unbedroht im Westen, seine ganze militärische Kraft im Fernen Osten entfalten kann. Man weiß aber auch in Petersburg und Tokio, daß in London geschickte Gegenspieler sitzen und es für England gegenwärtig wohl das nächstliegende und ungefährlichste wäre die beiden Verbündeten zu entzweien. Aber gerade dagegen hat man in beiden Ländern Vorsorge getroffen. Die russische und die japanische Diplomatie haben, wie in der Birschewija Wjedomosti offiziös mitgeteilt wurde, alle Ursachen, die den Krieg von 1904-1905 zur Folge gehabt hätten, und die eine ernsthafte Konkurrenz zwischen Japan und Rußland bewirkten, aus dem Weg geräumt. Noch deutlicher kann man einer verbündeten Macht gegenüber nicht gut werden. Hier wird klipp und klar gesagt, daß weder Rußland noch Japan die geringste Neigung zeigen sich gegen einander als Degen Englands gebrauchen zu lassen. In London scheint man denn auch eingesehen zu haben, daß es aussichtslos ist das Spiel von 1904 wieder aufzunehmen. Man hat sich deshalb dazu entschlossen den russischen Bären für Japan einstweilen zu entwerten, indem man ihn an eine goldene Kette legte. So wird man sich wohl die plötzliche finanzielle Hilfsbereitschaft Londons für Rußland, die Herrn Bark laut der Petersburger Telegraphenagentur 6 Milliarden Rubel einbrachte, erklären können. Darüber hinaus trägt man in London sich jetzt auch wohl mit dem Gedanken die Friedensbedingungen beim Abschluß dieses Krieges so zu gestalten, daß die Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland vertieft wird.


Sehr gut scheint man im neutralen Ausland darüber unterrichtet zu sein, wieviel für England in Asien jetzt auf dem Spiel steht. Charakteristisch dafür sind die Äußerungen eines neutralen Diplomaten und Kenners des Fernen Ostens einem Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung gegenüber, die diese am 10. Juli wiedergab:

»Wenn auch die Engländer sich noch so große Mühe geben mit sauersüßem Lächeln den japanisch-russischen Vertrag als ein Ereignis hinzustellen, das der gesamten Entente zugute komme, so muß doch gesagt werden, daß durch dieses Abkommen die Engländer in ihrer Ostasienpolitik einen nicht mehr gut zu machenden Stoß erhalten haben. Man erinnert sich der Erregung, die in England entstand, als Japan vor 1½ Jahren mit seinen bekannten 22 Forderungen China gegenüber hervortrat, unter denen einige (wie die Ansprüche im Yangtsetal und der Provinz Fukien sowie die Kontrolle der Arsenale in Wutschang und der dortigen Bergwerke) nicht nur das seit mehr als einem Jahrzehnt von England angestrebte Monopol zu vernichten sondern geradezu England zu verdrängen suchten. Mit großem Eifer war die englische Diplomatie hinter den Kulissen am Werke Japan zur Mäßigung zu veranlassen, das auch scheinbar einen Teil seiner Forderungen aufgegeben hatte, jedoch im stillen zielbewußt auf ihre Erfüllung hinarbeitete und zu diesem Zwecke China nicht zur Ruhe kommen ließ. Man weiß, daß Japan es war, das die revoltierenden Provinzen im geheimen unterstützt hat. Seit England seine Gegenarbeit gegen Japan begonnen hat, datiert der in Japan sich immer mehr ausdehnende Haß gegen die britische Nation, und der Eifer, mit dem japanische Staatsmänner, wie Okuma, in Interviews, Zeitschriften und Erklärungen diesen Haß zu leugnen oder als eine Sache von geringer Bedeutung hinzustellen suchten, zeigt eben gerade, wie stark er im Wachsen ist. Es blieb auch keineswegs Geheimnis, daß Japan seitdem stets eifriger suchte mit Rußland hinsichtlich der Mandschurei und der Mongolei zu einer Verständigung zu kommen, um seinerseits für die Erfüllung seiner Wünsche im Yangtsetale und an der Formosa gegenüberliegenden Küste freie Hand zu haben. Das jetzige Abkommen ist also eine direkte

drohende Gefahr für die englischen Interessen in China, und mit ihm ist die Machtstellung Englands im Fernen Osten ein für allemal abgetan, und an seine Stelle tritt Japan.«

Die gewaltige Bedeutung der machtpolitischen Vereinigung Rußlands und Japans für Englands Ostasienpolitik ist hier zutreffend geschildert. Nicht richtig scheint mir aber, daß schon jetzt Englands Macht im Fernen Osten »ein für allemal abgetan« ist. So weit sind wir noch nicht. Und das wird man nirgends besser wissen als in Tokio, wo man die Macht des britischen Weltreichs richtig einzuschätzen gelernt hat. Für die Frage, ob die britische Machtstellung in Asien in der jetzigen Größe und Stärke aufrecht erhalten werden kann, wird auch die Richtung der deutschen Politik nach dem Krieg nicht ohne Belang sein. In Deutschland, namentlich im deutschen Liberalismus, nahm man bisher die eigene Orientierung vorwiegend aus dem (vorhandenen oder angestrebten) Verhältnis zu den Westmächten (unter welcher Bezeichnung man England und Frankreich zusammenzufassen bei uns die leidige Angewohnheit hat). Der Zusammenschluß der Ostmächte stellt uns nun vor die Frage, ob die deutsche Politik nicht auch aus den Machtverschiebungen in Asien Konsequenzen für sich zu ziehen hat.

THEODOR LEIPART · QUALITÄTSARBEIT UND ARBEITERKLASSE

 Die Frage der Qualitätsarbeit, der ich auf Anregung des Herausgebers die folgenden Betrachtungen widme, steht nicht so ganz ohne Zusammenhang mit den großen Interessen, die jetzt vornehmlich unsere Gedanken beschäftigen, wie es manchem Leser im ersten Augenblick scheinen mag. Ich brauche nur auf die schon oft genug hervorgehobenen wirtschaftspolitischen Ursachen des Krieges hinzuweisen oder an die ebenso bekannten Absichten zu erinnern, die dahin gehen nach Friedensschluß den Wirtschaftskrieg zwischen den an dem jetzigen blutigen Ringen beteiligten Staatengruppen mit aller Schärfe aufzunehmen. Die Aussichten in dem Kampf um die wirtschaftlichen Interessen hängen, in der Zukunft so gut wie in der Vergangenheit, für jedes Land zum guten Teil von den Fähigkeiten und Leistungen seines Volkes ab. Deswegen scheint mir die jetzige Zeit keineswegs ungeeignet zu sein das Interesse der Arbeiter an der sogenannten Qualitätsarbeit einmal in Kürze zu besprechen.

Unter Qualitätsarbeit soll eine gute, anständige und zweckmäßige Arbeit verstanden werden. Gut sollen das verwandte Material und die technische Ausführung, ebenso gut die Form und Farbe sein. Die Form muß dem Zweck und dem Material entsprechen. Im weitesten Sinn geht der Qualitätsbegriff auf eine Veredelung der ganzen gewerblichen Arbeit hinaus, verbunden natürlich mit entsprechender Steigerung der Qualitätsansprüche der Verbraucher. Eine Arbeit, die noch so hohes technisches Können offenbart, erfüllt damit allein noch nicht die Ansprüche, die an eine wirkliche Qualitätsarbeit gestellt werden. Wer Qualitätsarbeit liebt, der verpönt es Bauformen zum Beispiel, die dem Stein eigentümlich sind, in Stuck nachzumachen oder weiches Holz durch Anstrich betrügerischerweise in edles Holz zu verwandeln. Dieses eine Beispiel zeigt schon, daß es sich bei dem Streben nach Qualitätsarbeit um anderes und mehr handelt als bei der kunstgewerb-

lichen Bewegung. Diese bemüht sich seit mehr als 50 Jahren das Handwerk vor der Konkurrenz der Großindustrie dadurch zu retten, daß es wieder wie in seiner Blütezeit zum Kunsthandwerk emporgehoben werden soll. Die Kunstgewerbeschulen und Kunstgewerbemuseen dienen noch heute diesem Zweck. Zu einem guten Teil laufen die Hebung des Handwerks zum Kunstgewerbe und die erst in neuerer Zeit erhobene Forderung der Qualitätsarbeit parallel, obwohl beide Bewegungen doch recht verschieden von einander sind.

Als ein Mittel dem Handwerk zu helfen diente es lange Zeit die Erzeugnisse der Großindustrie als minderwertige *Maschinenarbeit* herabzusetzen. Ich will natürlich nicht leugnen, daß im Anfang der maschinellen Entwicklung die Erzeugnisse der Industrie im Vergleich zu einer guten Handwerksarbeit dem fachmännischen Kritiker oft sehr mangelhaft erscheinen konnten. Aber die Übertreibung, die in der agitatorischen Absicht lag, war gewiß nicht berechtigt, wie es auch sicherlich nicht durch die so verlästerte Maschinenarbeit verschuldet war, daß auf der Weltausstellung in Philadelphia /1876/ den deutschen Ausstellungsgegenständen das Prädikat »Billig und schlecht« erteilt wurde. Diese Zeiten sind nun längst vorüber. Die Maschine hat sich die vollste Anerkennung errungen, und die Erzeugnisse der deutschen Industrie genießen Weltruf. Es ist daher kaum nötig zu sagen, daß die heutige Bewegung für den Qualitätsbegriff nichts mit der alten Bekämpfung der Maschinenarbeit gemein hat. Ihre Fürsprecher verkennen nicht die Schwierigkeiten, die der Einfluß der Maschine ihrem Streben entgegenstellt, halten sie aber nicht für unüberwindlich. Maschinen habe es gegeben, so sagen sie, seit die Töpferscheibe erfunden wurde. Neu sei nur, daß der Mensch sich von der Maschine unterjochen ließ. Sonst aber gebe es zwischen Werkzeug und Maschine keine feste Grenze; Qualitätsarbeit könne der Mensch mit dem Werkzeug schaffen oder mit der Maschine, sobald er sich dem Werkzeug bewältigt habe.

Hiermit soll zugleich dem Einwand, der in erster Linie erhoben wird, vorweg begegnet sein, nämlich daß die ausgedehnte Teilarbeit, diese Folge und Vorbedingung der Produktionsentwicklung in der Industrie, die Freude und das Interesse an der Qualitätsarbeit nicht aufkommen lasse. Daß die Erzeuger der Arbeit aber den Verbrauchern vorauf mit Lust und Freude, mit einem starken innern Trieb dem Ziel des Qualitätsbegriffs zustreben müssen, wenn wirkliche Qualitätsarbeit geleistet werden soll, darüber ist man sich klar. Nicht nur der Fabrikant und Meister, sondern auch der Geselle und der ungelernete Arbeiter sollen deswegen für das Streben gewonnen und mit einer neuen Arbeitsfreudigkeit, eben der Freude an der Qualitätsarbeit, erfüllt werden. Ungestüme Dränger, denen die Bewegung nicht schnell genug fortschreitet, haben aus diesem Grund, wie ich zu ihren Gunsten annehme, gegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wiederholt den Vorwurf erhoben, daß sie dieser Bewegung das nötige Interesse versagten, ja wohl gar sich ablehnend und feindselig ihr gegenüberstellten. Das hat zum Beispiel der Dr. Bruno Rauecker im vorigen Jahr in einem Aufsatz behauptet, dem ich folgende Stelle entnehme: »Die Mehrzahl der freien Gewerkschaften, unter dem Vorantritt und der bestimmenden Überzeugung der Generalkommission, huldigte bisher der Ansicht: Qualität bedeutet Individualisierung des Arbeitsvorgangs, bedeutet damit Individualisierung des Arbeitenden selbst und somit Entfremdung des einzelnen vom Standesbewußt-

sein und sozialen Zusammengehörigkeitsgefühlen. Gerade die Generalkommission war es, deren führende Männer wiederholt vor den idealistischen Werkbundzielen aus taktischen Gründen eindringlich warnen zu müssen glaubten und immer wieder auf die Lässigkeit der Qualitätsarbeiter in Organisationsfragen hinwiesen.¹⁾

Eigentümlicherweise ist dieser völlig beweislose Angriff gegen die Gewerkschaften damals nur von der Holzarbeiterzeitung zurückgewiesen worden. Die Generalkommission wird darauf aus dem Grund nicht erwidert haben, weil ihr der gegen sie gerichtete Vorwurf zu unsinnig erschienen sein dürfte. Denn natürlich kann keine Rede davon sein, daß jemals im Namen der Generalkommission eine Warnung vor dem Werkbund aus dem angegebenen Grund erlassen worden wäre. Bevor ich darauf weiter eingehe, möge noch eine zweite Stimme hier erwähnt werden, nämlich die Karl Schefflers, der vor einiger Zeit in einem Zeitungsartikel schrieb:

»Bezeichnend ist zum Beispiel, daß in den Lehrbüchern der Sozialdemokratie, worin so viel von Menschenrechten die Rede ist, niemals von der Arbeitsfreude gesprochen wird. Es herrscht dort, im Gegenteil, immer die Furcht, der schlechtere Arbeiter könne zu weit hinter dem tüchtigen im Lohn zurückstehen. Die Sozialdemokratie kennt nicht den sittlichen Begriff der Qualitätsarbeit, sie klebt an einer toten *Gerechtigkeit* und fördert damit das sklavische Gleichmaß usw.«²⁾

Irgendeinen Beweis aus den »Lehrbüchern der Sozialdemokratie« führt auch dieser Kritiker nicht an. Seine und auch Dr. Raueckers Ausführungen zeigen uns aber leider, daß es immer noch Leute gibt und wahrscheinlich also auch im Neuen Deutschland nach dem Krieg noch geben wird, die an die alte Gruselgeschichte von der Gleichmacherei der Sozialdemokratie glauben. Die so denken, zu belehren soll nicht der Zweck dieses Aufsatzes sein; höchstens dürfte ich ihnen aus einer andern angesehenen bürgerlichen Zeitschrift das nachstehende Urteil entgegenstellen:

»Oft genug wird gesagt, daß die berufliche Organisation der Arbeitnehmer nichts anderes sei als ein Instrument der Habgier und der Arbeitsscheu. Wenn solche Ankläger sich schämen könnten, müßten sie erröten vor 5 Jahrgängen einer Zeitschrift, die vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegeben und mit den Mitteln der Arbeitnehmer bestritten wird. Sie heißt — Fachblatt für Holzarbeiter und ist ein Dokument von dem Idealismus des Proletariats. Sie demonstriert vor aller Augen, daß die Gewerkschaften über der Lohnpolitik keineswegs der Qualitätspolitik vergessen. Sie ist ein Wahrzeichen dafür, daß die Berufsorganisationen ihr letztes, großes Ziel in einer Steigerung der Leistung und der Menschlichkeit erkannten.)

Ähnliche Zeitschriften wie das monatliche, reich illustrierte Fachblatt des Holzarbeiterverbands werden bekanntlich auch noch von anderen Verbänden seit Jahren zur beruflichen Fortbildung ihrer Mitglieder herausgegeben.

Trotzdem will ich nicht pharisäerhaft übertreiben sondern die Möglichkeit sogar zugeben, daß wir zu Beginn unserer gewerkschaftlichen Agitation neben anderen Jugendsünden vielleicht auch mit unnötiger Schärfe den Berufsdünkel, den Künstlerstolz und Kastengeist der qualifizierten Arbeiter bekämpft und mitunter auch verspottet haben. Das geschah in der Absicht und zu dem Zweck die Erkenntnis von der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse wachzurufen, und der Erfolg hat gelehrt, daß dies Beginnen nicht nutzlos war. Es hat sich aber niemals gegen die berufliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit gerichtet, was allein damit bewiesen ist, daß fast alle Gewerkschaften von ihrer Gründung ab durch Errichtung eigener Fachkurse, durch Zeichenunterricht usw. die Berufstüchtigkeit der Mitglieder gepflegt

¹⁾ Siehe Rauecker Qualitätsarbeit und Sozialpolitik, in der Sozialen Praxis vom 23. September 1915.

²⁾ Siehe Scheffler Zünfte, in der Vossischen Zeitung vom 15. Mai 1916.

³⁾ Siehe Aus der Kulturarbeit der Gewerkschaften, in der Hilfe vom 31. Dezember 1910.

und zu steigern sich bemüht haben. Wäre es übrigens richtig, daß die Qualität die Individualisierung der Arbeiter und ihre Entfremdung vom sozialen Zusammengehörigkeitsgefühl herbeiführt, so müßten ja die ungelernten und nichtqualifizierten Arbeiter zuerst den Gewerkschaften zugeströmt sein. Aber gerade sie stehen unseren Reihen zum größten Teil noch heute fern, während die qualifizierten, also die Qualitätsarbeiter, von Anfang an den besten Stamm der Gewerkschaften gebildet haben. Das ist ganz natürlich, denn die Hauptforderungen der Gewerkschaften stützen sich auf die berufliche Tüchtigkeit und haben die Herbeiführung wahrer Lebens- und Arbeitsfreude zum Ziel.

Für unsere Forderungen auf Verbesserung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Schäden des Akkordsystems und noch manche andere haben wir von jeher neben anderen Gründen auch den geltend gemacht, daß dem Arbeiter die Möglichkeit wiedergegeben werden müsse mit eigener Lust und Arbeitsfreude sein Werk zu verrichten. Dieser Trieb steckt mehr oder weniger wohl in jedem Arbeiter; jedenfalls hat der junge Handwerksgehilfe noch immer seinen Stolz darin gesehen bei einer Firma, deren Erzeugnisse einen Ruf haben, zu arbeiten oder doch einmal gearbeitet zu haben. Und zwar, weil er Freude an der Qualitätsarbeit empfindet, aus Liebe zu einer guten und schönen Arbeit, die seinem Drang nach technischer Vollendung allein Befriedigung gewährt, im Gegensatz zur schablonenhaften Anfertigung gewöhnlicher Dutzendware. Aber auch kein älterer Arbeiter, der sein Fach versteht, fühlt sich wohl in einem Betrieb, in dem nur Schundware hergestellt wird. Mancher Arbeiter möchte oft Tränen vergießen über die Plüscharbeit, die er zum Beispiel in der Hetzerei unseres modernen Bauwesens nur zu oft leisten muß. Man frage nur einmal den Tischler, der seine in der Werkstatt mit Liebe und Sorgfalt auf das sauberste hergestellte Arbeit heute gewöhnlich schon in den Neubau bringen und dort aufstellen muß, wenn die Maurer kaum die Öffnungen für die Fenster und Türen sowie die Wände und Decken für die Holzbekleidungen fertig gemauert haben. An diesem Punkt müßten die Architekten und Baukünstler, die in der Bewegung für den Qualitätsbegriff tätig sind, zuerst einsetzen und es dem Publikum klarmachen, daß ein Haus mit einem soliden Innenausbau nicht wie der Pilz über Nacht aus der Erde wachsen kann.

Daß genügend Schönheitssinn und künstlerisches Empfinden, also auch Lust und Freude zur Erzeugung hochwertiger Arbeit in den Reihen der Arbeiter, besonders der organisierten, vorhanden sind, dafür liegen zahlreiche Beweise klar zutage. Man sehe sich nur die von den Arbeitern selbst erbauten Volks- und Gewerkschaftshäuser an und vergleiche sie mit den alten Herbergen, in denen sie vordem ihre Zusammenkünfte halten mußten, und man wird den Sinn für Qualitätsarbeit trotz den unzureichenden Mitteln wahrnehmen müssen. Die ganze Erziehung der Arbeiter durch die Organisation ist ja auch mit auf dieses Ziel gerichtet. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll dem Arbeiter die nötige Freizeit zur Bildung und Unterhaltung, zum Besuch von Theatern und Konzerten, von Ausstellungen und Museen bringen; dann aber auch, um seiner Familie zu leben, um Freude am Familienleben, an dem eigenen Heim, an der Einrichtung und Schmückung seines Heims zu gewinnen. Und wer die Verhältnisse kennt, wird nicht bestreiten wollen, daß nicht nur die Bedürfnisse der Arbeiter in dieser Hinsicht, sondern auch ihre

Qualitätsansprüche sich in erfreulichem Maß gesteigert haben. Der Erfüllung dieser höheren Ansprüche sind leider durch den Stand der Löhne Schranken gesetzt, die nur sehr langsam durch den fortgesetzten Lohnkampf der Gewerkschaften gegen den starken Widerstand des Unternehmertums erweitert werden können. Die Freunde der Qualitätsarbeit sollten ihre Vorwürfe nicht gegen die Gewerkschaften richten, die durch ihre Lohnpolitik auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter hinwirken, sondern gegen die Unternehmer, die zu Tausenden minderwertige Arbeiter aus dem Ausland hereinziehen, nur um die Löhne der deutschen Arbeiter niedrig zu halten. Die niedrigen Löhne aber, besonders die Akkordlöhne, sind das Haupthindernis gegen die Förderung der Qualitätsleistung in der Arbeiterschaft. Nicht die Akkordarbeit an sich braucht die Erzeugung von Qualitätsarbeit zu hindern, denn der jahrzehntelange Gewerkschaftskampf hat, wie in mancher andern Beziehung, auch in diesem Punkt schon ersichtliche Verbesserungen gebracht. Durch die Einführung der Akkordtarife sind die Nachteile des Akkordsystems erheblich eingeschränkt, und zukünftige weitere Fortschritte auf diesem Gebiet werden es ohne Zweifel ermöglichen, daß auch im Akkord gute und schöne Arbeit geleistet werden kann. Heute ist es leider vielfach so, daß gerade der nach Stunden entlohnte Erzeuger von Qualitätsarbeit einen niedrigeren Verdienst hat als der in der Massenproduktion beschäftigte Akkordarbeiter, weil eben die Unternehmer das Bestreben haben den Zeitlohn über eine bestimmte Höhe nicht steigen zu lassen. Wenn trotzdem immer genügend tüchtige Arbeitskräfte sich für diese Arbeitsstellen bereit finden, so beweist das wiederum, daß es den Arbeitern an Interesse und Liebe zur Qualitätsarbeit nicht fehlt.

Das Mißverhältnis in der Entlohnung wird baldmöglichst durch die Tarifverträge ausgeglichen werden müssen, wie auch noch manche andere Frage, die durch die frühere Lohnpolitik der Gewerkschaften unberührt geblieben ist, die Unterhändler bei den zukünftigen Tarifverhandlungen vor neue Aufgaben und neue Schwierigkeiten stellen wird. Nur als Beispiel, wie in der Praxis schon versucht worden ist den Qualitätsarbeitern einen entsprechend höhern Lohn vertraglich zu sichern, führe ich eine Zeitungsnachricht aus dem Jahr 1908 hier an, nach der die Arbeitgeber und Arbeiter des Malergewerbes in Antwerpen im Tarifvertrag die Einrichtung von gewerblichen Prüfungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit der Malergehilfen vereinbart hatten. Vorgesehen waren mündliche theoretische Prüfungen und praktische Probearbeiten. Wer die Prüfung bestand, erhielt 5 Centimes Zuschlag zu dem tariflichen Normallohn. Ob sich dieses Beispiel zur Nachahmung empfiehlt oder nicht, will ich völlig unerörtert lassen. Jedenfalls bilden die Tarifverträge eine gute Grundlage, um den Qualitätsbegriff in der Praxis zu verwirklichen, die vielen Hindernisse allmählich zu beseitigen, die der Erzeugung von Qualitätsarbeit unter den heutigen Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnissen entgegenstehen. Dabei werden die Anhänger der Qualitätsbewegung ihre Hoffnung in erster Linie auf die Gewerkschaften setzen können. Ich erinnere aus der Vergangenheit nur an den Kampf, den die Bauarbeiter gegen das Verlangen ihrer Arbeitgeber zu führen hatten die sogenannte Leistungsklausel in den Tarifvertrag aufzunehmen. Als Ersatz für die von den Maurern abgelehnte Akkordarbeit sollte, wie der Schiedsspruch des Berliner Gewerbegerichts vom Jahr 1901 lautete, der Maurer ver-

pflichtet sein 500 bis 750 Steine bei 9stündiger Arbeitszeit zu vermauern. Diese Leistungsklausel galt in dem Berliner Vertrag von 1901 bis 1905, wurde aber in den übrigen Städten von den Arbeitern abgewehrt und dann auch in Berlin wieder beseitigt; unter den Gründen, die von den Bauarbeitern gegen diese Forderung der Unternehmer ins Feld geführt wurden, war der nicht der geringste, daß die Qualität der geleisteten Arbeit darunter leiden mußte. Trotzdem stellten die Bauunternehmer bei der großen Tariffbewegung im Jahr 1910 ihre Forderung wieder auf, bei dem erfolgreichen Widerstand des Bauarbeiterverbands allerdings vergeblich.

Die Frage der Qualitätsarbeit ist also nicht nur eine Kostenfrage für die Verbraucher sondern in hohem Maß auch eine Lohnfrage für den Arbeiter. Ja noch mehr, seine ganze Stellung im Produktionsprozeß und in der staatlichen Gesellschaft, die Achtung und Anerkennung, die seine Menschenwürde findet, kommen sehr in Betracht, weil sie für die Arbeitsfreude, die zur Qualitätsarbeit gehört, von entscheidender Bedeutung sind. Das hat auch auf der Münchener Tagung des Deutschen Werkbunds /1908/ der bekannte Schulmann Dr. Kerschensteiner betont, und zwar in folgenden schönen Sätzen:

„Wenn wir die Arbeiter an die Interessen unseres Gewerbes und unserer Industrie fesseln wollen, so werden wir auch ihre Lebenserwartungen ins Auge fassen müssen. Wir können nicht tüchtige Menschen in Gewerbe und Industrie festhalten, wenn wir nichts geben als ein Menschenalter hindurch mechanische Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Eine solche Aussicht wird einen geistig intelligenten Nachwuchs vergeblich anzulocken versuchen. Wir müssen auch der Freude am Leben und zwar am gesunden Leben gewisse Konzessionen machen. Es wird und muß möglich sein die Arbeitszeiten und die allgemeine Bildung des Arbeiters so zu gestalten, daß, wie hart und gleichförmig auch die Tagesarbeit sei, die darauf folgende Mußezeit den Menschen im Arbeiter wieder auftauchen läßt.“⁴⁾

Wir können gewiß nur wünschen, aus ethischen wie aus wichtigen materiellen Gründen, daß die Verbesserung und Veredelung der menschlichen Arbeit durch Hebung und Verfeinerung der Ansprüche der Verbraucher die besten Fortschritte machen möge. Gelingen wird das aber erst, wenn die wirtschaftliche Lage der unteren Volksklassen auf einen höhern Stand gebracht ist, und allgemein kann das Ziel der Qualitätsarbeit nur erreicht werden, wenn zuvor die Arbeiterschaft gehoben wird. Nicht am Arbeitsgegenstand sondern am arbeitenden Menschen, das heißt an den Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, muß das Werk begonnen werden. Die Gewerkschaften sind hierbei auf dem richtigen Weg.

XX
MAX HOCHDORF · JEAN JAURÈS' LETZTE TAT



ETZT sind es gerade 2 Jahre, daß Jean Jaurès zum letztenmal gesprochen hat. In Brüssel war es, in der Halle des Zirkus. Und nie vielleicht sind seine Macht und seine ungeheure Beredsamkeit so gewaltig gewesen wie an jenem Abend, da er die furchtbare Kriegsgefahr von Europa abwenden wollte. Nach den Deutschen, den Holländern, den Engländern und Italienern trat er auf die Rednertribüne. Nicht sein Name wurde angemeldet, sondern »la force de Jaurès«: seine Stärke, seine fabelhafte Wucht der Lunge und der Kehle und des Geistes. Jeder vor ihm konnte nur Altgesagtes, Oftgesagtes wieder-

⁴⁾ Siehe das Protokoll der Verhandlungen des Deutschen Werkbunds 1908 /Leipzig 1908/, pag. 141.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

**Kriegsernäh-
rung** Das Kriegsernährungsamt, über dessen Tätigkeit in den ersten Wochen seines Bestehens hier berichtet wurde (siehe meinen Artikel, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 652 ff.), hat eine Reihe von weiteren wirksamen und aner kennenswerten Maßnahmen zur Organisation der Beschaffung und bessern Verteilung von Nahrungsmitteln getroffen.

Vor allem ist die Regelung der Kartoffelversorgung hervorzuheben, die eine unbedingte Bedarfssicherung der Verbraucher vorsieht. Vor Beginn der Frostperiode werden für die städtische Bevölkerung die Kartoffelmengen eingefahren sein, die zur reichlichen Deckung des Konsums bis zum Frühling erforderlich sind. Auf diese Weise wird jede Stockung der Kartoffelzufuhr ausgeschlossen. Nach den schlimmen Irrungen und Wirrungen der Kartoffelpolitik ist endlich die Bedarfssicherung in den Vordergrund gestellt worden. Um dieses Ziel glatt und vollkommen zu erreichen, mußte der Landwirtschaft ein auskömmlicher Preis zugebilligt werden. Der Produzentenpreis beträgt für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 15. Februar 4 Mark für den Zentner. Bei einem Vergleich mit dem anfänglichen Produzentenpreis von 2,85 Mark im Vorjahr darf nicht übersehen werden, daß im Lauf des Jahres erhebliche Preissteigerungen eintraten. Dem Verlangen landwirtschaftlicher Kreise der Preisgestaltung den gegenwärtigen Verfütterungswert der Kartoffeln zugrunde zu legen wurde nicht stattgegeben. Immerhin mußte den erhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft sowie dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Landwirte diesmal Kartoffeln bis zur 3fachen Höhe der in Friedenszeiten üblichen Mengen abzuliefern haben, weil der Kartoffelkonsum durch Fehlen vieler anderer Nahrungsmittel bedeutend zugenommen hat; dadurch wird die Landwirtschaft zur Beschaffung anderweitiger Futtermittel gezwungen, die sie heute natürlich entsprechend höher bezahlen muß. Den Verbrauchern sollen im Herbst Kartoffeln zum Preis von 4,75 Mark für den Zentner geliefert werden, für den Transport der Kar-

toffeln in die Städte werden umfassende Vorbereitungen getroffen. Den Gemeinden soll es zur Pflicht gemacht werden den Kleinabgabepreis für die Herbst- und Winterkartoffeln so festzusetzen, daß er 55 Pfennig für 10 Pfund nicht übersteigt; das soll ihnen durch die Frachtberechnung erleichtert werden. Für die Konsumenten werden sich die Kartoffelverhältnisse also unter allen Umständen erheblich besser gestalten als im Vorjahr. Dazu kommt, daß die Teilnehmer an den Massenspeisungen für einen großen Teil ihres Kartoffelbedarfs von der Preisbewegung überhaupt nicht berührt werden. Der Bedarf an Kartoffeln für die Zeit vom Frühjahr bis Mitte August 1917 soll schon im Herbst bei den Landwirten beschlagnahmt und im Frühjahr für den Preis von 5 Mark geliefert werden.

Der Kettenhandel wird durch Konzessionierung des Handels mit Lebens- und Futtermitteln unterbunden. Gegen die Preistreiberien für Gemüse und Obst erließ das Kriegsernährungsamt ein vorübergehendes Verbot des Dörrens von Gemüse und des Herstellens von Sauerkraut sowie des Abschlusses von Kaufverträgen über Obst und Gemüse, die ganz oder teilweise erst nach dem 15. August 1916 zu erfüllen sind. Soweit solche Verträge vor dem 15. Juli, dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung, abgeschlossen waren, mußten sie bis zum 25. Juli der Reichsstelle für Gemüse und Obst angezeigt werden. Zweifellos besitzt die Reichsstelle jetzt brauchbare Handhaben, um die Preisbildung gegen Mißbrauch zu schützen; es besteht zum Beispiel die Möglichkeit die ermittelten Kaufverträge gegen Abfindung an Kommunalverbände zu übertragen. Ferner sind Notstands-erlasse herausgekommen, die sich auf die Zwangslieferung von Frühkartoffeln, Revision der Kartoffelbestände, Ausschüttung von Brotgetreide als Ergänzung für unzureichende Kartoffelversorgung, Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu besonderen Zulagen für die schwerarbeitende Bevölkerung usw. erstrecken. Die Getreideversorgung wird sich im wesentlichen in den erprobten Bahnen des Vorjahrs vollziehen. Nach den vorläufigen Bestimmungen über die Verkehrsregelung für Butter und Fette ist durch eine

Bundesratsverordnung die Reichsstelle für Speisefette geschaffen worden, die in der Art der Reichsgetreide- und Reichsfleischstelle organisiert ist. Auch die Eierfrage steht vor der definitiven Erledigung.

Das Kriegsernährungsamt hat also die Erwartungen erfüllt, die an seine Arbeit billigerweise gestellt werden konnten. Die staatsrechtliche Struktur des Reichs erschwert eine einheitliche Organisation ungemein; diese Schwierigkeiten wären nur durch eine Unterstellung der Nahrungsmittelversorgung unter die militärische Gewalt zu vermeiden gewesen, wenn man nicht zu einschneidenden Verfassungsänderungen schreiten wollte. Aber durch Entschiedenheit des Wollens wird das Kriegsernährungsamt viele der angedeuteten Hemmnisse überwinden können, und man darf nach den bisherigen Leistungen seines Präsidenten auch das Zutrauen haben, daß er es an unzweideutiger Entschiedenheit nicht fehlen lassen wird, falls sich ihm Formalitäten hindernd entgegenstellen sollten. Mißgriffe und Unterlassungen von 2 Jahren lassen sich auch durch das beste und arbeitsfähigste Kriegsernährungsamt nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Die positive Arbeit wird aber am wenigsten durch die Fortsetzung einer Kritik gefördert, die schon in der Zeit Delbrücks sehr in die Irre ging, deren unbeirrte Beibehaltung jetzt noch in erhöhtem Maß zu falscher Betrachtung und noch falscheren Schlüssen führen muß.

Um so befremdlicher muß die vom sozialdemokratischen Parteiausschuß angenommene Resolution zur Ernährungsfrage wirken. Sie läßt die Kenntnis der Vorgänge auf dem Gebiet der Ernährungsorganisation während der letzten Wochen gänzlich vermissen und stellt Behauptungen auf, die mit einer sachlichen Würdigung der Wirkungen bereits getroffener Maßnahmen ebenso unvereinbar sind wie mit einer richtigen Bewertung der schon geschaffenen, aber erst demnächst in Wirkung tretenden Einrichtungen. Auf diesem schwierigen Gebiet voller Verantwortung sollte keine Körperschaft auch nur im geringsten agitatorischen Bedürfnissen nachgeben, die ihren Ursprung in innerparteilichen Verhältnissen haben.

× Produktionsregelung ×
Am 5. Juni ist durch eine Bundesratsverordnung bis auf weiteres das Abteufen neuer Schächte und die Ausführung ört-

licher Vorarbeiten hierzu in Kalibergebieten verboten worden, soweit diese Arbeiten nicht auf Anordnung einer Landesbergpolizeibehörde erfolgen. Das Verbot erstreckt sich auf die Fortsetzung des Abteufens von Schächten, die nach dem 14. August 1914 in Angriff genommen worden sind, sofern nicht bereits vor diesem Termin an Ort und Stelle ernstliche Vorbereitungen für das Abteufen getroffen waren. Als Ursache des Verbots werden der Arbeitermangel im Kaliberbau und das Fehlen einer wirtschaftlichen Notwendigkeit für die Erstellung neuer Schächte angegeben. Schon das Kaligesetz vom Jahr 1910 sollte durch Kontingentierung der Produktion, Festsetzung der Preise usw. die Errichtung neuer Kaliwerke erschweren. Diese Aufgabe erfüllte es aber nur zu einem Teil. Schon mit einer kleinen Anzahl der alten Kaliwerke wäre bei Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit eine Vermehrung der Gesamterzeugung weit über das gegenwärtige Maß hinaus zu erzielen, und zwar ließe sich bei einer derartigen Betriebsbeschränkung eine erhebliche Verbilligung der Gesteinskosten erreichen. Um so bedenkllicher war für die Volkswirtschaft die fortgesetzte Neugründung von Kaliwerken, die neben der Produktionsverteuerung eine völlig überflüssige Festlegung von Riesensummen bedeutete. Jetzt hat das Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 einen etwas gründlicheren Eingriff ermöglicht, um der Vergeudung von Arbeit und Kapital Einhalt zu gebieten.

In der selben Richtung bewegt sich die Bundesratsverordnung vom 29. Juni über Beschränkungen des Absatzes und der Erzeugung von Zement. Zunächst ist bis zum 1. Dezember der Abschluß von Lieferungsverträgen für die Zeit nach dem 31. Dezember 1910 verboten; auch darüber hinaus kann der Reichskanzler noch Beschränkungen anordnen. Weiter wird die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen verboten; auch kann der Reichskanzler die Fortsetzung bereits früher begonnener Errichtung, Erweiterung oder Umwandlung von Anlagen untersagen. Nicht erst durch den Krieg hat die Lage der Zementindustrie eine Erschütterung erfahren; schon Jahre vorher hatten sich ganz zerfallene Zustände herausgebildet; während des Krieges hat sich die Situation natürlich

erheblich verschlechtert. Die Süddeutsche Zementverkaufsstelle setzte 1915 22,8 % ihrer Quote gegen 70 % vor dem Krieg ab. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband konnte 1915 nur etwa 13 % von der Beteiligung absetzen, während sich im Jahr vorher die Quote noch auf 27,22 % stellte, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Quoten recht hoch gespannt waren und meist über die Durchschnittsabsatzmöglichkeiten weit hinausgingen. Jahre hindurch hatten die Zementkartelle neue Konkurrenz durch Abfindungen und Aufkäufe neugegründeter Unternehmungen zu verhindern versucht. Am Ende führte diese Politik dazu neuen Wettbewerb künstlich hervorzurufen, da die Hoffnung große Abfindungen zu erhalten manche Gründung veranlaßte. Die Zementkartelle haben bei diesem System viele Millionen bezahlen müssen. Vor einiger Zeit wurde der Plan betrieben die Zementproduktion gesetzlich zu kontingentieren; für jedes Faß Zement sollte eine Abgabe gezahlt werden; neue Zementwerke sollten, um einer Vermehrung der Überproduktion vorzubeugen, erhöhte Steuersätze tragen. Jetzt ist durch die Bundesratsverordnung ein anderer Weg eingeschlagen worden, um einige Ordnung in die Zementindustrie hineinzubringen. Auch in dieser Industrie könnte bei voller Ausnutzung der Produktionskraft eines Teils der bestehenden Betriebe nicht nur die gegenwärtige sondern eine wesentlich stärkere Gesamtmenge produziert werden. Es handelt sich hier also um Verhinderung einer Vergeudung, um Maßnahmen, die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft besonders nach dem Krieg notwendig sein werden; denn wir müssen mit Menschenkraft und Kapital künftig sehr sparsam umgehen. Man hat gegen die Bundesratsverordnung grundsätzlichen Widerspruch erhoben, weil sie mit der Gewerbeordnung nicht vereinbar sei. Das läßt erkennen, daß, zum mindesten im Unterbewußtsein, das Manchestertum auch dort noch fortlebt, wo man es überwunden glaubte. Wenn die Gewerbeordnung Verhältnisse in einem Gewerbe zuläßt, die nicht nur einigen Interessenten sondern einem ganzen Gewerbe und schließlich unserer gesamten Volkswirtschaft schweren Schaden bereiten, dann ist allein der Schluß zulässig, daß gewisse Gewerbeordnungsbestimmungen reformbedürftig sind.

× ×

Börse Um einer immer weitern Ausdehnung der Börsenspekulation während des Krieges entgegenzuwirken, beabsichtigte die Regierung eine kräftige Erhöhung des Schlußnotenstempels. Ob das allein ausgereicht hätte, um die gewollte Wirkung zu erzielen, mag dahingestellt sein. Jedenfalls hat die Androhung der vorerst nicht ausgeführten Regierungsmaßnahme, die die Börse aus naheliegenden Gründen vermieden wissen wollte, zu einer Ergänzung der Börsenordnung durch Kriegsbestimmungen geführt, von denen eine Eindämmung der Effektspekulation erwartet wird. Nach den neuen Anordnungen des Vorstands der Berliner Börse ist es nunmehr unzulässig durch lautes Ausrufen der Preise (Kurse) in den Börsenräumen die Aufmerksamkeit eines größeren Personenkreises auf Angebote und Nachfragen in bestimmten Wertpapieren zu lenken. Es ist unzulässig andere als unmittelbare Kassageschäfte zu machen. Alle unmittelbaren und mittelbaren Zeitgeschäfte, also auch Prämien-, Stellagen- und Optionsgeschäfte, sind verboten. Alle zwischen Börsenbesuchern abgeschlossenen Wertpapiergeschäfte müssen spätestens am drittfolgenden Werktag erfüllt werden. Es ist ferner unzulässig Berichte an das Publikum zur Anregung der Spekulation in Wertpapieren zu erstatten. Schließlich darf man nicht mehr in öffentlichen Anzeigen Rat oder Auskunft über Wertpapiere erteilen oder sich hierzu oder in marktschreierischer Weise zum An- oder Verkauf von Wertpapieren anbieten. Diese Kriegsordnung trat Mitte Juli in Kraft. Das Geschäft engte sich ein, auch die Kursbewegung wurde ruhig. Inwieweit das ausschließlich die Folge der Kriegsbestimmungen ist, wird sich erst ergeben, wenn starke Anregungen für die Spekulation vorliegen werden. Von Korporationen des Börsenhandels ist der Regierung empfohlen worden den amtlichen Verkehr schrittweise eröffnen zu lassen. Diese Maßnahme, die früher mit Recht abgelehnt worden war, jetzt aber angebracht sein dürfte, könnte auch mancherlei Ausschreitungen der Spekulation unterbinden oder doch mildern.

× ×
Schiffahrt Der bremischen Schiffahrt fällt der Ruhm zu das erste Frachtauchboot in den Dienst gestellt zu haben. Die Deutsche Ozeanreederei, Gesell-

schaft mit beschränkter Haftung in Bremen, die das Unterseehandelschiff Deutschland zugleich mit anderen Unterseebooten erbauen ließ, hat in Bremen ihren Sitz. Sie wurde durch den Norddeutschen Lloyd, die Deutsche Bank und Herrn Alfred Lohmann, den Urheber des Unternehmens, gegründet. Mit Stolz und Genugtuung nahm das deutsche Volk die Kunde von der Ankunft des Unterseeschiffes in Baltimore auf. Über die politische und verkehrstechnische Bedeutung dieser Tat ist hier bereits in den Rundschau Politik und Verkehr (in diesem Band, pag. 763 und 779) einiges gesagt worden. Für das wirtschaftliche Bedürfnis der englischen Absperrung zum Trotz mit überseeischen Ländern einigen Verkehr zu unterhalten sind die Fahrten von Untersee-Frachtschiffen, die nur kostbare Ladungen übernehmen werden, natürlich von Wert. Aber es muß vor der Illusion gewarnt werden, als ob durch Untersee-Frachtschiffe ein Frachtverkehr zu ermöglichen wäre, groß genug, um die wirkliche Freiheit der Meere entbehren zu können. Eine derartige Täuschung würde sich bitter rächen, man sollte sie deshalb auch nicht indirekt nähren. Das Untersee-Frachtschiff bleibt in absehbarer Zeit eine Kriegseinrichtung, deren Nutzen von Fragen der Wirtschaftlichkeit des Betriebs selbstverständlich ganz unabhängig ist.

In der Generalversammlung der *Wormannlinie*, die in den Aufsichtsrat den Großindustriellen Hugo Stinnes und den Essener Syndikus Reichstagsabgeordneten Dr. Hirsch wählte (siehe auch meinen Artikel England und die deutsche Seeschiffahrt, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 1. Band, pag. 375 f.), führte der Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie aus, als Voraussetzung einer neuen Blüte unserer Seeschiffahrt müßten die Freiheit der Meere und unser Kolonialbesitz in Zukunft so gestaltet werden, daß wir in England nicht nur zur Miete wohnen. Während die rheinisch-westfälische Großindustrie durch Stinnes und Hirsch mit der Seeschiffahrt in enge Beziehungen tritt, wird eine direkte Verbindung der rheinischen Montanindustrie mit der Schiffbauindustrie durch den Eintritt von August Thyssen in den Aufsichtsrat der Schiffswerft Bremer Vulkan herbeigeführt werden. Von den deutschen Schiffswerften wird für die Aufgaben der deutschen Seeschiffahrt nach dem Krieg mit allen Kräften ge-

rüstet; fast alle schreiten zu erheblichen Erweiterungen ihrer Anlagen, eine ganze Reihe nahm Kapitalerhöhungen vor. In richtiger Einschätzung der Bedeutung der Seeschiffahrt für das Leben der Nation beschloß die Budgetkommission des Reichstags mit Zustimmung der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Reichsmittel zur Förderung des Baus von Handelsschiffen zur Verfügung zu stellen, um schleunigen Ersatz für den während des Krieges vernichteten Frachtraum zu schaffen. Von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd ist gelegentlich erklärt worden, daß ihr Bauprogramm während des Krieges keinen Stillstand erfahren habe, und daß ihre Reedereien nach Schluß des Krieges auch unter Berücksichtigung der Verluste aus Kaperungen mit der gleichen Tonnage wie vorher, wenn nicht mit einer größeren, wieder in den Weltverkehr eintreten werden.

Von den maßgebenden Reedereivertretungen wurde ein Kriegsausschuß der deutschen Reederei gegründet, der in erster Linie den Zweck hat für die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen, namentlich soweit sie sich auf die Erörterung der Wiederaufnahme des Seeverkehrs nach dem Friedensschluß beziehen, einen Mittelpunkt zu schaffen. Schon vor einiger Zeit wurde die Veräußerung und Vermietung von deutschen Seeschiffsräumen an Nichtreichsangehörige verboten sowie der Abschluß von Bauverträgen für Rechnung von Nichtreichsangehörigen praktisch ausgeschlossen. Eine Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni erließ ähnliche Vorschriften, um zu verhindern, daß deutsche Binnenschiffe ausländischer Benutzung zugeführt und dem heimischen Bedarf entzogen werden.

×

×

Die Ziffern der Handelsbilanz Japans für das Jahr 1915 erläutern die hier in der Rundschau Politik (in diesem Band, pag. 764) erwähnten Ängste Englands und Australiens vor dem wachsenden japanischen Wettbewerb. Als Ergebnis seiner Kriegslieferungen kann Japan für das verfllossene Jahr einen Ausfuhrüberschuß von 175 Millionen Yen ausweisen. Auch vor dem Ausbruch des Krieges nahm sein Außenhandel dauernd und erheblich zu, aber die Warenhandelsbilanz war passiv geblieben. Im Jahr 1913 betrug Ausfuhr und Einfuhr zusammen 1361 Millionen

Yen, gegen 606 Millionen im Jahr 1903. In dieser Zeit trat also eine Steigerung des Außenhandels um 110 % ein; dabei überwog die Einfuhr im Jahresdurchschnitt die Ausfuhr um 45 Millionen Yen. Die Beträge, die Japan an das Ausland aus Staatsanleihen und aus privaten Krediten schuldete, werden mit etwa 70 Millionen Yen jährlich veranschlagt. Entsprechend gestalteten sich früher die Goldausgänge. Auch hierin ist ein vollständiger Umschwung eingetreten; die Warenhandelsbilanz ist stark aktiv geworden, dem Land sind für seine Lieferungen an Kriegsmaterial große Goldbeträge zugeflossen. Der Präsident der Yokohama-Specie-Bank beziffert die Goldeingänge des Landes in der Zeit vom 1. August 1914 bis Ende März 1916 auf 409 Millionen Yen; gleichzeitig war ein Goldausgang von 265 Millionen Yen zu verzeichnen, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von rund 144 Millionen Yen ergab. Dadurch hat sich der japanische Goldvorrat auf rund 500 Millionen Yen vergrößert. Diese Entwicklung gewinnt dadurch noch erhöhte Bedeutung, daß von dem erwähnten Goldausgang von 265 Millionen Yen ungefähr die Hälfte, 133 Millionen, auf die Rückzahlung von Anleihen, die Japan im Ausland aufgenommen hatte, und auf die Abstoßung privater Handelskredite in London entfällt. Zur Mehrung seiner Goldbestände hat Japan die vor einiger Zeit stark angekauften russischen Staatsschatzscheine neuerdings in London abgegeben und hierfür Werte angeschafft, deren Einlösung in Gold gesichert ist. So wird England, sicher wider seinen Willen, auch zur Mehrung der Goldzufuhr nach Japan herangezogen.

× **Kurze Chronik** ×
 Einer der bekanntesten Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustrie, Franz Haniel, starb am 17. Juni in seinem 75. Lebensjahr. Gegenüber dem Ausdehnungsdrang der Industriekonzerne Stinnes und Thyssen trat Haniel mehr zurück. Gleichwohl waren und blieben der Besitz und der Einfluß der Familie Haniel außerordentlich bedeutend. Den Mittelpunkt des Haniel'schen Besitzes bildet die Aktiengesellschaft Gute Hoffnungs-Hütte. Franz Haniel war ferner Mitinhaber der Maschinenfabrik Haniel & Co. in Düsseldorf und der Flußschiffahrtsfirma Franz Haniel & Co. in Ruhrort. × In Hamburg starb am 20. Juni der Inhaber des Ham-

burger Engros-lagers M. J. Emden Söhne, Jacob Emden. Er war 1864 in die von seinem Vater 1823 gegründete Firma eingetreten, die neben dem Kurzwarengroßgeschäft die Finanzierung und Versorgung von Waren- und Kaufhäusern betrieb. Emden war Mitbegründer von Hunderten größerer und kleinerer Geschäfte; die bekanntesten unter ihnen sind die Jandorfschen Warenhäuser in Berlin. × Die preußische Staatseisenbahnverwaltung schloß einen neuen 3jährigen Lieferungsvertrag auf dem Grundpreis von 129 Mark die Tonne Schienen ab, der auch für die übrigen deutschen Staatseisenbahnverwaltungen Gültigkeit hat. In dem Lieferungsvertrag von 1914 betrug der Grundpreis für Schienen 114 Mark, 1912 112, 1909 116 und 1907 120 Mark die Tonne. × Mit einem Grundkapital von 27 Millionen Kronen wurde in Budapest die Ungarische Erdgasaktiengesellschaft gegründet. 4 Millionen Kronen Aktien erhielt die ungarische Staatsverwaltung für die Hergabe der Gasfelder und der bereits investierten Beträge, den Rest übernahm ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank. × Die norwegische Regierung verlangt in einem Gesetzentwurf, daß lediglich norwegische Staatsbürger, die auch in Norwegen wohnen, Mitglieder norwegischer Bankverwaltungen sein dürfen. Ferner dürfen nach dem Entwurf ausländische Banken in Norwegen keine Geschäfte mehr durch Filialen betreiben. Sodann sollen in der Regel nur norwegische Bürger oder Organisationen Bankaktien besitzen können, Ausländer nur ausnahmsweise; die Ausnahme ist auf ein Drittel des Aktienkapitals beschränkt und bedarf Königlicher Genehmigung. × Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten in dem am 30. Juni abgeschlossenen Fiskaljahr hatte einen Wert von 4345 Millionen Dollar, gegen 2768 Millionen im Jahr 1914-1915 und 2330 im Jahr 1913-1914. Die Einfuhr bezifferte sich auf 2180 Millionen Dollar, gegen 1674 Millionen in 1914-1915 und 1834 in 1913-1914.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Wohnungsfrage Zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse nach dem Krieg hat das Kaiserliche Statistische Amt kürzlich in einer Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt (Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in deut-

schen Städten im Jahre 1915) einen wertvollen Beitrag geliefert. Auch 1915 hat die Bautätigkeit vollständig darnieder gelegen. Der Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen betrug 1915 in 47 deutschen Städten 2708 Wohngebäude und 14 334 Wohnungen, gegen 10 245 Wohngebäude und 68 022 Wohnungen im Jahr 1912. Die Bautätigkeit produzierte also im vergangenen Jahr nur etwa ein Viertel der Wohngebäude und Wohnungen des Jahres 1912. Dabei war 1912 keineswegs in allen Städten, auf die sich der Vergleich bezieht, ein Jahr besonders hoher Bautätigkeit. So standen die Zahlen im Jahr 1910 in einer ganzen Reihe von Städten zum Teil sogar recht beträchtlich höher. In einigen Städten hat die Bautätigkeit im Jahr 1915 eigentlich so gut wie aufgehört. So wurden in Berlin-Schöneberg nur 2, in Bochum 22, in Breslau 37, in Halle 16, in Herne 3, in München 77 Wohngebäude gebaut. Diese geringe Produktion an Wohnungen, die nun schon seit 1913 besteht und mit der Dauer des Krieges noch geringer wird, bedeutet natürlich eine große Gefahr, wenn nach dem Krieg wieder eine stärkere Nachfrage nach Wohnungen eintreten wird. Weiter hat sich 1915 eine Verschiebung der Produktion nach den Kleinhäusern bemerkbar gemacht. In Bonn, München-Gladbach, Münster, Fürth, Harburg und Regensburg wurden überhaupt nur solche Wohngebäude errichtet. Groß war auch der Anteil der Kleinhäuser in Solingen, Wiesbaden, Hildesheim, Elberfeld, Bremen. Er betrug hier überall mehr als 90%. Dagegen herrschte im Osten Deutschlands das große Mietshaus weiter vor. Der Reinzugang an Wohngebäuden war 1915 nur in 4 Städten größer oder gleich groß und in 55 geringer als im Vorjahr. Auch beim Reinzugang ist ebenso wie beim Zugang eine Verschiebung zugunsten der Kleinhäuser zu erkennen. Bei den Kleinwohnungen war nur in 3 Städten von 41 mit vergleichbaren Angaben im Jahr 1915 der Zugang größer, in 38 kleiner als 1914. Im allgemeinen blieb er hinter dem Zugang an Wohnungen zurück. Das gleiche gilt auch für den Reinzugang an kleinen Wohnungen. Auch auf den Wohnungsmarkt hat der Krieg tief einschneidende Einwirkungen gehabt, die sich mit seiner Dauer, allerdings nicht gleichmäßig, verstärken. Mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, der Einberufung des Familienhauptes oder mit seinem Verlust wird

die Einschränkung in der Wohnung häufig zur Notwendigkeit. Es tritt dann eine Abwanderung aus den größeren in die kleineren Wohnungen ein. Eine weitere Wirkung besteht in der Auflösung zahlreicher Haushaltungen und in der Aufgabe der Wohnungen, die sie früher einnahmen. Infolgedessen ist in der Zeit nach Ausbruch des Krieges die Zahl der leerstehenden Wohnungen rapide in die Höhe gegangen. Die Zählungen der leerstehenden Wohnungen im Jahr 1914 haben fast in allen Städten die gleiche Erscheinung gezeigt. Auch 1915 hat nun im allgemeinen die Zahl der leerstehenden Wohnungen zugenommen. Eine Ausnahme machen nur einige Städte, die durch die Kriegswirtschaft begünstigt worden sind, so Mainz, Magdeburg, Königsberg, Kiel, Erfurt, Essen. Jedoch trifft der Rückgang an leerstehenden Wohnungen in diesen Städten nicht gleichmäßig alle Wohnungsgrößenklassen. Die Nachfrage beschränkt sich vielmehr auf die Kleinwohnungen, während bei den großen Wohnungen die Zahl der leeren Wohnungen auch hier gewachsen ist. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen bezogen auf die Gesamtheit der Wohnungen ist in den einzelnen Städten sehr verschieden. Sie schwankt zwischen 7,4% in Regensburg und 0,5% in Kiel, bei den Kleinwohnungen allein zwischen 6,7% in Altona und 0,3% in Kiel.

Von der allgemeinen Regel zeigen die Zahlen der Aufnahmen in einigen Städten recht beachtenswerte Ausnahmen. Bei einzelnen Größenklassen ist trotz dem Anschwellen der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen ein Rückgang des Angebots erkennbar. Das ist zum Beispiel der Fall bei den 4räumigen Wohnungen in Gleiwitz, bei den 3räumigen in Charlottenburg, Dresden, Düsseldorf, Breslau, bei den 2räumigen in Charlottenburg, bei den 1räumigen in Preußen und Brandenburg. Diese rückläufige Bewegung hat erst im Lauf des Jahres 1915 begonnen und erklärt sich aus der Abwanderung der Bevölkerung aus den größeren in die kleineren Wohnungen. Man kann darin wohl ein wichtiges Anzeichen für die weitere Entwicklung des Wohnungsmarktes erblicken. Ähnliche Bedeutung hat eine andere Erscheinung. In einer Reihe von Städten ist die Anzahl der leerstehenden Kleinwohnungen 1915 zwar gestiegen, aber doch nicht mehr in dem gleichen Umfang wie in der Zeit kurz nach Kriegsausbruch. Vergleicht man die Zahlen

der leerstehenden Wohnungen je der Jahre 1913 und 1914 sowie 1914 und 1915 und die Differenzen zwischen diesen Zahlen, so ergibt sich, daß in Bremen, Charlottenburg, Dresden, Düsseldorf, Halle und Saarbrücken nicht mehr in gleichem Umfang Kleinwohnungen leer geworden sind wie in den ersten Kriegsmonaten. Die Bewegung hat sich hier erheblich verlangsamt.

Das Kaiserliche Statistische Amt sucht nun nach einer Abwägung der für und gegen das Auftreten einer Wohnungsnot nach dem Krieg angeführten Gründe auf Grund seines Zahlenmaterials zu einem Urteil zu kommen. Es weist besonders darauf hin, daß die Lage viel ungünstiger ist als im Jahr 1870-1871, insofern die Bautätigkeit nun schon 3 Sommer zum größten Teil geruht hat. Es ist daher ein erheblicher Ausfall an neuen Wohnungen eingetreten, der mit der Dauer des Krieges zunehmen wird. Die Verluste gleichen ihn nicht völlig aus. Das ist sicherlich zutreffend. Denn auch nach dem Tod des Familienhauptes tritt wohl nur in einem kleinern Prozentteil der Fälle die Auflösung des Haushalts ein. Aber die Verkleinerung wird in vielen Fällen zu einer Verschiebung in der Größe der gemieteten Wohnung führen. Außerdem ist auch nach Beendigung des Krieges eine weitere Abwanderung in kleinere Wohnungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht unwahrscheinlich. »Es wird also«, so faßt das Statistische Amt seine Überlegungen zusammen, »mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, welcher der Ausfall der Neuwohnungen durch das Darniederliegen der Bautätigkeit gegenübersteht.« Man wird diesem Urteil in der Hauptsache zustimmen können.

× **Konzessions-** **verträge** ×

Einen recht lehrreichen Beitrag zu der Frage, inwieweit die Städte in den Konzessionsverträgen mit privaten Gesellschaften ihre Interessen zu schützen vermögen, liefert ein Prozeß, in den sich die Stadt Braunschweig mit der von ihr konzessionierten Straßeneisenbahngesellschaft verwickelt sieht. Diese Gesellschaft ist nach dem Vertrag verpflichtet von der Bruttoeinnahme ihres Lichtwerks nach Abzug von $7\frac{1}{2}$ Pfennig für die gelieferte Hektowattstunde 25 % an die Stadt abzugeben, mindestens aber bestimmte Beträge, die hier nicht angeführt zu werden brauchen. Die Gesellschaft weigert sich nun den durch

den Vertrag festgesetzten Betrag zu bezahlen und stützt sich dabei auf den § 10. Danach soll in den Fällen, wo die Unternehmerin durch Ursachen, deren Verhütung oder Beseitigung nicht in ihrer Macht stand, zeitweilig an dem unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Stromabsatz ohne ihr Verschulden verhindert ist, nach Verhältnis des Umstands und der Dauer der eingetretenen Störung zu der gesamten Leistung die Abgabe nach »billigem Ermessen« der städtischen Behörden ermäßigt werden. Als störende Ursachen bezeichnet der § 10 unter anderem auch den Krieg. Er fügt dann aber hinzu: »Darüber, ob und in welchem Umfang die Voraussetzungen einer Ermäßigung der Mindestabgabe vorliegen und in welchem Umfang darnach die Abgabe zu ermäßigen ist, entscheiden die städtischen Behörden; eine Anfechtung dieser Entscheidung durch Beschwerde oder mittels Berufung der ordentlichen Gerichte ist der Unternehmerin nicht gestattet.« Man nahm seinerzeit an, daß diese Bestimmungen ausreichen würden die Stadt in ihren Interessen zu schützen und vor überflüssigen Prozessen zu bewahren. Die Straßeneisenbahngesellschaft ist aber anderer Ansicht. Sie sagt: »Durch den Krieg ist mein Absatzgebiet eingeschränkt, und ich bin in der Erzeugung und im Absatz gehindert worden. Daher findet § 10 Anwendung, und ich fordere daher eine Reduktion der Abgabe von 25 % auf 10 %.« Der Magistrat lehnte diese Forderung ab, denn die Unternehmerin sei in der Erzeugung und Fortleitung des Stroms durch den Krieg in keiner Weise gehindert. Die Worte des § 10 »zeitweilig an dem unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Stromabsatz ohne ihr Verschulden verhindert sein« wurden von dem Magistrat so ausgelegt, daß unter der Verhinderung des normalen Stromabsatzes die Verhinderung der Erzeugung und Fortleitung des Stroms zu verstehen sei, nicht aber die Beschränkung des Stromverkaufs durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges. Mit der 2. Bestimmung des § 10 findet sich die Gesellschaft noch viel leichter ab. Sie behauptet einfach: Die Vertragsbestimmung, daß eine Partei einseitig darüber bestimmen solle, ob die Entschädigung gezahlt werden soll, verstoße gegen die guten Sitten, und deshalb sei eine Klage nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässig. Außerdem komme § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Anwen-

dung: die Ablehnung des Magistrats entspreche nicht der Billigkeit. So ist denn die Stadt in der angenehmen Lage um die ihr aus dem Vertrag zustehende Abgabe lange Prozesse zu führen. Die ganzen Vorgänge sind eine weitere Mahnung an die Gemeinden bei den Abschlüssen von Verträgen sich durchaus darüber klar zu werden, daß sie bei jedem Wortlaut Gefahr laufen von der mit ihr Vertrag schließenden Gesellschaft mit einem Prozeß bedacht zu werden, wenn dieser irgendeine Bestimmung des Vertrags unbequem wird.

× **Kriegsinvalid** In dieser Rundschau (1915, **städtische** 3. Band, pag. 1371 f.) sind die Beschlüsse des Vorstands der Gemeinde- und Staatsarbeitergewerkschaft über die Beschäftigung der kriegsinvaliden städtischen Arbeiter besprochen worden. Zu meinen kritischen Anmerkungen schickt nun der genannte Vorstand die folgende Entgegnung:

»1. Die Weiterbeschäftigung soll »so weit als irgend angängig« erfolgen. Das bezieht sich vor allem natürlich auf die »körperliche« Leistungsfähigkeit der einzelnen Kriegsbeschädigten. Weder die »Betriebstechnik« noch das »finanzielle Ergebnis der Betriebe« kann hierbei in Betracht kommen.

2. Es entspricht durchaus den gewerkschaftlichen allgemeinen Grundsätzen, daß bei voller Leistungsfähigkeit auch der volle Lohn gezahlt werden muß. Das wäre ja eine wenig mustergültige Regelung, wenn, wie Lindemann anscheinend will, die Militärrenten letzten Endes dem Betriebsunternehmer, hier also der Gemeinde, zugute käme. Jede andere Regelung würde sicher vom Privatunternehmertum als Vorwand zu ähnlichen Abzügen benutzt werden.

3. Die (durch Kürzung des Lohnes) »freierwerbenden Mittel für die Kriegsbeschädigten zu reservieren, um sie für die Zeit einer vorzeitig eintretenden Invalidität zu verwenden«, erscheint uns ein schlechter Tausch, der obendrein wenig Aussicht auf praktische Durchführung hätte.

4. Die Karenzzeit überall auf 1 Jahr herabzudrücken wird schon schwer genug sein, zumal (infolge der langen Dauer des Krieges) viele Arbeiter während des Krieges eingestellt sind und, nachträglich zum Militärdienst einberufen, Kriegsinvaliden wurden. Jedenfalls würde aber eine gewisse »Progression der Bezüge für die ersten 10 Jahre«

nicht die beabsichtigte wirtschaftliche Sicherung der erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten bedeuten.

5. Die Tätigkeit der paritätischen Kommissionen soll sich nicht nur auf die Streitigkeiten sondern auf Prüfung und Entscheidung über das ganze Gebiet beziehen, wie aus dem Wortlaut unserer Grundsätze klar hervorgeht.

Ich habe dazu nur folgende Bemerkungen zu machen. Die Ziffern 1 und 5 erklären den Wortlaut der Grundsätze des Vorstandes. Eine weitere Bemerkung dazu ist nicht notwendig. Wenn der Vorstand meint, daß es sehr schwierig sein wird die Karenzzeit überall, das heißt wohl in allen Fällen, auf 1 Jahr herabzudrücken, so hat er damit durchaus recht. Gerade weil diese Forderung kaum durchgesetzt werden wird, schlug ich vor alle städtischen Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Dienstes bei der Stadt, zu berücksichtigen und für die Arbeiter mit geringerer Dienstdauer als 10 Jahre eine gewisse Abstufung der Bezüge einzuführen. Die Beantwortung der Einwürfe zu 2 und 3 würde eine längere Ausführung erfordern, für die mir hier nicht der Platz zur Verfügung steht. Das Verhalten der Stadtgemeinden hat aber bereits gezeigt, daß sie keineswegs geneigt sind neben den Militärrenten den vollen Lohn zu bezahlen. Mein Vorschlag wollte den Kriegsinvaliden für die Zeit einer vorzeitig eintretenden Invalidität Mittel reservieren, die durch die Kürzung des Lohnes andernfalls frei geworden wären.

× **Kurze Chronik** Der Vorstand des Preussischen Städtetags hat zu den Kommissionsbeschlüssen des Abgeordnetenhauses zum Schätzungsamtgesetz (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 227 ff) in einer ausführlichen Denkschrift Stellung genommen. Er wendet sich vor allem gegen die Aufstellung gesetzlicher Schätzungsnormen und gegen die Durchbrechung des Grundsatzes, wonach die gewerbsmäßig am Grundstückshandel Beteiligten nicht Mitglieder des Schätzungsamts sein dürfen. × Die Stadt Charlottenburg hat mit einem zahnärztlichen Verein ein Abkommen über die zahnärztliche Versorgung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer abgeschlossen, denen nun die Behandlung gesichert ist. × Die Breslauer Stadtverordneten haben dem Arbeitersekretariat des Gewerkschaftskartells für die

Dauer des Krieges eine Beihilfe von 1000 Mark jährlich ausgesetzt. Sie haben ferner 100 000 Mark zur Anschaffung von Milchkühen bewilligt. × Auch die Stadt Mannheim will Milchkühe beschaffen. × Die Stadt Mainz hat ein Gut von 354 Morgen angekauft, um darauf Milchproduktion und Schweinemast zu treiben. × An der Berliner Technischen Hochschule habilitierte sich der Amts- und Gemeindebaurat Saß. Er wird über die Beiträge der Anlieger und Grundeigentümer zu den Kosten des Ausbaus von Straßen und sonstigen Veranstaltungen auf dem Gebiet des städtischen Tiefbaus lesen.

× Literatur ×
 Auf Grund der Statistik der Kleinbahnen im Deutschen Reich hat A. Günther in seinem Buch Die kommunalen Straßenbahnen Deutschlands /Jena, G. Fischer/ die Betriebsleistungen und finanziellen Ergebnisse der kommunalen Straßenbahnen dargestellt. Er vergleicht ferner eine größere Zahl von kommunalen und privaten Straßenbahnen, die unter ähnlichen Verhältnissen arbeiten, nach bestimmten, statistisch erfassbaren Tatsachen. Auf diese Weise sollen die exakten Grundlagen für die Beratung der Fragen gelegt werden, ob und wann ein städtischer Straßenbahnbetrieb vor dem privaten den Vorzug verdient. Leider ist nun die Statistik der Kleinbahnen, die der Verfasser seinen Untersuchungen zugrunde legt, in vielen Punkten unzulänglich. Der für das finanzielle Ergebnis so wichtige Aufwand für Löhne zum Beispiel kann nicht für sich dargestellt und in seiner Tragweite beurteilt werden. Bekanntlich hängt aber das Ergebnis einer Straßenbahn sehr wesentlich von dem Lohnaufwand ab. Da nun die kommunalen Straßenbahnen allgemein bessere Löhne zahlen müssen als private Unternehmungen, so ergibt sich schon aus dieser Überlegung, daß eine Vergleichung zu keinem Ergebnis führt, wenn man nicht den Lohnaufwand aus den Ausgaben ausscheiden kann. Als eine Fundstätte für statistisches Material kann die Schrift indessen benutzt werden. Im übrigen aber wird man ihre Methoden sorgfältig zu prüfen haben.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Berufsarbeit Vom 26. bis zum 29. Juni fand in Weimar eine Kriegstagung des Bundes deutscher Frauenvereine

statt, an der sich zum erstenmal auch die freien Gewerkschaften beteiligten. Sie waren durch die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Gertrud Hanna, und durch die Vorsitzende des Verbands der Buchdruckereihilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen, Paula Thiede, vertreten. Über Frauenberufsarbeit nach dem Krieg, ein Thema, das durch die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit äußerst bedeutungsvoll für alle interessierten Kreise wie für die gesamte deutsche Industrie geworden ist, sprachen Dr. Marie Elisabeth Lüders, Frau Elisabeth Boehm-Lamgarben und Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner. Dr. Lüders hob in ihrem Referat über die Frauenarbeit in den gewerblichen Berufen hervor, daß sich zwar die Arbeiterinnen selbst in der körperlich anstrengenden Hütten- und Schwerindustrie (wo jetzt 50mal so viel Frauen tätig seien wie vor dem Krieg) fast überall bewährt hätten, man sie aber für reguläre Zeiten notwendig aus allen den Gewerben fernhalten müsse, die gesundheitsschädigend wirken können. Das eigentliche Feld der qualifizierten Frauenarbeit seien unstreitig die gewerblichen Berufe, die keine außerordentliche physische Kraftanstrengung sondern besondere Geschicklichkeit forderten und mehr Handwerkscharakter trügen. Die meisten Werke, die im Krieg ungelernete Frauen eingestellt haben, halten übrigens, wie die Rednerin sagte, nicht eine eigentliche Lehre sondern eine kurze Spezialausbildung und bessere Allgemeinbildung für erforderlich zur tüchtigen Berufsausübung. Frau Boehm-Lamgarben wies wiederum dringend auf die Notwendigkeit ordentlicher beruflicher Vorbildung der Landfrauen hin. Besonders die Bäuerin des Mittelbetriebes empfinde schwer den Mangel einer solchen Vorbildung. Unsere Volkswirtschaft bedürfe absolut der weiblichen Qualitätsarbeit auf dem Lande; diese könne auch ein Mittel werden der Landflucht zu steuern. Die ländliche Fortbildungsschule sei unbedingt zu fordern; auch sei Kanalisation und elektrische Beleuchtung der Dörfer auf Staatskosten zu empfehlen. Ein Vertreter des preussischen Landesökonomiekollegiums rühmte in der Debatte die Tüchtigkeit unserer Bäuerinnen.

Frau Levy-Rathenau sprach über Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Berufsberatungsstellen müßten mit Eltern und Lehrern zusammenwirken, um den jungen Leuten zur Wahl des richtigen Berufs zu verhelfen. Wertvoll für

die Feststellung der Berufseignung sei, wie dies jetzt im Krieg die Messungen für Kraftwagenführer gezeigt hätten, die Anwendung der experimentellen Psychologie. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt beabsichtige zu diesem Zweck demnächst ein kleines Institut zu eröffnen. Zentralisation des Arbeitsvermittlungswesens sei Vorbedingung guter Berufsberatung. Bei der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises sei überall Mitwirkung von Frauen zu verlangen. Das Ideal wäre die Verbindung eines Reichsarbeitsamtes und Reichsberufsamtes mit einem Reichsamt für psychologische und physiologische Untersuchungen.

Das wichtige Thema der Überleitung der Frauenarbeit aus dem Kriegs- in den Friedenszustand erörterten Dr. Altmann-Gottheiner und Marie L. Klausberger (Wien). Die Frauenarbeit habe im Krieg in der Industrie um 60, in Handel und Gewerbe um 52 % zugenommen. Beim Rückströmen der männlichen Arbeiter sei für die Frauen eine schwere Krise zu befürchten, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Es müsse eine weitgehende Arbeitslosenunterstützung mit Heranziehung der Arbeitgeber vorgesehen, die Arbeiterinnenschutzgesetze müssen wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt und ausreichender staatlicher Mutterschutz müsse nach Art der Reichswochenhilfe als dauernde Institution eingeführt werden. Gertrud Hanna wies darauf hin, daß die Frauen wohl nach dem Krieg aus einer Anzahl für sie ungeeigneter Berufe wieder verschwinden dürften, die gewerbliche Frauenarbeit aber auch nach Friedensschluß gegen früher eine starke Vermehrung aufweisen werde. Wo eine längere Lehre erforderlich sei, müsse sie den Frauen wie den Männern offenstehen; denn auch die Frauen könnten Qualitätsarbeit leisten, wo sie Gelegenheit zum Lernen hätten. Jedenfalls sei auch, wo es sich nicht um gelernte Arbeit handele, mehr Allgemeinbildung und deshalb die Fortbildungsschule für die Arbeiterin notwendig.

Auch das zweite Thema, Die Stellung der Frau zur Bevölkerungsfrage, hing aus engste mit der Frage der Frauenberufsarbeit zusammen. Die Verhandlungen darüber brachten nichts, was über die bekannten Erörterungen und Meinungsäußerungen der verschiedenen Frauenkreise zu dem Problem aus der letzten Zeit hinausgegangen wäre. Anna Lindemann (Stuttgart) tadelte es mit

Recht, daß man immer nur die Bevölkerungszahl, nicht die Qualität als entscheidend betrachte. Wie indessen auf dem Weltmarkt die Qualitätsware den Ausschlag gebe, so sei auch der Qualitätsmensch der wichtige Faktor im Leben der Völker. Wir hätten in den Augusttagen 1914 erkannt, daß nicht in dem Haben das Glück des Menschen liegt sondern im Sein und im Werden. Die Frau müsse neben die lebenverneinende Freude des Genießens die lebenbejahende Freude am Schaffen setzen. Dr. Marie Bernays wies die Meinung zurück, als sei die Frauenerwerbsarbeit als solche oder gar die gesteigerte geistige Betätigung der Frauen schuld an dem Geburtenrückgang. Die Bäuerin und Landarbeiterin sei freilich bei dem Mangel eines ausreichender Wöchnerinnenschutz oft durch körperliche Überlastung an der Ausübung ihrer Gattungsaufgabe behindert. In der Großstadt finde man aber eine gewollte Beschränkung der Geburtenzahl gerade in den Kreisen, in denen den Frauen ein pflichtloses Leben zur Gewohnheit geworden ist.

Dr. Marie Baum meinte in ihrem Referat über sozialhygienische Bevölkerungspolitik, die Zukunft müsse uns wieder die Entstadtlichung bringen: ein Postulat, das wohl leichter aufgestellt als begründet ist.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Familie, Beruf und Jugendpflege als Erziehungsmächte der weiblichen Jugend, sprachen Dr. Alice Salomon allgemein und Frau von Pawel-Rammingen für die Verhältnisse auf dem Lande.

Auch auf der Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände, die am 15. und 16. Juni tagte, spielte die Frauenerwerbsarbeit während des Krieges eine große Rolle. Gertrud Hanna hatte das Referat. Aus der so stark vermehrten Frauenarbeit, die sich jetzt zahlreiche, ihr bisher gänzlich verschlossene Gebiete erobert habe, resultierten für die Gewerkschaften neue, organisatorische, wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben. Man müsse für Organisation der industriell tätigen Arbeiterinnen sorgen, um dem drohenden Lohndruck vorzubeugen. Die Gewerkschaften müßten auch zu dem vielfach befürworteten Vorschlag der Halbtagsarbeit für Frauen Stellung nehmen. In der Diskussion wurde erwidert, daß man in erster Linie versuchen müsse die männlichen Arbeiter nach Möglichkeit in ihre frühere Beschäftigung wieder hin-

einzubringen. Auf die Organisation der Arbeiterinnen sei natürlich ebenfalls Wert zu legen. Die Halbtagschicht eigne sich nicht für alle Gewerbe; im Interesse der Heimarbeitsbekämpfung möge man sie jedoch fördern, wo ihre Einführung möglich sei.

In England hat die Frauenarbeit während des Krieges gleichfalls starke Fortschritte gemacht. Sie ist auch dort in Berufe eingedrungen, die früher keine Frauen beschäftigten. Und auch dort versucht man aus der Unkenntnis des weiblichen Geschlechts über seine Rechte und Interessen Kapital zu schlagen. So ließ man in London viele bei den Eisenbahnen angestellte Kontoristinnen einen Vertrag unterzeichnen, der ihnen verbot ohne Erlaubnis der höheren Beamten einem Verband beizutreten. Der Verbandssekretär beschwerte sich bei dem Board of Trade, und die Gelegenheit kam zur Erörterung im Parlament. Die Eisenbahngesellschaft erklärte daraufhin die Aufforderung zur Unterzeichnung der Klausel für die Folge eines Mißverständnisses.

Genau wie bei uns werden die Frauen auch in England meist für die gleiche, früher von Männern verrichtete, Arbeitsleistung sehr viel geringer bezahlt.

× **Hauswirtschaft** Anfang Juni tagte in Hamburg die erste Jahresversammlung des vor einem

Jahr gegründeten Verbandes deutscher Hausfrauenvereine, der jetzt 45 000 Mitglieder zählt. Professor Wygodzinski (Bonn) hielt den Hauptvortrag. Die bisher durch Tradition beherrschte Hauswirtschaftsarbeit müsse in Zukunft durch Vernunft geregelt werden. Durch die Hand der Hausfrauen gingen in jedem Jahr Werte von 16 Milliarden Mark. Die richtige Auswahl und Nutzung der Nahrungsmittel wie aller Küchenabfälle sei von höchster Bedeutung für die Gesamtwirtschaft des Landes. In anderen Referaten wurde auf die Notwendigkeit eines engeren Zusammenwirkens von Stadt- und Landfrauen hingewiesen. Auch eine Vertreterin der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs sprach in einer Abendversammlung. Die Österreicherinnen haben früher als die Deutschen eine Hausfrauenorganisation geschaffen. Es ist sicher nicht zu bezweifeln, daß ungeheure wirtschaftliche Verluste durch den Mangel an Systematik und planmäßiger Organisation in den Millionen von Einzelhaushalten entstehen. Und zwar sowohl Verluste an

Geldwerten: die Verteuerung aller Lebensmittel durch die große Zahl von Zwischenhändlern, die sich zwischen Produzenten und Konsumenten schieben, wie vor allem auch (und das ist uns erst im Krieg in allen Einzelheiten zum Bewußtsein gekommen) Verluste an Nahrungs- und Genußwerten durch unökonomische Verwendung und positive Verschleuderung von Produkten. Es ist gewiß anzunehmen, daß hier der Krieg eine heilsame Wirkung üben und eine vernünftiger und sparsamere Haushaltsführung anbahnen wird. Ebenso dürfte ein direkter genossenschaftlicher Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus bäuerlichen Betrieben an städtische Organisationen nach Art der Boehm-Lamgarbenschen ostpreußischen Vereine lokal von bedeutendem Nutzen sein. Dagegen kann man sehr wohl die Frage aufwerfen, ob die beste Entwicklung für die Gesamtgesellschaft in dieser Richtung, ob sie nicht vielmehr in der einer fortschreitenden Zentralisierung der Nahrungsherstellung und Wirtschaftsführung liegt. Man kann annehmen, daß erst durch eine solche Zentralisierung eine ökonomische Ausnutzung aller Nahrungsstoffe bei guter und sachgemäßer Ernährung möglich wäre, wie dies die (allerdings nicht schlüssigen) Kriegserfahrungen zum Teil gezeigt haben. Wie man hier schließlich zur Massenspeisung greifen mußte, um bei dem knappen Nahrungsmittelbestand eine leidliche Ernährung des Volks sicherzustellen (wenn auch natürlich hier manche anderen Momente mithineinspielen), so ist es auch fraglich, ob man in normalen Zeiten im Einzelhaushalt mit gleichen Mitteln und gleichem Kraftaufwand gleich Gutes leisten kann wie im Massenbetrieb, und ob sich jemals jede Ehefrau zur tüchtigen Wirtschaftlerin eignen wird. In der wiederholt und in verschiedenen Formen vorgeschlagenen organischen Verbindung von Konsumvereinen, Zentralküchen und bäuerlichen Verwertungsgenossenschaften wäre dann die beste Grundlage für eine Organisation geschaffen, die die von dem Verband deutscher Hausfrauenvereine im kleinen erstrebten Zwecke in großem Maßstab durchzuführen vermöchte.

× **Wahlrecht** In der von Minna Cauer redigierten Zeitschrift für Frauenstimmrecht vom 15. Juni 1916 polemisiert die Herausgeberin gegen meine Auffassung in der Frauen-

stimmrechtsfrage, speziell gegen die in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 398 f.) ausgesprochene Beurteilung der Weimarer Tagung, in der der angefochtene § 3 der alten Satzung gestrichen und der Deutsche Reichsverband für Frauenstimmrecht mit dem Hauptprogramm des Kampfes für politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts begründet wurde. Der kurz darauf geschaffenen Gegenorganisation, die die früheren Satzungen übernahm, gehört in erster Linie auch Frau Cauer an.

Da ich seit einer Reihe von Jahren in den Sozialistischen Monatsheften meine Anschauungen in der Frauenstimmrechtsfrage vertreten und sie mehrfach eingehend begründet habe, erübrigt es sich nochmals näher auf den alten Streit einzugehen. Ich möchte nur immer mal wieder, wie Heinrich Manns Professor Unrat sagt, betonen, daß ich noch nicht »in der Forderung des allgemeinen Wahlrechts einen reinen Formalismus« sehe, wenn es mir auch reiner Formalismus scheint dieses in einem Verband aller für politische Gleichberechtigung kämpfenden, politisch sehr verschieden denkenden Frauen zum Programmpunkt zu erklären und damit die positive Wirksamkeit des Verbandes zu gefährden. Und ebensowenig existiert hier für mich ein Gegensatz zwischen »politischer Vernunft« und »Recht und Gerechtigkeit«, für die nach Frau Cauers Meinung der radikale Deutsche Stimmrechtsbund kämpft. Ich glaube vielmehr: Wenn man der »gerechten« Forderung des allgemeinen Frauenstimmrechts wie zahlreichen anderen politischen Forderungen durch eine vernunftgemäße Taktik zunächst einmal um einige Schritte näherrückt, hat man mehr dafür getan als wenn man jahrzehntelang ohne Aussicht auf Verwirklichung seines Programms noch so gute Reden dafür hält.

×
Kurze Chronik Aus Mangel an Lehrkräften hat sich die hessische Schulbehörde zur Durchbrechung des Prinzips nur unverheiratete Lehrerinnen anzustellen genötigt gesehen. Ein Gesuch um dauernde Anstellung verheirateter Lehrerinnen, das der Verein Frauenwohl eingereicht hatte, wurde abschlägig beschieden; nach Ansicht der Verwaltungsstellen werde man jedoch auch nach dem Krieg zur Anstellung Verheirateter greifen müssen. × Wie der Schöneber-

ger Magistrat bekanntgibt, ist eine Kanzleihilfin für die Dauer des Krieges zum stellvertretenden Standesbeamten ernannt worden. Es ist dies der erste Fall eines weiblichen Standesbeamten. × Seit einigen Monaten sind bei der Berliner Wach- und Schließgesellschaft eine Anzahl Frauen als Wächter angestellt. Nach den bisherigen Erfahrungen hat sich der weibliche Sicherheitsdienst bewährt. × In einer französischen Gemeinde amtiert interimistisch eine Frau als Bürgermeister. Die gleiche Gemeinde wählte jetzt auch eine Frau neben 4 männlichen Grundbesitzern zum Mitglied des landwirtschaftlichen Aktionsausschusses; diese Ausschüsse sollen die ländliche Bevölkerung beraten und die Landwirtschaft den neuen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen anzupassen streben. × Von der sozialistischen Partei in Los Angeles (Californien) wurde einstimmig eine Frau, Luella Twining, als Kandidat zum Kongreß der Vereinigten Staaten aufgestellt. Ihre Wahl gilt als sehr aussichtsreich. Damit zöge zum erstenmal eine Frau in den Kongreß ein. Von dem Abgeordneten Pugsley, einem alten Vorkämpfer für Frauenstimmrecht, wurde das Frauenwahlrecht zum canadischen Staatsparlament für alle die Provinzen gefordert, in denen die Frauen Provinzialwahlrecht besitzen. Der Antrag wurde vorläufig abgelehnt, soll aber bald wieder vorgelegt werden.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Sellmann

Judentum Vom Geist des Judentums ist ein Buch Martin Bubers betitelt Leipzig, Kurt Wolff/, das nach meinem Dafürhalten zum Besten von all dem gehört, was der Verfasser bisher über dieses Thema geschrieben hat. Dieses Buch enthält einige wichtige Beiträge zur Geschichte der geistigen Entwicklung des jüdischen Volkes in der Diaspora wie auch einige selbständige Betrachtungen über das Wesen des Judentums im allgemeinen und ist in hohem Maß dazu angetan dem Leser einen Einblick in die inneren Triebfedern des jüdischen Schaffens zu gewähren und ihm ein zwar unvollständiges und recht fragmentarisches, aber immerhin lebendiges Bild von manchen geistigen Kämpfen des jüdischen Volkes in den Ländern der Zerstreuung zu geben. Als

eine Sammlung von Aufsätzen, die zwar alle eine gemeinsame Tendenz verraten, doch bei verschiedenen Gelegenheiten entstanden sind, erhebt das Buch keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit, ist weit davon entfernt das Thema erschöpfend behandeln zu wollen. Wie es meistens unter den Umständen geschieht, unter denen das Buch zustande kam, wird auf eine bestimmte Seite ein grelles Licht geworfen, während eine andere, nicht minder wichtige Seite, die in engstem Zusammenhang mit jener steht, im tiefsten Schatten gelassen wird; es wird ein bestimmtes Problem aufgerollt, während ein anderes, ihm nah verwandtes, unberührt bleibt. Und doch müssen wir bei alledem in diesem Werk den ersten, freilich noch tastenden Versuch erblicken jene gewaltige Lücke auszufüllen, die bis auf den heutigen Tag in der Geschichte der geistigen Entwicklung des jüdischen Volkes klafft, und die die nichtjüdischen Forscher des Judentums wie auch manche in deren Fußstapfen wandernden jüdischen Kollegen gänzlich unbeachtet lassen. Diese Gelehrten konzentrierten ihre ganze Aufmerksamkeit auf jene Perioden der jüdischen Geschichte, in denen das jüdische Volk noch ein politisches Dasein in seinem eigenen Land führte, und gehen an dem ganzen exilischen Leben der Judenheit mit der Miene von Menschen vorbei, die hier nichts zu suchen haben: als ob mit dem Aufhören des politischen Lebens auch das ganze geistige Schaffen des jüdischen Volkes ins Stocken geraten wäre. Diese Art den ganzen, bald 2000jährigen Zeitraum seit dem Erlöschen des politischen Lebens der jüdischen Nation als eine *quantité négligeable* abzutun zeugt von einer großen Oberflächlichkeit der Betrachtung, da auch in apolitischen Zeiten das innere Leben eines Volkes intensiv pulsieren kann. Und in der Tat hat das jüdische Volk in den Ländern der Zerstreung Epochen von innerer Sammlung und geistigem Aufschwung erlebt, die an Tragweite und Größe denen seines politischen Daseins keineswegs nachstehen.

In den Abschnitten seines Buches, die vom Mythos der Juden, der jüdischen Mystik, dem Leben der Chassidim und dem Rabbi Nachman von Bratzlaw handeln, hat es der Verfasser versucht wenigstens einen Zipfel jenes Schleiers zu lüften, der auf so vielen bewegten Epochen der geistigen Kämpfe der exilischen Judenheit liegt. Diese Kapitel,

in denen der Verfasser einige bedeutende Ereignisse in der Geschichte des Exils philosophisch beleuchtet, gehören meines Ermessens zu dem Interessantesten und Lehrreichsten des ganzen Buches.

Nicht so glücklich ist der Verfasser überall da, wo er mit abstrakten Theorien über das Wesen des Judentums und des jüdischen Volkes auftritt. So vor allem in seinem, übrigens sehr geistreichen Aufsatz über den Geist des Orients und des Judentums, in dem er den Orientalen als den motorischen und den Okzidentalern als den sensorischen Typus charakterisieren möchte. Was der Verfasser darunter versteht, erhellt am besten aus der folgenden Stelle: »Der psychische Grundakt des motorischen Menschen ist zentrifugal: ein Antrieb geht von seiner Seele aus und wird zur Bewegung. Der psychische Grundakt des sensorischen Menschen ist zentripetal: ein Eindruck fällt in seine Seele und wird zum Bilde. Beide sind empfindende, beide handelnde Menschen; aber der eine empfindet in Bewegungen, der andere handelt in Bildern; der erste hat, wenn er wahrnimmt, das Erlebnis der Tat, der zweite hat, wenn er tut, das Erlebnis der Gestalt. Beide denken; aber des einen Denken meint Wirken, des andern Denken meint Form.« Im großen und ganzen mag das stimmen; denn es gibt gewiß Geister von einem vorwiegend motorischen Charakter, bei denen sich das Empfinden rasch nach außen entlädt, und solche sensorischer Natur, bei denen das Empfinden nicht so schnell den Weg nach außen findet und daher sich eher dazu eignet in abgeklärten und abgerundeten Bildern fixiert zu werden. Nur meine ich, daß der ganze Vorgang von dem Verfasser etwas einseitig und in psychologischer Hinsicht auch irreführend geschildert wird. Wenn der Verfasser von dem psychischen Grundakt des motorischen Menschen sagt, daß ein Antrieb von seiner Seele ausgeht, während der psychische Grundakt des sensorischen Menschen darin bestehen soll, daß ein Eindruck in seine Seele fällt, so wird dadurch dem Gedanken Vorschub geleistet, als gestalte sich der Prozeß der Vorstellungsbildung bei diesen beiden Typen verschieden, während in Wahrheit die psychologischen Grundgesetze in dem einen wie dem andern Fall in der gleichen Weise wirken, und nur die Reagierbarkeit in den beiden Fällen ver-

schieden ist. Auch bei dem motorisch veranlagten Charakter fällt zuerst ein »Eindruck« in seine Seele, der freilich gleich darauf zu einem innern Antrieb verarbeitet wird, und auch bei dem sensorisch veranlagten Naturell geht ein »Antrieb« von seiner Seele aus, freilich nachdem ein von außen her kommender Reiz aufgenommen und in eine innere Regung umgewandelt worden ist. Der Unterschied zwischen dem motorischen und dem sensorischen Menschen kann meines Erachtens einzig und allein darin bestehen, daß der erste die Reihe Reiz - Vorstellung - Handlung in einem etwas raschern Tempo als der zweite durchläuft, daß der eine das Anfangsglied der Reihe mit dem Endglied schneller und sicherer als der andere verbindet. Bis hierher drückte sich der Verfasser wenigstens eindeutig aus. Wenn er aber weiter davon spricht, daß der eine in Bewegungen empfinde, während der andere in Bildern handle, so muß ich zu meinem Leidwesen erklären, daß ich ihm in dieser phantastischen Exkursion nicht folgen kann, da ich nicht imstande bin zu verstehen, wie man anders als in Bewegungen handeln, und wie man anders als in Eindrücken, also in Bildern empfinden kann. Aber es sei für einen Augenblick angenommen, daß diese fundamentale Verschiedenheit, und zwar ganz im Sinn des Verfassers, in der Tat besteht. Wie ist es nun um deren Illustrierung an der Seelenstruktur des Orientalen und Okzidentalen bestellt? Soll wirklich der Orientale mit seiner ruhevollen Gemütsveranlagung, seinem stark ausgeprägten Sinn für Ewigkeit und Beharrlichkeit, seiner wunderbaren Fähigkeit sich in das All zu versenken, die ihm zu der Schaffung großer Religionen verhalf, den vorwiegend motorischen, und der Okzidentale mit seiner rastlosen Beweglichkeit, seinem Betätigungsdrang und seinem Gefühl für Entwicklung und Veränderlichkeit den vorwiegend sensorischen Typus darstellen? Dies will mir keineswegs einleuchten. Ich neige eher zu der Annahme, daß hier ein fehlerhafter Rückschluß vorliegt. Der Verfasser hat allem Anschein nach den Juden unserer Tage mit seinem von okzidentalischen Einschlägen und Tendenzen stark durchsetzten Geist ins Auge gefaßt und von diesem auf den antiken, wirklich orientalischen Juden geschlossen, welchen Schluß er hinterher auf alle orientalischen Völker überhaupt ausdehnte.

Das Kapitel von der jüdischen Religiosität enthält bei einigen schönen und anregenden Gedanken solche Sätze, denen ich nicht beipflichten kann. Da stellt der Verfasser die Behauptung auf: »Die Erneuerung des Judentums bedeutet in Wahrheit Erneuerung der jüdischen Religiosität.« Was versteht hier der Verfasser unter Judentum? Die jüdische Religion allein konnte er damit unmöglich gemeint haben, da in diesem Fall der ganze Satz auf eine Tautologie hinausläufe. Selbstverständlich ist die Erneuerung einer jeden Religion die Erneuerung ihrer Religiosität, da die bloße Änderung äußerer Riten und Zeremonien noch lange keine religiöse Renaissance bedeuten kann. Unter Judentum versteht Buber hier offenbar den Inbegriff aller geistig-kulturellen Erregenschaften des jüdischen Volkes während der Dauer seiner nach Jahrtausenden zählenden Geschichte. Und da muß ich sagen, daß der Verfasser dem Begriff der Religiosität eine ganz unberechtigte Ausdehnung gegeben hat. Diese Religiosität bildet gewiß einen der wichtigsten Faktoren in der geistigen Entwicklung des jüdischen Volkes; aber wer die Behauptung aufstellt, daß die Erneuerung der gesamten nationalen jüdischen Kultur die der jüdischen Religiosität bedeutet, der stellt sich schließlich auf den Boden jener Assimilationstheoretiker, die die Selbständigkeit einer nationalen jüdischen Kultur leugnen, die aus einer ganzen Nation eine religiöse Sekte machen möchten, und denen Buber, als überzeugter Anhänger des jüdischnationalen Gedankens, zu allerletzt Vorschub leisten wollte. Die jüdische Religiosität ist nur eine der Formen, in der der Geist des jüdischen Volkes eine, allerdings überaus starke, Ausprägung fand; sie ist nicht die einzige und alleinige. Es ist für das Wesen des Judentums ausschlaggebend, daß es die ethischen Pflichten als Ausstrahlung und Gebot der Gottheit erkannt hat; dies ist auch die unschätzbare Gabe, die es der abendländischen Welt gebracht hat. Aber es ist doch nur der Ausfluß des jüdischen Geistes, nicht dieser selbst, der Weiteres umfaßt.

Alles in allem kann man nun zusammenfassend behaupten, daß dieses Buch einen Gewinn für die philosophische Forschung des Judentums bedeutet. Es ist außerdem mit jenem glänzenden literarischen Geschick geschrieben, das wir aus den Ekstatischen Visionen und

den Geschichten des Rabbi Nachman von Bratzlaw kennen, in denen es Buber so vortrefflich verstanden hat die Gedankenwelt gewaltiger religiöser Geister einer modernen, ästhetisch gebildeten Leserschaft nahezubringen. Zuweilen geschieht es aber auch, daß diese Fähigkeit ihn zu spielerisch anmutenden Antithesen verleitet, die an sich sehr reizvoll, aber nicht sehr überzeugend sind: »Der Grieche will die Welt bewältigen, der Jude will sie vollenden; für den Griechen ist sie da, für den Juden wird sie; der Grieche steht ihr gegenüber, der Jude ist ihr verbunden; der Grieche erkennt sie unter dem Aspekt des Maßes, der Jude unter dem des Sinns; für den Griechen ist die Tat in der Welt, für den Juden ist die Welt in der Tat.« Lauter schöne, geistreiche Gedanken. Allein ich möchte dabei dem Verfasser seine eigenen Worte aus dem Kapitel Der Geist des Orients und das Judentum in Erinnerung rufen. Dort sagt er nämlich folgendes: »Europa hat Ideologien von unvergleichlicher Reinheit, Sicherheit und Geschlossenheit, aber keiner von ihnen eignet die elementare Gewalt der großen Lehren.« Ein bißchen weniger »Europa« hätte vielleicht die wertvollen Bestrebungen des Verfassers jener »elementaren Gewalt« nähergebracht, die allein über den bleibenden Wert einer geistigen Leistung zu entscheiden vermag.

× **Kurze Chronik** Am 17. Juni starb Victor Delbos, der hervorragendste Vertreter der Geschichte der Philosophie an der Sorbonne, 54 Jahre alt, in Paris. Von seinen Werken sei La philosophie pratique de Kant hervorgehoben, das 1905 von der Akademie preisgekrönt wurde. Delbos war unermüdlich bestrebt in Frankreich Interesse und Sympathie für die deutsche Philosophie zu wecken. × Ein bisher unbekanntes Spinoza-porträt ist in der Bildersammlung der Ausstellung Das verschwindende Ghetto im städtischen Museum zu Amsterdam der Öffentlichkeit gezeigt worden. × Die 5. Tagung der Schopenhauer-Gesellschaft, die Mitte Juni in Dresden stattfand, brachte eine ganze Reihe wertvoller Vorträge. Genannt seien nur: Böttger Schopenhauers Staatsauffassung, Wilatsky Über Kants Begriffsethik und Schopenhauers Idee der Menschenliebe und Esser Über Leben und Tod. × Die katholischen Petrusblätter protestieren unter

dem Titel Kantreklame gegen den Zen-trumsabgeordneten Dr. Pieper, der in den Katholischen Monatsheften Schiller und Kant als die Begründer der Lehre von der sittlichen Pflichterfüllung gefeiert hatte. × Zum Extraordinarius für Philosophie an der Universität Tübingen ist der dortige Privatdozent Dr. Konstantin Oesterreich ernannt worden.

Biologie / Adolf Koelsch

Nervenregeneration Alle Wirbeltiere erreichen auf gewissen Altersstufen eine bestimmte Körpergröße, und mit ihr hört das Längenwachstum für alle Zeit auf. Damit ist nicht gesagt, daß nun überhaupt jedes Wachstum erlösche. Haare, Nägel und jene Organe, die diesen unseren Hautanhängen bei den übrigen Warmblütern entsprechen, wachsen fort und fort weiter, auch die Oberhaut selbst erneuert sich immerzu. Desgleichen werden Gewebsverluste, die durch Hautverletzungen verursacht sind, mit Regelmäßigkeit wieder ausgeglichen, zerbrochene Knochen heilen unter Neubildung von Zwischensubstanz wieder zusammen, ebenso findet bei Muskel- und Sehnenzerreißen, Verletzungen von Blutgefäßen, Drüsengeweben, Darmwänden usw. eine oft weitgehende Wiederherstellung des frühern Zustands statt, auch wenn die absolute Wachstumsgrenze des Körpers längst überschritten wurde. Die Teilungs- und Vermehrungsfähigkeit der Zellen gewisser Gewebe hat demnach jahrelang nur geruht, ohne in Erscheinung zu treten; erstorben war sie nicht.

Wie steht es mit der Restitutionskraft des Nervengewebes? Die Frage ist sehr aktuell. Denn entsetzlich viele Nerven gehen in diesem Krieg entzwei, große Stränge werden von Kugeln durchbohrt, im Nahkampf von Bajonetten durchschnitten, von Granatensplittern zerfetzt. Wichtige innere Organe, ganze Gliedmaßen, halbe Leiber werden dadurch ihrer nervösen Verbindung mit dem im Rückenmark oder Gehirn untergebrachten Zentralapparaten beraubt, in ihren Funktionen erschüttert, gelähmt und zu traurigen Anhängseln des Körpers gemacht, deren plötzliche Unfähigkeit zur Einflußnahme auf den gesamten Wirtschaftsbetrieb des Zellenstaats das Leben belastet und nicht selten weitere schwere Störungen in anderen Bezirken nach sich zieht, von den psychi-

schen Depressionen gar nicht zu reden. Winken auch hier Möglichkeiten des Heils? Haben auch diese hochspezialisierten Gewebe etwas von jener Wachstumskraft in Reserve behalten, die eine Brücke zwischen den Wundrändern schlägt und die hilflosen Teile wieder zu einem leistungsfähigen Ganzen zusammenbindet?

In der Tat, auch Nerven regenerieren. Man weiß das längst. Aber die Verhältnisse liegen doch wesentlich anders als bei den übrigen Geweben des Warmblüterkörpers. Wird ein Muskel durchgetrennt oder ein Knochen zerbrochen, so kommt jedem Teilstück die gleiche Regenerationskraft wie dem andern zu; von beiden Seiten wird etwas Entscheidendes für die Wiederherstellung des normalen Zustands unternommen. Wird aber ein Nerv durchschnitten, so versagt das äußere, der Verbindung mit dem Zentralorgan beraubte Teilstück. Ja, es versagt nicht nur, sondern es beginnt Veränderungen einzugehen, die der vom zentralen Stück betriebenen Aktion zur Wiedervereinigung mit dem äußeren Stumpf den Erfolg sehr bedeutend erschweren, unter Umständen ganz unmöglich machen.

Einblick in diese Verhältnisse gewährt eine sehr glänzende, kleine Arbeit des Frankfurter Neurologen Professor Ludwig Edinger, die kürzlich in den Naturwissenschaften erschienen ist und unter Berücksichtigung der ebenso umfangreichen wie verwickelten Literatur, die von den verschiedensten Forschern seit bald einem Jahrhundert über dem Problem der Nervenregeneration aufgebaut wurde, jene neuesten histologischen Forschungsergebnisse darstellt, ohne deren Kenntnis eine ausreichende klinische Behandlung von Nervenverletzungen nicht durchführbar ist. Edinger schildert zunächst das Schicksal des peripheren, von der Zentraleitung abgeschnittenen Stumpfes: seine leitenden Faserteile zerfallen, die Markscheide löst sich in klumpige Tröpfchen auf, die Zellen der Schwannschen Scheide verschlucken die Trümmer, lagern sie ein und führen sie den Lymphbahnen zu. Gleichzeitig wandert Bindegewebe in die zerfallende Nervenbahn ein, und in diesem funktionslosen Zustand kann sie nun dauernd verharren. Anders im zentralen Stück, das mit dem Rückenmark noch zusammenhängt. Schon 2 Stunden nach der Nervendurchtrennung treten aus dem Ende jeder leitenden Faser des Stumpfs »gan-

merkwürdige kleine und große Tropfen aus. Sie ziehen einen feinen Faden hinter sich her und wachsen nach allen Seiten in die Narbe hinein (mit der sich der wunde Stumpf überzieht). Allemal, wenn sie da einem Widerstand (zum Beispiel Blutgerinsel) begegnen, weichen sie aus, ja sie spalten sich dann oder wenden sich gar wieder rückwärts.« Dieses Treiben, Drängen, Tropfen- und Fadenbilden, das kein anderes Ziel hat, als die Narbe zu durchstoßen und einen Übergang zu dem draußen liegenden, vielleicht schon degenerierten peripheren Nervensumpf herzustellen, kann Wochen lang, ein Jahr lang, ja sogar mehrere Jahre lang währen. In dem Moment aber, wo die Narbe durchbrochen und das abgetrennte Nervenende erreicht ist, hört die allgemeine, nach allen Seiten sich suchend und tastend ergießende Bewegung der Tröpfchen und Fäden auf, und der ganze aus dem zentralen Stumpf hervorquellende Faserwirbel stürzt sich in die Strangmasse hinein, die vom peripheren Nervenbündel übriggeblieben ist, um sich hier in wenigen Wochen zu neuen, lange Strecken durchheilenden Leitbündeln zu entwickeln. Neue Nerven, die Dauer haben, sind so entstanden, und sie unterscheiden sich von den alten durch nichts. Sie folgen den alten Bahnen zum Endorgan und sie leisten, was jene geleistet haben. Können die suchenden Tröpfchen, nachdem sie die Narbenkappe durchbrochen haben, den peripheren Stumpf jedoch nicht mehr finden, weil er vielleicht entfernt oder durch Organknickungen zu weit seitwärts abgerückt worden ist, so stellen sie nach einem planlosen Wachstum von wenigen Zentimetern ihre Anstrengungen ein und verschrumpfen. Es muß also, bemerkt Edinger mit Recht, in den vom peripheren Stumpf übriggebliebenen Zellenreihen etwas sein, »was das Auswachsen [der zentralen Nervenfasern] erst richtig ermöglicht oder über die Grenze hinaus ermöglicht, welche dem Zellenwachstum gesetzt ist.« Dieses »Etwas« besteht aus den Zellen der Schwannschen Scheide, mit denen ja auch das periphere Nervenende umkleidet ist, respektive aus gewissen Produkten, die bei der Degeneration des peripheren Stumpfs aus den Schwannzellen gebildet werden. Damit wird aber auch der Chirurgie der Weg gewiesen, den sie bei Flickarbeiten am Nerven zu gehen hat: sie hat bei ihren

Zusammennähungen getrennter Stumpfe in erster Linie dafür zu sorgen, daß keine undurchdringlichen Narben, vor allem keine verhärteten Blutflecken und Säftegerinnsel auf den Abrißstellen sich niederschlagen. Ist ihre Entstehung verhindert, oder sind schon entstandene Narben und andere Gewebswiderstände entfernt worden, so vollzieht sich die Regeneration der Leitungsbahnen von selber dank einer autonomen Wiederherstellungskraft, die den Mutterzellen der leitenden Elemente, das heißt den Ganglienelementen zukommt.

×

Kurze Chronik Auf dem Kriegsschauplatz im Osten fiel im Alter von 46 Jahren

als Oberstabsarzt Professor Max Lühe, Privatdozent der Zoologie an der Universität Königsberg. Er war Spezialist für parasitische Würmer. × Am 23. April starb in Laibach der bekannte Zoologe und ehemalige Inspektor der Triester Zoologischen Station Dr. Eduard Gräffe, im Alter von 83 Jahren. In seinen jüngeren Jahren hat er verschiedene Reisen unternommen, die besonders der Erforschung Samoas galten; seine letzten Lebensjahre widmete er vorwiegend dem Studium der Insekten. × Der Privatdozent für Geographie an der Hochschule zu Breslau R. Leonhard ist plötzlich gestorben. × Das von dem Amerikaner Smith als Erreger des Pflanzenkrebses entdeckte Bacterium tumefaciens ist neuerdings auch in eitrigen Darmgeschwüren des Menschen gefunden worden. Von Friedemann und Magnus aus diesen Geschwüren isoliert und auf Kartoffeln und Pelargonien überimpft, erzeugte es dort, wie sie in einer Arbeit der Berichte der Deutschen botanischen Gesellschaft melden, sehr ausgeprägte Geschwulstbildungen von krebsigem Bau. Versuche über die Wirkung des Bakteriums auf Tiere sind im Gang. × Dr. R. Schäffer hat, wie er in einer in der Zeitschrift zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veröffentlichten Arbeit mitteilt, 5000 seiner poliklinischen Patientinnen, Frauen der Berliner Arbeiterbevölkerung, auf ihre Sterilität untersucht. Er fand 9,6% primär steril; unter ihnen litten genau zwei Drittel an Gonorrhöe; die übrigen hatten die Unfruchtbarkeit auf anderm Weg (Unterleibsleiden) erworben. × Die Akademie der Wissenschaften in Wien hat in Gemeinschaft mit der dortigen Geographischen Gesellschaft eine Expe-

dition zur naturwissenschaftlichen Erforschung der in diesem Krieg eroberten Gebiete ausgerüstet. Der erste Teil ist nach Serbien abgereist. × Zum Nachfolger Theodor Boveris wurde der außerordentliche Professor der Zoologie in Freiburg in Baden Dr. Waldemar Schleip nach Würzburg berufen. × Der Privatdozent Dr. Paul Trendelenburg in Freiburg in Baden hat einen Ruf als Professor der Physiologie nach Gießen angenommen. × Er wird dort Nachfolger des Professors Dr. Hermann Gärtten, der das Ordinariat in Leipzig übernommen hat.

×

Literatur Mit dem Erscheinen des 3. Bandes von Kerner von Marilauns Pflanzenleben ist die von Professor Hansen in Gießen besorgte Neubearbeitung des großen und einst vorbildlichen biologischen Werkes zum Abschluß gebracht, und das Bibliographische Institut in Leipzig, in dessen Verlag das Werk herauskommt, darf mit Recht stolz darauf sein, daß trotz dem Krieg schon im 3. Jahr nach Beginn des Unternehmens der letzte Band vorgelegt werden konnte. Jetzt, wo man die Arbeit, die Hansen geleistet hat, in allen Teilen zu übersehen und abzuschätzen vermag, muß den Bemerkungen, die über die früheren Bände in dieser Rundschau (1913, 3. Band, pag. 1656 f., und 1914, 1. Band, pag. 455) gemacht worden sind, noch einiges hinzugefügt werden. Zunächst muß man bekennen, daß der Aufbau überaus glücklich geraten ist und die Übersichtlichkeit größer ist als in der ältern Fassung Kerners, von dem der Stoff übrigens in 2, allerdings dickere Bände zusammengedrängt worden war. Die beiden ersten Bände umfassen jetzt alles, was über die Pflanzen als Einzelwesen gesagt werden kann, der 3. behandelt die Pflanze als Gesellschaftswesen. Die Einleitung zu dieser Soziologie oder Genossenschaftslehre bildet eine Betrachtung über die Entstehung der Arten, womit Hansen sich auf ein Thema wirft, um dessen Erörterung Kerner bei seiner Antipathie gegen den größten Teil von Darwins Lehre und die übrigen Theoretiker auf diesem Gebiet (man lese nur im 2. Band seines Werkes die Seiten 533 ff.) sich ziemlich ungeniert herumgedrückt hatte. Man muß Hansen zugestehen, daß er mit Vorsicht bei der Darstellung der verschiedenen Ansichten über die Ent-

stehung der Arten zu Werk gegangen ist, mit mehr Vorsicht, als gewisse Bemerkungen in der Einleitung zum ersten Band hatten erwarten lassen. Sein Standpunkt gegenüber Darwin, Lamarck und Naegeli ist kritisch und frei, er bemerkt, daß es nötig sei über sie alle hinauszukommen, und bekennt sich selbst in einem Abschnitt über die Wahrscheinlichkeit von inneren Ursachen der Formbildung zu jener immer mehr emporkommenden Auffassung, daß »Veränderungen im Stoffwechselchemismus« regelmäßig am Anfang äußerer Formänderungen stehen, wobei zugegeben wird, daß äußere Bedingungen diese inneren Vorgänge auslösen können. Das ist ein wenig verschwommen gesagt, aber die neuere Literatur bewegt sich kaum in klareren Ausdrücken, kann es auch nicht, weil das Denken selbst auch verschwommen ist und in derlei Äußerungen mehr eine Richtung des Denkens angezeigt als ein wirklicher Inhalt von Anschauungen klar modelliert werden soll. Nach einer gleichfalls gut geschriebenen Übersicht über die Geschichte der Pflanzenwelt in früheren Epochen wird dann zu einer Ableitung der heutigen Florengebiete aus den Zuständen der Tertiärzeit übergegangen und damit die Grundlage geschaffen für eine Darstellung der Pflanzengeographie aller 5 Erdteile, die bei Kerner ganz fehlt und den Hauptinhalt des 3. Bandes bildet. Auf diesem Gebiet scheint Hansen ganz besonders zu Hause zu sein, und wenn wir auch gerade der Neuzeit mehrere sehr gute Pflanzengeographien verdanken, so ist es doch angenehm hier einmal die Vegetationsdecke der Erde nicht nach rein ökologischen oder rein soziologischen Gesichtspunkten vorgeführt zu erhalten, sondern einfach auf eine Reise mitgenommen zu werden, die von Kontinent zu Kontinent über die ganze Erde hinführt. Viele ausgezeichnete Photos und mehr oder weniger gelungene Aquarelle helfen neben Farbentafeln und Holzschnitten, die schon im alten Kerner zu sehen waren, der Anschauung auf die Füße, wohingegen durch die Aufzählung allzu vieler Pflanzennamen, die nur mit ihrem lateinischen Terminus angeführt werden, die Lektüre oft erschwert und dem gemeinverständlichen Charakter des alten Kernerschen Buches vieles genommen wird. Der Wert des Buches als Nachschlagewerk gewinnt dadurch ohne Zweifel, aber solcher Folianten gibt es ohnedies schon genug; oder muß

denn jeder Leser absolut zu einem vollkommenen Pflanzengeographen erzogen werden, weil der Verfasser ein solcher ist? × Das Buch Bernhard Landsbergs Streifzüge durch Wald und Flur, eine Anleitung zur Beobachtung der heimischen Natur in Monatsbildern, neubearbeitet von Dr. A. Günthart und Dr. W. B. Schmidt / Leipzig, Teubner, das bereits in 5. Auflage vorliegt, dient wesentlich pädagogischen Zwecken. Es ist mit vielen schönen Abbildungen geschmückt und soll Lehrern der Naturwissenschaft ermöglichen Schülerwanderungen und Exkursionen so vorzubereiten, daß die Planlosigkeit aus derartigen Unternehmen verschwindet und der Freiluftunterricht nicht in ein ermüdendes Zusammenraffen von Zufälligkeiten und ein langweiliges Namennennen von Tieren und Pflanzen ausartet. Botanische und zoologische Schilderungen wechseln ab und führen durch alle Formationen der heimischen Landschaft. Das Buch ist sehr vertrauenerweckend und führt ein gutes Register mit. × Mit großem Genuß habe ich ein Büchlein Die Polarforschung gelesen, das Kurt Hassert geschrieben und in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt herausgebracht hat. Es ist eine Geschichte der Entdeckungsreisen zum Nord- und Südpol, von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Der Verfasser hat die Notwendigkeit einer Neuauflage zu einer Revision des Textes benutzt, der bereits auf die neuesten Ergebnisse der polaren Entdeckertätigkeit Rücksicht nimmt, die Einfügung etwas besserer Kartenbilder aber gut und gern noch ertrüge. × Vom gleichen Verlag können weitere Werke vorgelegt werden, die ihren Leserkreis schon gefunden haben und trotz dem Krieg in Neuausgaben nötig geworden sind. Es betrifft dies Hugo Miehle Allgemeine Biologie, die hier schon kurz angezeigt wurde, und Hans Hausrath Der deutsche Wald, beide ebenfalls aus der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt. Miehle faßt den Begriff Biologie in seinem weitesten Umfang als Lehre vom Leben und sucht vom physiologischen Standpunkt aus eine allgemeinverständliche Totalansicht der organischen Natur zu entwickeln, die viele Gebiete nur streift, die in anderen Bänden der Teubnerschen Sammlung eine spezielle Darstellung gefunden haben. Hausrath erzählt in anmutiger Schilderung von den Formen des deutschen Waldes, ihrer Geschichte und

Ausdehnung, unseren Holzarten, der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Waldarbeit, der Waldpolitik des Staates und dem Umfang, in dem Waldbestände in unserm Gebiet in die Physiognomie der Landschaft und die Klimagestaltung hinübergreifen. Er beherrscht den Stoff in imponierender Form.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Richtungen neuer Kunst Der Verein Freie Volksbühne ist mit Herwarth Walden, dem Organisator der jüngsten Kunstbestrebungen und Herausgeber der Zeitschrift *Der Sturm*, in Verbindung getreten, um allen jenen ihrer Mitglieder, die sich für diese neue Kunst interessieren, einen Besuch der Ausstellung zu erleichtern. Gleichzeitig wurde Walden gebeten die Art dieser Kunst in einem Aufsatz zu erläutern. Außer durch diesen Aufsatz, der in der Vereinszeitschrift *Die Volksbühne* erschienen, werden die Besucher der Ausstellung an Ort und Stelle mit den Prinzipien der Richtung durch Führungen bekannt gemacht. Sprechen diese Zeichen dafür, daß das Verständnis für jene äußersten Zweige der modernsten Kunst schon in die breiteren Schichten des Volkes zu dringen beginnt? Wie dem auch sei, es ist zu begrüßen, daß vorerst denen, die nicht gerade gegen diese Kunst oder gegen Kunst überhaupt gestimmt sind, die Möglichkeit geboten wird diese Art des Kunstschaffens kennenzulernen. Im Grunde ist freilich nicht das entscheidend, ob man sich mit der oder jener Richtung ernstlich befaßt. Hier aber scheint mir die Beschäftigung doppelt gewinnbringend, weil sie jedermann nötigt einmal ganz von allen außerkünstlerischen Beigaben abzusehen und sich mit der Form selbst auseinanderzusetzen. Ich könnte mir vorstellen, daß Begabte auf diesem Weg plötzlich zur Einsicht gelangten, daß sie bisher an der Kunst gerade das gefreut hat, was ihr gar nicht wesentlich ist und sie an dem Wesentlichen vorbeigelaufen sind. Damit soll beileibe nicht gesagt sein, daß die Kunst der Jüngsten die einzige rein künstlerische ist. Es gibt natürlich auch hier wie überall Begabte und Nachläufer. Es liegt aber gerade im Wesen dieser letzten Kunstrichtungen, daß sie entweder von beinahe jedem gegenständlichen Inhalt absehen oder aber

ihn so verändern, daß er mit dem flüchtigen optischen Eindruck, den die meisten von den Dingen zu empfangen gewohnt sind, kaum mehr etwas zu tun hat. So wird hier der Laie gezwungen andere Wege zum Kunstwerk hin zu gehen als den über die Vergleichung mit der Wirklichkeit.

Die Richtung dieses neuen Weges versucht Walden in dem obenerwähnten Aufsatz ganz allgemein zu schildern, so wie man dem Wanderer kurz zuruft, er müsse sich nicht nach rechts sondern nach links halten. Und wie eine Warnung vor Gefahr hört man es immer wieder: »Die Natur, das heißt die Nachahmung dessen, was wir zu sehen glauben, hat nichts mit der Kunst zu tun.« »Das Nachgeahmte, also das Gegenständliche in der Malerei ist nicht der Zweck sondern Mittel.« »Das Bild muß des Bildes wegen gesehen werden.« Ungefähr so sagten es andere längst auch (siehe diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1321), aber deswegen ist es doch nicht überflüssig. Es ist vielleicht das wichtigste von den Fundamenten der Betrachtung, weil von ihm aus sich dem Menschen wirklich Tür und Tor für Eindrücke und damit auch Bereicherung ganz neuer Art öffnet. Bereicherung durch Kunst überhaupt, ob sie der oder jener Richtung, der oder jener Zeit angehört. Denn mit dieser Erkenntnis wird mit einemmal eine ganze Welt von Kunst lebendig. Das ist das Unlogische an den Ausführungen Waldens, namentlich bei dem didaktischen Zweck (der ihnen in einer solchen Zeitschrift doch sicher zukommt): daß er nicht etwa zur Kunst überhaupt führen will sondern zu der einzigen, die für ihn existiert; zu ihr als der alleinseligmachenden. Alles andere fast, besonders aber der ganze Impressionismus, muß dabei fallen. Für H. Walden ist der Impressionismus schlechter als der photographische Apparat. Und der Grund? Der Impressionismus »schneidet uns die Natur gerade da aus, wo sie uns zu gefallen anfängt«. Die Photographie ist ihm »viel zuverlässiger, sie sieht viel ehrlicher mit ihrer Linse, und wir können uns den Apparat dorthin stellen, wo uns die Natur gefällt«. »Die oberbayrischen Bauernmaler etwa haben mit ihren Glasbildern größere Kunstwerke geschaffen als sämtliche berühmte Akademiker und Impressionisten.« Ob da H. Walden nicht selbst ein bißchen zu stark vom Gegenständlichen in der Kunst genarrt

wird? Jemand, der den Impressionismus wegen des Nurgegenständlichen seines Inhalts ablehnt, scheint mir von dem nicht verschieden zu sein, der vom Expressionismus nichts wissen will, weil er alle Beziehungen zum Gegenständlichen darin vermißt. Und was den Wert der Bauernmaler betrifft, im Verhältnis zu dem berühmter Impressionisten, so sieht das fast so aus wie eine Vergleichung; mit dem Vergleichen aber, sagt H. Walden in dem Aufsatz, »kommt man nie an die Kunst heran«.

Soll man heute noch den Impressionismus als Richtung verteidigen? Es wäre das selbe, als wollte man eine Weltanschauung verteidigen, die längst in dem Wesen unseres Geistes verankert liegt, oder ihr gnädig die Existenzberechtigung zubilligen.

Der Kampf für eine neue Sache wird am besten positiv geführt: durch Einführung in das Wesen dieser Sache, nicht durch Schmähung einer andern. Und das ist das Bedenkliche bei den Theoretikern dieses Neuen, daß die Polemik bei ihnen überwiegt. Was die eine Hand schenkt, nimmt so die andere wieder. Wer ein eigenes Urteil besitzt, kann wohl von dem Negativen absehen und nur nehmen. Die anderen aber tauschen im besten Fall nur ein Vorurteil gegen ein anderes ein. Wo bleibt die Erweiterung des Horizonts, die doch jeder Aufklärung Zweck sein sollte? Und dieser Aufklärung ganz besonders, da es sich tatsächlich um Erschließung eines neuen Gebiets handelt. Jedenfalls ist es schade, daß das Gute und Richtige, das der Aufsatz sicher enthält, durch solche Schiefheiten zu Schaden kommt.

× ×
Expressionisten Ein neues Gebiet bleibt es immerhin, wenn auch seine Existenz fast 10 Jahre zurückreicht. Die kleine Ausstellung, die jetzt im Sturm gezeigt wird, soll wohl mehr eine Auswahl von Stücken jeglicher Richtung sein als ausgesprochen Neues bringen. So sind die meisten Bilder schon vom Herbstsalon 1913 oder anderen Ausstellungsgelegenheiten her bekannt. Daß es sich nicht nur um Meisterwerke handelt, ist selbstverständlich; das würde auch nicht der Fall sein, wenn wir mit den Ländern des Ursprungs dieser Kunst nicht im Krieg lägen. Trotzdem ist eine ganze Unzahl *feindlicher Ausländer* neben unseren heimischen Künstlern durch gute Beispiele vertreten.

Am stärksten wirkt offenbar die Kunst Franz Marcs. Werke eines mächtigen Anlaufs. Wohin der Sprung schließlich geführt hätte? Das, was in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 405 f.) bei seinem frühen Tod über seine Kunst gesagt wurde, bestätigt sich auch diesmal wieder. Vom vehementen Ausdruck des Subjekts (Die gelbe Kuh) will er zu einer strengen Gesetzmäßigkeit kommen (Stallungen). Dabei geht der Impetus für den Augenblick wenigstens verloren, krampft sich zusammen, rechnet, grübelt. Aber Marc blieb auch da Maler, und seine Sinnlichkeit wäre hier nicht stehengeblieben. So wünscht man wenigstens es sich auszudenken, und keine Macht kann da nunmehr Recht oder Unrecht geben. Kandinsky ist mit 2 Bildern vertreten. Ihn würde ich nicht mehr zu den Expressionisten rechnen, wie es der Sturm tut. Er sieht ganz vom Gegenstand ab und gibt von ihm bloß das, was im Subjekt als Farbenempfindung zurückbleibt. Das ist sogenannte absolute Malerei. Lust, Unlust, Trauer, Freude sollen dann aus dem farbigen Niederschlag abgelesen werden. Es kommt zu einem Schwelgen in erlesenen, aber unbestimmten Sinnesgefühlen. Die Interpretation bleibt Willkür, wenn auch der Maler gesetzmäßig vorgegangen sein mag. Es waren dann aber Gesetze, die aufzufinden er uns in seiner Kunst nicht das Mittel gibt. Wo nicht ein Oben und Unten zweifellos festzustellen ist, bleibt die Auslegung der Gefühle, die im Werk verarbeitet sind, Willkür. Die Gefühlsbetonung einer Linie ist für uns nur dann verständlich, wenn die Richtung der Linie eindeutig bestimmt ist. Vielleicht genügen dem Künstler als Wirkung die willkürliche Auslegung und der Rausch, obgleich das nach den Ausführungen in seinem Buch *Das Geistige in der Kunst* nicht anzunehmen ist. Über Chagall ist in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 421 f.) ausführlicher gesprochen worden als ich es heute tun kann. Ob er wirklich der bedeutendste der Expressionisten ist, als der er heute von Anhängern des Sturms gepriesen wird, braucht hier nicht entschieden zu werden. Die beiden Bilder der Ausstellung würden dazu auch nicht ausreichen, wenngleich sie durch starken Ausdruck, durch Farbe und die abrupte Form wirken. Kokoschka ist nur ungenügend vertreten. Paul Klee dagegen verhältnismäßig reich. Aber es zeigt sich, daß der Weg dieses Künstlers nicht ins

Freie führt. Bei aller Feinheit und Subtilität der Empfindung muß sich solche Kunst endlich totlaufen.

Die Expressionisten, die zufällig mit dem Sturm nicht in Verbindung stehen, werden hier nicht berücksichtigt. Auch von Kubisten ist die Wahl rein zufällig. So fehlt ihr Führer, Anreger und der, von dem ihre ganze Existenz stammt, Picasso, vollständig. Er fehlte auch auf dem Herbstsalon 1913. Ohne ihn läßt sich aber die Richtung kaum erklären. Von den in Deutschland arbeitenden Künstlern ist es nur Lionel Feininger, bei dem ich die gleiche Notwendigkeit des Schaffens empfinde. Einzig er hat für mich auch die Kultur des Farbtons und des Farbauftrags, so daß hier wirklich ein zwar kühles, aber in seiner Vornehmheit höchst reizvolles Ganzes entsteht. Mit Jacoba van Heemskerck und Georg Muche konnte ich mich nicht befreunden. Es scheint mir immer Kunst aus zweiter oder dritter Hand zu sein.

Man sieht, auch hier kommt es, wie überall, auf das Schöpferische an. Mag das Ergebnis mit dem, was wir als den adäquaten Ausdruck unserer Zeit erwünschen, auch nicht zusammenfallen, so sind die Früchte vom Weg eines schöpferischen Menschen immer bereichernd und darum erfreulich.

×
Hasse

×
Sella Hasse, eine Wisma-
rer Künstlerin, hat im Gra-
phischen Kabinett Neu-

mann zu Berlin in einer großen Reihe von Blättern Werdegang und Ziel ihrer Arbeit gezeigt. Mit einer seltenen Zähigkeit sieht man sie da von allen Seiten her ein und das selbe Gebiet anstürmen. Es lag ihr offenbar von je am Herzen die Leiden und Lasten der Menschheit in ihrer Kunst zur Gestaltung zu bringen. In den frühen Arbeiten tut sie es mehr als beobachtendes Subjekt, als Notiz des einmalig Geschauten. Steinlen und Forain, Toulouse-Lautrec haben sie da geleitet. Mit dem Abebben der impressionistischen Anschauung wird ihr auch eine andere Seite des Erlebnisses zum künstlerischen Vorwurf. Die große ideale Linie Meuniers oder Barlachs, die Monumentalität einer weitausladenden Bewegung sind da auch in ihre Kunst eingegangen. In den letzten Arbeiten endlich geht die Künstlerin auch über diese Stufe hinaus zu einer subjektiv stark betonten Ausdruckskunst. Die Blätter, die sicher durch das Erlebnis des Krieges entstanden sind, haben nichts

mehr von der anschwellenden, schwingenden und ausklingenden Linie der früheren Arbeiten; sie sind in ihrer Grundstimmung eckig gebrochen und so oft wie möglich geknickt. Man hat das Empfinden von etwas, das in sich zusammensinkt. Durch Attribute und Lichtstimmungen soll etwas Versöhnendes, Tröstendes, Begütigendes eine Art von gerechtem Ausgleich bringen. Vielleicht ist diese Veränderung des Stils von dem Expressionismus bewirkt. Es ist der Künstlerin gelungen auf allen Stufen ihres Schaffens Blätter von Kraft und Innerlichkeit hervorzubringen; manchmal gelingt es ihr sogar, besonders in ihrer zweiten, ich möchte sagen idealen Richtung, den beobachteten Bewegungen und der menschlichen Arbeit eigenartige und neue Rhythmen abzugewinnen. Die Blätter, die damals entstanden (und die alle, das sei nebenbei gesagt, aus rein sozialem Grund zu sehr mäßigen Preisen erworben werden können), werden sich rein absolut genommen neben allem halten können, was in der Art zur gleichen Zeit geschaffen wurde. Das relative Urteil kann dabei gleichzeitig feststellen, daß in ihnen Käthe Kollwitz, die Ähnliches an Vorwürfen gestaltet hat, an elementarer Wucht des Erlebens und an Eigenart seiner Realisierung nirgends erreicht wird.

×
Berliner Aus-
stellungen

×
In dem selben Kabinett
waren verschiedene Arbei-
ten von Friedrich

Feigl zu sehen. Kürzlich waren bei Cassirer Bilder von ihm beisammen, und in die selbe Art schlagen die lithographierten Landschaften und einige von den Bildnissen. Feigl beherrscht hier die Sprache des Impressionismus mit einer bewundernswürdigen Leichtigkeit. Fast zu fließend. Aber gerade durch das, was sonst von ihm hier zu sehen ist, erkennt man, daß er nicht danach strebt sich seine Arbeit leicht zu machen. Die Proben, die hier vorliegen, genügen nicht, um den Horizont zu bemessen, über den der Maler wirklich verfügt; sie zeigen nur, daß er seine Kunst auf eine möglichst breite und tiefgehende Basis zu stellen sucht. In den Illustrationen zu Dostojewskij glaube ich noch am ehesten zu sehen, woran ihm wohl am meisten liegt, und welche Art von Gestaltung ihm vorschwebt. Überall sind Wege zu erkennen, und das bleibt bei einem jungen Künstler schließlich die Hauptsache.

Die kleine, hier angegliederte Sammlung von Zeichnungen und Aquarellen Wilhelm Schmidts ist deswegen nicht erfreulich, weil zu viel Anregung und zu wenig Ernst und Eigenart herauszuspielen sind. Das Talent des Künstlers muß sich einmal auf sich selber besinnen.

× Kurze Chronik Wieder hat die bildende Kunst eine Reihe von Kriegsoffern bringen müssen. Der durch seine lithographischen Blätter sehr bekannte Münchener Franz Hoch fiel, 47 Jahre alt, als Leutnant in den Vogesen. Ebenfalls auf dem westlichen Kriegsschauplatz ließ der 40jährige Bildhauer Bernhard Fridag, ein geborener Westfale, sein Leben. Und kürzlich wurde von dort auch der Tod des Maler-Radierers Hans Barthelmess gemeldet. Ende Mai fiel der Kunsthistoriker Dr. Kurt Freise als Leutnant. Er ist nur 32 Jahre alt geworden. Unter anderen Arbeiten hat er eine wohlfeile Gesamtausgabe von Rembrandts Handzeichnungen herausgegeben. × Der dänische Maler Vilhelm Hammershøi, einer der wenigen nordischen Künstler von Weltruf, ist im Februar in seiner Heimat gestorben. Von dem *stillen Maler der stillen Stuben* besitzt auch die Berliner Nationalgalerie ein charakteristisches Werk. × Der bedeutendste Münchener Maler aus dem Leiblkreis, Rudolf Hirth de Frénes, ist am 1. Mai gestorben. In Museen von Breslau, München, Karlsruhe und Gotha kann man Werke von ihm sehen. × Am 22. Mai starb in Krefeld der Maler und Kunstgewerbler Alfred Mohrbutter in seinem 49. Lebensjahr. Seit 1900 wirkte er als Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Charlottenburg. × In Stein an der Donau starb am 3. Juni der Maler Wilhelm Gause im 63. Lebensjahr. Besonders als Illustrator der bedeutendsten Zeitschriften Deutschlands und Österreichs hat er weitreichende Popularität erlangt. × Im Juni starb der Münchener Landschaftsmaler Professor August Fink im 71. Lebensjahr. × Einer Lungenentzündung erlag der Berliner Maler und Zeichner Fritz Gehrke am 25. Juni. Er war vor allem als Mitarbeiter vieler illustrierter Familienblätter wie auch des Kladderadatsch bekannt. × Das Kaiser Friedrich-Museum in Berlin hat ein Werk Tizians erworben. Es handelt sich um ein Bild der ruhenden Venus, ähnlich dem, das Tizian für

Karl V. malte, und das heute in der Galerie des Pradomuseums in Madrid aufbewahrt wird. × Die Totenmaske Regers hat Karl Seffner in Leipzig abgenommen; die Hände hat Richard Engelmann modelliert, und Max Klingger hat den Toten gezeichnet.

KULTUR

Kunstgewerbe / Ernst Jaffé

Österreich Bis zum Ausbruch des Krieges sind die internationalen Beziehungen des Kunstgewerbes recht lebhaft gewesen. Der Krieg hat sie zum größten Teil zerstört. Es bleibt abzuwarten, wann die zerrissenen Fäden wieder geknüpft werden können. Um so größere Bedeutung kommt daher einstweilen den noch bestehenden Verbindungen zu. Für Deutschland handelt es sich in der Hauptsache da nur um Österreich. Ein auf Gegenseitigkeit beruhendes enges Verhältnis zwischen dem Kunstgewerbe beider Länder könnte recht wohltätig wirken.

Über den Stand des österreichischen Kunstgewerbes ist bereits vor einem Jahr in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 728 ff.) ausführlich berichtet worden. Einen guten Überblick über das Neueste gibt jetzt das Jahrbuch des Österreichischen Werkbundes (Österreichische Werkkultur / Wien, Schroll). Unter den Arbeiten, die durch Abbildungen zur Anschauung gebracht werden, nehmen die auf der Kölner Werkbundaussstellung gezeigten den breitesten Raum ein. Außerdem sind auch Innenräume des österreichischen Hauses auf der Baufachausstellung in Leipzig, Bauten und Inneneinrichtungen abgebildet. Wenn man die ganz eigenartigen tschechischen Arbeiten ausnimmt, so zeigen alle diese Beispiele unverkennbar verwandte Züge. Am wichtigsten ist wohl der deutliche Zusammenhang mit alter hochstehender handwerklicher Tradition. Denn diese Eigentümlichkeit österreichischen Werkgeschaffens wird für die an sich ebenso berechtigigte, in Volkscharakter und natürlicher Entwicklung begründete deutsche Art des Fortbildens der Maschinenarbeit, des Strebens nach der besten typischen Lösung, ein sicherndes Gegengewicht bilden. Den Text zu dem gut ausgestatteten Buch hat Dr. Max Eisler geschrieben. Bemerkenswert ist es, daß er in seiner Betrachtung über die verschiedenen Faktoren des Werk-

schaffens die Einwirkung des Händlers und des Käufers auf Künstler und Erzeuger nicht übersieht. Daß österreichisches Kunstgewerbe auch im fernern Ausland Verständnis findet, scheint der Erfolg der Ausstellung zu beweisen, die in Stockholm stattgefunden hat. Nach den vorliegenden Berichten und den Ergebnissen des Verkaufs scheint den Schweden besonders die österreichische Graphik gut gefallen zu haben.

× Kurze Chronik Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist der Erzgießer Hans von Miller gefallen. Er war seit 1911 technischer Mitarbeiter und Leiter der Königlichen Erzgießerei und hat sein Können an Hildebrandts Reiterstatue des Prinzregenten Luitpold vor dem Bayrischen Nationalmuseum und an Hermann Hahns für Amerika bestimmtem Goethe zu zeigen Gelegenheit gehabt. Der Frankfurter Architekt und Glasmaler Rudolf Linnemann ist am 19. März infolge eines Unglücksfalls im Feld gestorben. × In Wilna ist eine Kunstgewerbeausstellung veranstaltet worden, die Erzeugnisse aus litauischen, polnischen, jüdischen Werkstätten sowie alte und neue kunstgewerbliche Gegenstände aus Litauen zeigte. × Im Kunstwart macht Avenarius unter der Überschrift *Kriegskitsch* darauf aufmerksam, daß gerade durch die Wohlfahrtsvereine viel Schund in Bilderreproduktionen, Postkarten, Gedenkblättern und anderen graphischen Erzeugnissen in Tausende von Häusern gelangt. Es ist sehr notwendig, daß einmal auf diesen Kanal aufmerksam gemacht wird, nachdem der von Pazaurek so getaufte Hurrahkitsch aus den Geschäften zum großen Teil verschwunden ist, weil die Augen der Vermittler und Verbraucher zur rechten Zeit geschärft worden sind. × Hermann Muthesius warnt in einer, im Auftrag des Kulturbundes deutscher Gelehrter und Künstler (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 628) verfaßten Flugschrift über die kommenden *Kriegerdenkmäler* eindringlich vor den Mittelmäßigkeiten, die den Mangel an Talent häufig durch geschäftliche Gewandtheit auszugleichen wissen. Er schlägt die Einsetzung von Sachverständigenausschüssen vor, denen die Entscheidung für einen größeren Bezirk, eine Provinz oder einen ganzen

Bundesstaat, übertragen werden müßte. × Professor Joseph Wackerle ist zum ordentlichen Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums in Berlin ernannt worden. Der begabte Künstler, der durch seine kraftvolle Persönlichkeit stark auf seine Schüler wirkt, will also, allen Voraussagungen zum Trotz seinem Wirkungskreis noch längere Zeit treu bleiben.

× Literatur Während das deutsche Kunstgewerbe zurzeit im allgemeinen darniederliegt, werden überall neue Industriebauten errichtet. Es ist darum zeitgemäß, wenn die 154. Flugschrift des *Dürerbundes* von der künstlerischen Gestaltung solcher Bauten handelt. Der Verfasser dieser Studie, E. Beutinger (Wiesbaden), hat selber schon eine nicht geringe Zahl bedeutender Industriebauten geschaffen; man darf es ihm also wohl glauben, daß Industriebauten schön sein können, ohne daß darunter ihre Rentabilität zu leiden braucht. Winke für die Auswahl von Möbeln gibt die 153. Flugschrift. Abbildungen von einfachen, zweckmäßigen Möbeln und als Gegenbeispiel die Wiedergabe einer *guten Stube* unterstützen die vernünftigen Ausführungen des Verfassers Paul Bröker. × Das Doppelheft Juli-August der *Innendekoration*, die bei Alexander Koch in Darmstadt erscheint, bringt das Ergebnis eines Preisausschreibens. Diese wiedergegebenen Entwürfe und der Text, in dem Jaumann die Bedeutung des vielgeschmähten Dekorateurs auseinandersetzt, sind an sich interessant. Ich möchte hier aber besonders darauf hinweisen, daß die Abbildungen des Heftes die anlässlich des Preisausschreibens eingesandten gezeichneten Entwürfe wiedergeben, und man so endlich ein Beispiel für eine kunstgewerbliche Zeitschrift vor Augen hat, die nicht mit Photographieen arbeitet. Wenn auch viele Zeichnungen so manches zu wünschen übriglassen, so wirkt das ganze Heft doch viel reizvoller, lebendiger und künstlerischer als die üblichen Zeitschriften mit ihren kalten mechanischen Wiedergaben kunstgewerblicher Arbeiten. Vielleicht regt dieser, wie es scheint, zufällige Versuch einen unserer Verleger an für die Folge auf diesem Gebiet die Photographie so weit es irgend geht auszuschalten.